

Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland
zur Jahreswende 2005/06

Jahrgang 57 (2006)
Heft 1



RWI : Konjunkturberichte

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Vorstand:

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. (Präsident),
Prof. Dr. Thomas K. Bauer
Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat:

Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);
Dr. Dietmar Kuhnt, Dr. Henning Osthues-Albrecht, Reinhold Schulte
(stellv. Vorsitzende);
Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Manfred Breuer, Christoph Dänzer-Vanotti,
Dr. Hans Georg Fabritius, Prof. Dr. Harald B. Giesel, Karl-Heinz Herlitschke,
Dr. Thomas Köster, Tillmann Neinhaus, Dr. Gerd Willamowski

Forschungsbeirat:

Prof. David Card, Ph.D., Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Walter Krämer,
Prof. Dr. Michael Lechner, Prof. Dr. Till Requate, Prof. Nina Smith, Ph.D.,
Prof. Dr. Harald Uhlig, Prof. Dr. Josef Zweimüller

Ehrenmitglieder des RWI Essen

Heinrich Frommknecht, Prof. Dr. Paul Klemmer †

RWI : Konjunkturberichte

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen, Tel. 0201/81 49-0

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2006

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktionelle Bearbeitung: Joachim Schmidt

ISSN 1861-6305 (online)

RWI : Konjunkturberichte

Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland
zur Jahreswende 2005/06

Jahrgang 57
Heft 1



Inhalt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland:	
Internationale Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet	3
Kurzfassung	3
1. Überblick: Weltwirtschaft wächst auf breiter Front – Leicht verlangsamte Expansion erwartet – Risiken	4
2. Ausgewählte Regionen: Leichte Abschwächung zeichnet sich in den USA ab – In Japan setzt sich der Aufschwung fort – Schwellenländer wachsen weiterhin kräftig – Konjunkturbelebung im Euro-Raum setzt sich fort – Konjunktur in Großbritannien zieht leicht an – Expansion in den neuen EU-Ländern bleibt kräftig	9
Literatur	23
Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland:	
Aufschwung kräftigt sich	25
Kurzfassung	25
1. Überblick: Gute Konjunktur, noch bessere Stimmung – Aufschwung in diesem, gebremste Expansion im kommenden Jahr – Risiken	26
2. Nachfragekomponenten: Exporte wachsen weiterhin kräftig – Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen festigt sich – Rückgang der Bauinvestitionen scheint gestoppt – Starker Einfluss der Finanzpolitik auf den privaten Konsum	33
3. Produktion und Arbeitsmarkt: Zunahme der Produktion schwächt sich 2007 ab – Leichte Belebung am Arbeitsmarkt	42
4. Löhne und Preise: Geringe Lohnsteigerungen – Preisanstieg durch Energievertteuerung und höhere Mehrwertsteuer geprägt	43
5. Lage der öffentlichen Haushalte entspannt sich	49
6. Wirtschaftspolitik: Finanzpolitik im Spannungsfeld von Konsolidierungserfordernissen und abgabenpolitischem Handlungsbedarf – Geldpolitik reagiert auf Inflationsrisiken – Bilanz der Arbeitsmarktpolitik ist durchwachsen	53
Kasten 1: Prognose 2005 im Rückblick	28
Kasten 2: Zur Unsicherheit der vorliegenden Prognose	34
Kasten 3: Führt die Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten?	40
Kasten 4: Zu den makroökonomischen Wirkungen der Finanzpolitik 2006 und 2007	58
Kasten 5: Konzepte zur Reform der Unternehmensbesteuerung	61
Literatur	69
Die Lage auf dem Stahlmarkt: Weiterhin hohe Auslastung.	73
Erwarteter Produktionsanstieg nach leichtem Rückgang – Weltweit zunehmender Stahlverbrauch, aber auch steigende Kapazitäten – Nachfrage aus China hält Preise und Kosten hoch – Inländische Stahlnachfrage nimmt voraussichtlich spürbar zu – Stahlproduktion dürfte moderat aufwärts gerichtet bleiben	73

Roland Döhrn, Alena Brüstle, Torge Middendorf und Torsten Schmidt

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Internationale Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet¹

Kurzfassung

Die Weltwirtschaft wuchs auch 2005 lebhaft. Insbesondere in Japan und vielen asiatischen Ländern verstärkte sich die Expansion, während sie in den USA zum Jahresende etwas an Tempo verlor. Die drastische Verteuerung von Erdöl und anderen Rohstoffen wirkte sich bisher offenbar nur wenig dämpfend aus. Allerdings zeigt sich immer deutlicher, dass die Preisschübe der vergangenen Jahre das Preisniveau auf den Rohstoffmärkten dauerhaft angehoben haben dürften. Wir gehen in unserer Prognose davon aus, dass sich dies nun nicht mehr wesentlich ändert. Gemessen an der Energie- und Rohstoffverteuerung blieb der Verbraucherpreisanstieg in den Industrieländern überraschend moderat. Insbesondere geben die Kernraten keinerlei Hinweise auf Zweit-rundeneffekte.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass sich die Expansion der Weltwirtschaft nur wenig verlangsamt. Zwar dürfte die Wirtschaftspolitik etwas restriktiver wirken. Die Notenbanken werden in den meisten Ländern die Zinsen wohl erhöhen, allerdings nicht allzu stark. Die Finanzpolitik dürfte bestrebt sein, die Haushaltsfehlbeträge etwas stärker abzubauen als bisher. Allerdings steht der Aufschwung in regionaler Hinsicht auf breiter Basis, und er wird wesentlich von den Investitionen getragen. Dadurch bleiben die dämpfenden Wirkungen gering.

Verstärken dürfte sich zunächst die Expansion im Euro-Raum. In Japan wächst das BIP weiterhin recht kräftig. In den USA hingegen verliert die Expansion etwas an Tempo (Tabelle 1). Allerdings sehen wir für den Prognosezeitraum keinen Abschwung, wie dies manche mit Blick auf die äußerst flache Zinsstrukturkurve befürchten. In den Schwellenländern Asiens und in den neuen EU-Ländern wächst die Wirtschaft nahezu unverändert.

Aus alledem ergibt sich, dass das Welt-Sozialprodukt in diesem Jahr um voraussichtlich etwa 3,0% und im kommenden Jahr um 2,8% ausgeweitet wird. Für den Welthandel errechnet sich daraus ein Wachstum von 7,5 bzw. 7%. Risiken resultieren vor allem aus

¹ Abgeschlossen am 2. März 2006. Wir danken Wim Kösters, Günter Schäfer, Christoph M. Schmidt und Joachim Schmidt für kritische Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Berichts sowie Tobias Arns, Anette Hermanowski, Frank Jacob, Waltraud Lutze und Thomas Michael für die technische Unterstützung der Arbeiten.

Tabelle 1

Eckwerte zur internationalen Konjunktur			
2005 bis 2007; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
	2005	2006 ^P	2007 ^P
Bruttoinlandsprodukt, real			
Euro-Raum	1,3	2,0	1,7
Großbritannien	1,8	2,1	2,4
USA	3,5	3,2	2,9
Japan	2,8	2,9	2,2
Industrieländer insgesamt	2,5	2,7	2,4
Verbraucherpreise			
Euro-Raum	2,2	2,2	2,1
Großbritannien	2,1	2,1	1,9
USA	3,4	3,5	2,6
Japan	-0,3	0,4	1,0
Industrieländer insgesamt	2,3	2,5	2,1
Welthandel ¹	7,0	7,5	7,0
Rohölpreis (Brent, \$/b) ²	54,6	60	60
Dollarkurs (\$/€) ²	1,21	1,20	1,20

Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD, von Eurostat und nationalen Statistikämtern.
¹Waren, in Preisen und Wechselkursen von 2000. – ²Jahresdurchschnitt. – ^PEigene Prognose.

den anhaltend hohen Ungleichgewichten in den Leistungsbilanzen, die auch im Prognosezeitraum wenig verringert werden dürften.

1. Überblick

1.1 Weltwirtschaft wächst auf breiter Front

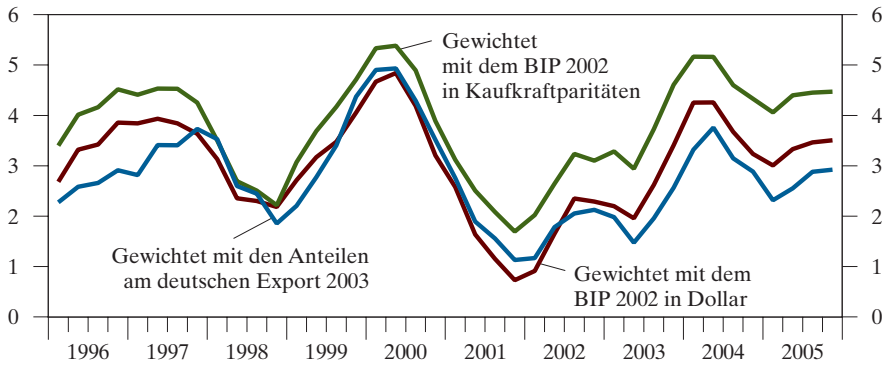
Die Weltwirtschaft wuchs im zweiten Halbjahr 2005 weiterhin lebhaft (Schaubild 1). Zwar ließ die Expansion in den USA im letzten Vierteljahr spürbar nach. In Japan und vielen asiatischen Ländern hingegen verstärkte sie sich; in China stieg das BIP unverändert kräftig. Die Breite des globalen Aufschwungs wird daran sichtbar, dass die Produktion selbst in Regionen wie Afrika oder Westasien, die früher häufig von einem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld wenig profitierten, aufwärts gerichtet ist (UN 2006: 107–124). Die drastische Verteuerung von Erdöl und anderen Rohstoffen wirkte sich entgegen den auch von uns geäußerten Befürchtungen bislang offenbar nur wenig dämpfend aus.

Allerdings zeigt sich immer deutlicher, dass die Preisschübe der vergangenen Jahre auf den Rohstoffmärkten nicht allein auf das Zusammentreffen außergewöhnlicher Umstände zurückzuführen waren, sondern wohl zu einem dauerhaft höheren Niveau führten (Schaubild 2). Allerdings kann derzeit nicht von einer grundsätzlichen Ölknappeheit die Rede sein: Das Angebot überstieg 2005 den Verbrauch, so dass sich die Lagerbestände erhöhten. Wie die EZB

Schaubild 1

Welt-Sozialprodukt¹

1996 bis 2005; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen nach Angaben internationaler Institutionen. –¹Gewichteter Durchschnitt der Veränderungsdaten des realen BIP von 47 Ländern. Viertes Quartal 2005 teilweise geschätzt.

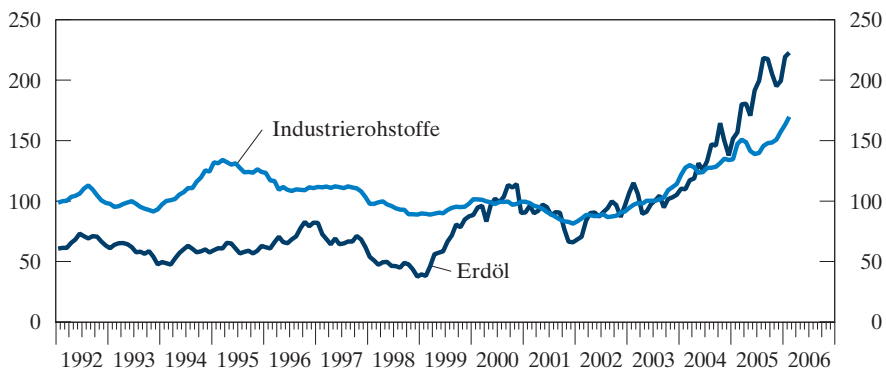
RWI
ESSEN

(2006: 14–16) jedoch darlegt, konnte die steigende Nachfrage nach Rohöl zuletzt offenbar nur zu höheren Kosten befriedigt werden. Zwar könnte eine wachsende Explorationstätigkeit die Kapazitätsgrenze hinausschieben und mittelfristig für wieder niedrigere Preise sorgen. Für 2006 erwartet indes die IEA (2006: 12–21) keine nennenswerte Ausweitung der Ölförderung. Vor diesem Hintergrund ist unsere Annahme eines unveränderten Rohölpreises zu sehen (S. 7).

Schaubild 2

Rohstoffpreise

1992 bis 2006; HWWA-Indizes auf Dollarbasis, 2000 = 100



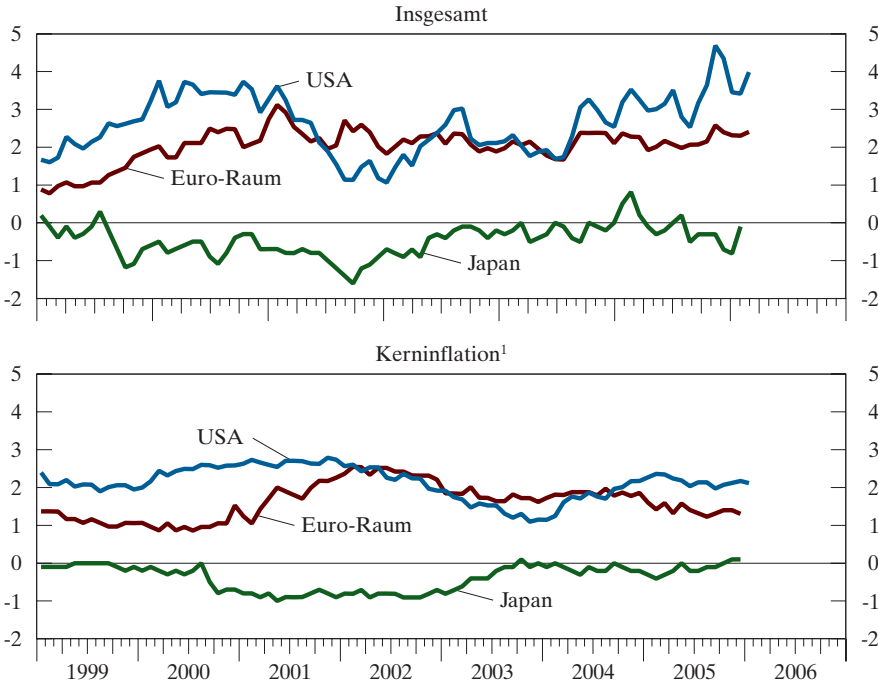
Eigene Berechnungen nach Angaben des HWWA.

RWI
ESSEN

Schaubild 3

Inflation im Euro-Raum, in den USA und in Japan

1999 bis 2006; Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. – ¹Vereinigte Staaten und Euro-Raum: ohne Energie und Nahrungsmittel; Japan: ohne frische Nahrungsmittel.

RWI
ESSEN

Ähnliches gilt für viele Industrierohstoffe. Hier bildeten sich auf einzelnen Märkten, auf denen es zu raschen Preissteigerungen gekommen war, die Notierungen im Verlauf von 2005 zurück. Die darauf gegründete Hoffnung auf einen allgemeinen Preisrückgang (AIECE 2005: 17–21) erfüllte sich bisher jedoch nicht, insbesondere weil die Nachfrage aus China weiter kräftig zunahm.

Gemessen am Ausmaß der Energie- und Rohstoffverteuerung blieb der Verbraucherpreisanstieg überraschend moderat. Lediglich in den USA verstärkte er sich spürbar, allerdings liegt die Kernrate nicht über der von 2000, dem Höhepunkt des letzten Konjunkturaufschwungs. Im Euro-Raum waren die Folgen der Ölverteuerung bislang gering. Es gibt keine Hinweise auf Zweitrundeneffekte, denn die Kernrate sank 2005 spürbar (Schaubild 3).

Rohstoffpreise
bleiben hoch

Tabelle 2

Ausrichtung der Wirtschaftspolitik 2005 in den Industrieländern			
Veränderung gegenüber 2004 in %-Punkten			
	Finanzpolitik		Geldpolitik
	Konjunkturbereinigter Haushaltssaldo ¹	Zentralbankzins ²	Kurzfristiger Realzins ^{2,3}
Euro-Raum	0	0,25	1,2
Großbritannien	-0,4	-0,25	-0,5
USA	-0,7	1,25	2,0
Japan	0,5	0	-0,4

Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD und nationalen Quellen. – ¹Schätzung der OECD (2005). – ²Veränderung des letzten verfügbaren Wertes gegenüber dem Januar 2005. – ³Dreimonatszins deflationiert mit der Kerninflation.

In den USA wurde der Preisanstieg offenbar dadurch gedämpft, dass die Notenbank schon seit geraumer Zeit auf einen restriktiveren Kurs gegangen ist. Im Euro-Raum blieb die Geldpolitik hingegen expansiv ausgerichtet, jedoch hat die EZB im Dezember 2005 begonnen, ihren maßgeblichen Leitzins nach 1½ Jahren wieder anzuheben. Unverändert auf Expansionskurs blieb bislang die japanische Notenbank. Die Ausrichtung der Finanzpolitik war – gemessen am konjunkturbereinigten Defizit – weitgehend neutral, bei etwas sinkenden Fehlbeträgen in den USA und Großbritannien und leicht steigenden in Japan (Tabelle 2).

1.2 Leicht verlangsamte Expansion erwartet

Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass die Expansion der Weltwirtschaft etwas an Tempo verliert. Zum einen gehen wir davon aus, dass die Rohstoffnotierungen auf dem gegenwärtigen Niveau verharren; beim Rohöl unterstellen wir 60 \$/b über die gesamte Periode. Die bisherigen Verteuerungen werden voraussichtlich zunehmend an die Verbraucher weitergegeben. Dies dürfte sich dämpfend auf die Realeinkommen und damit auf die wirtschaftliche Aktivität in den Öl importierenden Ländern auswirken.

Zum anderen erwarten wir, dass die Notenbanken die Zinsen weiter erhöhen, wenn auch nicht sehr stark. Für den Euro-Raum sieht die EZB aufgrund der 2006 besseren Konjunkturaussichten bei anhaltend kräftiger Zunahme der Geldmengen steigende Gefahren für die Preisniveaustabilität. Auch in den USA dürfte die Zeit der Zinsanhebungen noch nicht vorüber sein, da die Arbeitslosigkeit voraussichtlich weiter sinken und in einigen Sektoren sich der Lohnanstieg beschleunigen wird. Die japanische Notenbank bereitet die Märkte darüber hinaus inzwischen auf das Ende der Nullzinspolitik vor.

**Geldpolitik
weltweit
voraussichtlich
weniger expansiv**

Tabelle 3

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts ausgewählter Industrieländer im Jahresverlauf 2004 bis 2007; annualisierte Raten in %								
	2004		2005		2006 ^P		2007 ^P	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Euro-Raum	2,25	1,25	1,25	2,0	1,25	1,75	2,25	2,0
Großbritannien	3,5	2,0	1,5	2,0	2,0	2,25	2,5	2,5
USA	4,0	3,75	3,5	3,0	3,0	3,5	2,75	2,5
Japan	3,0	0,0	4,0	3,5	3,0	2,0	2,0	2,0
Insgesamt	3,25	2,25	2,75	2,75	2,50	2,75	2,50	2,25

Eigene Berechnungen nach Angaben nationaler Quellen. – ^PEigene Prognose.

Die Finanzpolitik der meisten Industrieländer dürfte bestrebt sein, die hohen Defizite etwas stärker abzubauen als bisher. Dies gilt insbesondere für Japan, aber auch für den Euro-Raum. Hier hat die deutsche Regierung angekündigt, die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 zu erhöhen, was sich dämpfend auf das BIP auswirken dürfte.

Die Abschwächung dürfte aber gering sein, weil sich die verschiedenen Regionen in unterschiedlichen Phasen des Aufschwungs befinden. In Japan und vielen Schwellenländern Asiens verstärkte sich die Expansion zuletzt, und dies dürfte sich noch einige Zeit fortsetzen. Im Euro-Raum spricht vieles dafür, dass die Konjunktur an Kraft gewinnt. In den USA hat der Aufschwung früher begonnen, und hier werden die Zuwächse im Jahresverlauf wohl schwächer werden. In China wird die Regierung wahrscheinlich bestrebt sein, die überaus kräftige Expansion zu dämpfen. Alles in allem dürften das Weltsozialprodukt (gewichtet mit dem BIP 2002 in Dollar) um 3% und der Welthandel (preisbereinigt) um 7,5% zulegen.

Für 2007 prognostizieren wir nochmals etwas geringere Zuwächse, wobei sich insbesondere die Expansion im Euro-Raum und in den USA verlangsamen, in den anderen Ländern nahezu unverändert bleiben dürfte (Tabelle 3). Ein Abgleiten in einen Abschwung halten wir für wenig wahrscheinlich, da die Konjunktur in regionaler wie sektoraler Hinsicht auf breitem Fundament steht. Insbesondere in den Schwellenländern bleibt sie nach unserer Einschätzung spürbar aufwärts gerichtet, was auch die Nachfrage in den Industrieländern stabilisieren dürfte. Wir erwarten eine Zunahme des Weltsozialprodukts um 2,8% und des Welthandels um 7,0%.

**Expansion
dürfte 2007
etwas an
Tempo verlieren**

1.3 Risiken

Das Bild eines bis in das Jahr 2007 anhaltenden Aufschwungs der Weltwirtschaft wird von nahezu allen Prognostikern geteilt (Consensus Economics

2006). Da das Fundament breiter geworden ist, hat sich in der Tat das Risiko einer starken Abschwächung verringert. Andererseits haben die Risikofaktoren, die bereits in den vergangenen Berichten angesprochen wurden, nicht an Bedeutung verloren.

Die Energie- und Rohstoffpreise sind unverändert hoch, und weltpolitische Krisen führen immer wieder zu heftigen Preisausschlägen. Würde das Angebot an Rohöl oder Erdgas durch eskalierende Auseinandersetzungen verknappt, könnte dies die Weltwirtschaft stärker belasten als die bisherigen Verteuerungen. Diese waren vor allem Ausdruck einer kräftig steigenden Nachfrage nach Öl, die mit einer höheren Nachfrage nach Industrieprodukten einherging, und keiner Angebotsverknappung. Daher blieben ihre dämpfenden Effekte bislang begrenzt.

Anhaltend hohe
Ungleichgewichte
bleiben ein Risiko

Auch haben sich bislang die globalen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen nicht verringert. In den USA beträgt der Fehlbetrag mehr als 6% in Relation zum BIP. Zugleich hat sich der Leistungsbilanzüberschuss Chinas offenbar auf etwa 4% des BIP weiter vergrößert², und der Japans ist nur leicht auf 3,4% gesunken. Ungeachtet dessen hat der Dollar im Verlauf des vergangenen Jahres gegenüber Euro und Yen aufgewertet. Damit ist das Risiko einer plötzlichen und kräftigen Abwertung des Dollar weiterhin hoch.

Eine Triebkraft der Expansion der vergangenen Jahre war in vielen Ländern das gestiegene Immobilienvermögen der privaten Haushalte als Folge des rasanten Anstiegs der Häuserpreise. Zwar schätzt die OECD (2005: 193), dass Immobilien nur in wenigen Ländern überbewertet sind. Sie sieht aber, dass es zu einem beträchtlichen Preisverfall kommen könnte, wenn z.B. die Langfristzinsen steigen. Da dies im Prognosezeitraum der Fall sein dürfte, hat die Gefahr hierfür zugenommen.

2. Ausgewählte Regionen

Im Folgenden betrachten wir zunächst die Regionen außerhalb Europas, zuerst die bedeutendsten Volkswirtschaften USA (Abschnitt 2.1) und Japan (2.2), sodann die Schwellen- und Transformationsländer (2.3). Die anschließenden Abschnitte betrachten die Länder in der EU; zunächst den Euro-Raum (2.4), dann Großbritannien (2.5) und die neuen EU-Länder (2.6).

² Aktuellere Daten zur chinesischen Leistungsbilanz liegen nicht vor. Der Überschuss betrug 2004 3,6% des BIP, dessen Ausweis allerdings seitdem revidiert wurde. Da 2005 die Wareneinfuhren deutlich rascher wuchsen als die -einfuhren, hat der Überschuss wahrscheinlich zugenommen.

Tabelle 4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern									
2005 bis 2007									
	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ²		
	2005 ^s	2006 ^p	2007 ^p	2005 ^s	2006 ^p	2007 ^p	2005 ^s	2006 ^p	2007 ^p
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
Deutschland	0,9	1,8	1,3	1,9	1,7	2,3	9,5	8,6	8,3
Frankreich	1,4	2,0	1,8	1,9	2,1	1,9	9,5	9,4	9,3
Italien	0,2	1,2	1,3	2,2	2,1	2,0	7,6	7,5	7,4
Spanien	3,4	3,0	2,8	3,4	3,5	3,1	9,2	8,8	8,6
Niederlande	0,9	1,5	1,4	1,5	1,6	1,0	4,7	4,6	4,4
Belgien	1,4	1,7	1,8	2,5	2,5	2,2	8,4	8,4	8,2
Österreich	1,7	2,4	1,9	2,3	2,0	1,5	5,2	5,1	4,9
Finnland	1,9	2,6	2,5	0,8	1,2	1,5	8,4	8,0	7,7
Griechenland	3,5	3,7	3,2	3,5	3,4	3,1	10,0	9,8	9,5
Portugal	0,4	1,4	1,5	2,1	2,2	1,6	7,6	7,6	7,4
Irland	4,4	4,5	4,4	2,2	2,5	2,4	4,3	4,2	4,1
Luxemburg	4,2	4,4	4,1	3,8	3,1	2,5	5,3	5,2	5,0
Euro-Raum ³	1,3	2,0	1,7	2,2	2,2	2,1	8,6	8,2	8,0
Großbritannien	1,8	2,1	2,4	2,1	2,1	1,9	4,6	4,6	4,5
Schweden	2,5	3,2	3,0	0,8	0,7	1,2	6,3	6,2	5,9
Dänemark	2,7	2,2	1,8	1,7	1,8	1,7	4,9	4,7	4,5
EU-15	1,5	2,0	1,9	2,1	2,1	2,1	7,5	7,5	7,3
Neue EU-Länder ⁴	4,2	4,5	4,5	2,7	2,6	2,6	13,7	13,2	12,8
EU	1,6	2,2	2,1	2,2	2,1	2,1	8,7	8,4	8,2
Schweiz	0,9	1,7	2,0	1,2	1,2	1,0	4,5	4,3	4,1
Norwegen	3,9	2,6	2,5	1,5	2,0	2,2	4,6	4,1	3,7
Westeuropa ³	1,4	2,0	1,9	2,1	2,1	2,1	7,4	7,4	7,2
USA	3,5	3,2	2,9	3,4	3,5	2,6	5,1	4,7	4,5
Japan	2,8	2,9	2,2	-0,3	0,4	1,0	4,4	4,2	4,1
Kanada	3,0	3,2	3,1	2,4	2,4	1,8	6,8	6,7	6,6
Insgesamt ³	2,5	2,7	2,4	2,3	2,5	2,1	6,1	5,9	5,7

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. – ¹Westeuropäische Länder (außer Schweiz): Harmonisierte Verbraucherpreisindizes. – ²Standardisiert. – ³Gewogener Durchschnitt der aufgeführten Länder. – ⁴Zu den Ländern vgl. Tabelle 7. – ^pEigene Prognose. – ^sZum Teil eigene Schätzungen.

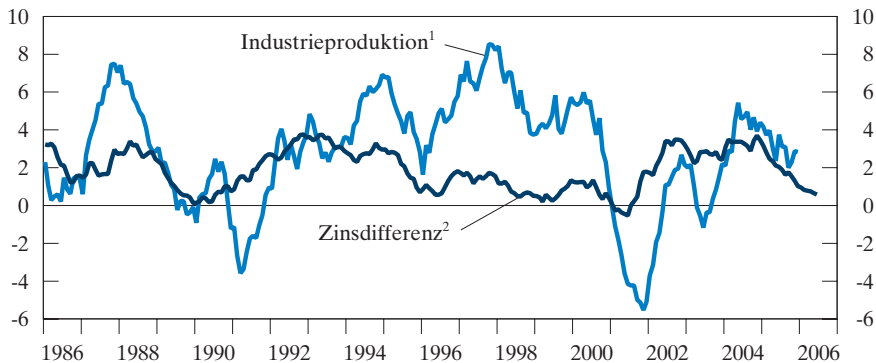
2.1 Leichte Abschwächung zeichnet sich in den USA ab

In den USA hat sich das Wachstum der Produktion zum Jahresende 2005 deutlich verringert. Im vierten Quartal expandierte das BIP mit einer annualisierten Vorquartalsrate von nur 1,6% im Vergleich zu gut 3,5% im Durchschnitt der drei vorherigen Quartale. Deutlich schwächer wurde vor allem der private Konsum ausgeweitet. Aber auch die Investitionen stiegen in einigen Bereichen langsamer als zuvor. Die Exporte hingegen nahmen zuletzt wieder rascher zu.

Schaubild 4

Zinsdifferenz und Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten

1986 bis 2006



Eigene Berechnungen nach Angaben des Board of Governors of the Federal Reserve System. – ¹Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – ²Differenz zwischen der Rendite für öffentliche Anleihen mit 10-jähriger Laufzeit und dem Dreimonats-Geldmarktzins in %-Punkten, um 6 Monate verzögert.

Ungeachtet dessen ist die Arbeitslosenquote in den vergangenen Monaten weiter gesunken und befindet sich mit 4,7% im Januar auf einem im langfristigen Vergleich niedrigen Niveau. Dennoch ist es bisher gemessen an der Kernrate nicht zum befürchteten Anziehen der Teuerung gekommen. Der raschere Anstieg der Verbraucherpreise war offenbar fast ausschließlich auf die höheren Energiepreise zurückzuführen.

Es stellt sich nun die Frage, ob das schwache vierte Quartal das Ende des Aufschwungs signalisiert. Befürchtungen in dieser Hinsicht weckt die deutliche Abflachung der Zinsstrukturkurve (Schaubild 4), was in der Vergangenheit häufig auf eine Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität hindeutete (Harvey 1991). Freilich ist der Zusammenhang umstritten, manche Studien (z.B. Stock, Watson 2003) können ihn nicht belegen; zumindest scheint er sich in den vergangenen Jahren gelockert zu haben.

**Flache
Zinsstrukturkurve
in den USA
deutet nicht auf
Abschwung hin**

Gründe für die flache Zinsstruktur dürften die hohen Kapitalimporte der USA und die lebhafte Nachfrage der Rentenfonds nach lang laufenden Papieren sein. Zudem ist es der Geldpolitik offenbar gelungen, die Inflationserwartungen niedrig zu halten. Sie hat die Zinsen schrittweise an das konjunkturneutrale Niveau herangeführt und den Preisanstieg an den Immobilienmärkten gedämpft. Vor diesem Hintergrund sehen wir in der Schwäche im vierten Quartal 2005 nicht den Beginn eines Abschwungs. Wesentlich

Wesentlich

dazu beigetragen haben vielmehr Sonderfaktoren, vor allem das Auslaufen von Rabattaktionen bei Automobilen³, was den Anstieg der Konsumausgaben verringerte. Die vorlaufenden Indikatoren sind jedenfalls weiter aufwärts gerichtet.

In die Diskussion geraten ist im Zuge des Wechsels an der Spitze des Federal Reserve Board die künftige Strategie der Geldpolitik. So wird es mit Blick auf frühere Arbeiten des neuen Notenbankchefs *Bernanke* (Bernanke, Mishkin 1997) für möglich gehalten, dass die Geldpolitik auf eine direkte Inflationssteuerung übergeht (S. 63–66). Falls sich die Abflachung der Expansion als vorübergehend herausstellen sollte, dürfte die Fed, unabhängig von ihrer künftigen Strategie, die Serie der Zinsschritte noch bis zur Jahresmitte fortsetzen. Die Kapitalmarktzinsen dürften sich dabei allerdings nur leicht erhöhen.

Die Finanzpolitik profitiert voraussichtlich weiterhin davon, dass die gute Konjunktur zu steigenden Steuereinnahmen führt. Allerdings ist auch bei den Ausgaben für das Fiskaljahr 2006 ein weiterer Anstieg vorgesehen, insbesondere für Verteidigung und innere Sicherheit. Per saldo dürfte das Budgetdefizit wie schon 2005 2,6% in Relation zum BIP betragen. Im Fiskaljahr 2007 sollen die Militär- und Sicherheitsausgaben gesteigert, die meisten anderen Ausgaben aber gekürzt werden. Gelingt dies, erwartet das CBO (2006) einen Rückgang des Budgetdefizits auf 2,0%.

Insgesamt betrachtet sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung des Aufschwungs günstig. Die höheren Kurzfristzinsen dürften die Binnenkonjunktur nicht allzu stark dämpfen, da die Zinsen am Kapitalmarkt noch nicht nachgezogen haben. Sie sind im längerfristigen Vergleich nach wie vor niedrig. Auch dürften die Immobilienpreise weiter steigen, wenn auch verlangsamt, so dass der private Konsum wohl wenig belastet wird. Insgesamt überwiegen die Anzeichen, dass die wirtschaftliche Expansion mit Raten in der Nähe des Potenzialwachstums anhält. Für dieses Jahr erwarten wir ein Wachstum des BIP um 3,2% und für das kommende um 2,9% (Tabelle 4).

**Wachstum
in den USA
entspricht
voraussichtlich
weiter dem
Potenzial**

2.2 In Japan setzt sich der Aufschwung fort

In Japan hielt der Aufschwung an. Nachdem das reale BIP im dritten Quartal nur um 0,2% gegenüber dem Vorquartal ausgeweitet wurde, stieg es im vierten Quartal um 1,4%, also ähnlich kräftig wie in der ersten Jahreshälfte. Triebkräfte waren der private Konsum und der Außenbeitrag. Die privaten Investitionen wurden etwas langsamer, aber immer noch deutlich ausgeweitet.

³ Die Ausgaben privater Haushalte für Automobile und Autoteile, die zuvor deutlich gestiegen war, fielen im 4. Quartal 2005 (saisonbereinigt) um 13% gegenüber dem Vorquartal.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Zwar geht die Arbeitslosigkeit langsamer zurück als bisher, die Nachfrage nach Arbeitskräften, gemessen an den offenen Stellen, nimmt aber weiter zu. Bei kräftigerer gesamtwirtschaftlicher Nachfrage haben sich für die Unternehmen offenbar die Möglichkeiten verbessert, die Kostensteigerungen zu überwälzen. Die Erzeu-

Ende der
Deflationsphase
in Japan scheint
erreicht

gerpreise für den Inlandsabsatz steigen bereits seit 2004 wieder kräftig, was in den Konsumentenpreisen bislang keinen Niederschlag gefunden hat, die immer noch leicht sinken. Dies ist allerdings wohl auch die Folge rückläufiger Nahrungsmittelpreise, denn die Kernrate der Konsumentenpreise war Ende 2005 zum ersten Mal seit drei Jahren positiv. Damit scheint ein Ende der Deflationsphase erreicht.

Die Wirtschaftspolitik wird unserer Einschätzung nach ihren bisherigen Kurs nur vorsichtig ändern, um den Aufschwung nicht zu gefährden. Die Notenbank dürfte aufgrund des immer noch niedrigen Geldmengenwachstums und der nur allmählichen Verbesserung der Kreditvergabebedingungen wenig Anlass zu einer raschen geldpolitischen Straffung haben. Im Laufe des Prognosezeitraums dürfte sie aber von ihrer Null-Zins-Politik abgehen. Die Finanzpolitik scheint die Konjunktur nicht gefährden zu wollen, indem sie rasch auf einen restriktiveren Kurs übergeht. Jedenfalls ist keine deutliche Reduzierung des Haushaltsdefizits von 6,4% des BIP geplant, und konkrete Vorschläge für die angekündigten Reformen der Kranken- und Rentenversicherung liegen noch nicht auf dem Tisch.

Die Chancen stehen gut, dass sich der Aufschwung fortsetzt. In dieses Bild passt, dass die Erwartungen der Unternehmen dem jüngsten *Tankan*-Bericht zufolge günstig sind. Gestützt wird diese Einschätzung durch die zuletzt verbesserte Gewinnsituation. Aufgrund einer günstigeren Lage am Arbeitsmarkt und steigender Bonuszahlungen werden die Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich verstärkt zunehmen. Schließlich dürften die Exporte weiter zum Wachstum beitragen. Allerdings ist zu erwarten, dass sich das Expansionstempo im Prognosezeitraum etwas verringert. Mit Raten von 2,9% in diesem und 2,2 im kommenden Jahr wird der Zuwachs voraussichtlich deutlich über dem Potenzialwachstum bleiben, das die *Bank of Japan* (2003) auf etwas mehr als 1% schätzt. Durch die steigende Kapazitätsauslastung wird der Preisdruck wohl zunehmen, so dass die Inflationsrate wieder nachhaltig positiv werden dürfte.

2.3 Schwellenländer wachsen weiterhin kräftig

In *China* wuchs das BIP 2005 im Jahresdurchschnitt um 9,9%, getragen vor allem vom Export (in Dollar gerechnet +28,4%) und von den Investitionen

Tabelle 5

Reales BIP in ausgewählten Schwellen- und Transformationsländern						
2002 bis 2007; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
	2002	2003	2004	2005 ^s	2006 ^p	2007 ^p
Südost-Asien ¹	4,8	3,8	6,0	4,8	4,7	4,4
Hongkong	1,8	3,2	8,6	7,3	5,3	5,0
Indonesien	4,3	4,5	5,6	5,5	5,1	4,0
Korea	7,0	3,1	4,6	4,0	4,4	4,5
Malaysia	4,1	5,6	7,1	5,3	5,2	5,2
Philippinen	3,1	4,6	6,0	5,1	4,9	4,0
Singapur	3,3	1,4	8,4	5,7	6,5	5,0
Taiwan	4,2	3,4	6,1	4,1	4,2	4,0
Thailand	5,4	7,0	6,2	4,4	4,2	3,7
China	9,1	10,0	10,1	9,9	9,0	8,5
Lateinamerika ¹	0,4	1,8	4,9	3,5	3,5	3,2
Argentinien	-10,9	8,8	9,0	9,1	4,5	3,2
Brasilien	1,9	0,6	4,9	2,8	3,0	3,1
Chile	2,2	3,7	6,1	5,9	5,2	4,8
Mexiko	0,8	1,4	4,1	3,0	3,5	3,0
Russland	4,7	7,3	7,2	6,4	5,8	5,4
Aufgeführte Länder, exportgewichtet ²	5,1	5,8	7,4	6,4	6,0	5,6

Eigene Berechnungen nach nationalen Angaben und Schätzungen von *Project LINK*. – ¹Summe der aufgeführten Länder, gewichtet mit dem BIP von 2003 in Dollar. – ²Mit den Anteilen am deutschen Export 2003. – ^pEigene Prognose. – ^sZum Teil eigene Schätzungen.

(real + 24%)⁴. Die realen verfügbaren Einkommen legten um 9,6% zu, nach 7,7% im Jahr zuvor. Entsprechend dürfte auch der private Konsum verstärkt gewachsen sein. Im Prognosezeitraum dürfte die Außenwirtschaft jedoch einen geringeren Wachstumsbeitrag leisten. Bereits im Verlauf von 2005 hatten sich die Zuwächse beim Export vermindert und die bei den Einfuhren erhöht. Dies dürfte weniger auf die leichte Aufwertung des Renminbi zurückzuführen sein als vielmehr darauf, dass das Exportpotenzial an Grenzen stößt⁵, auch wegen einer kräftigeren Inlandsnachfrage. Bei den Investitionen wird ein erneut höheren Anstieg erwartet, auch weil die 2004 zur Dämpfung der Bauinvestitionen beschlossenen Maßnahmen wieder gelockert wurden.

⁴ Im Januar 2006 veröffentlichte das statistische Amt Chinas eine revidierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. In ihr wird die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor aufgrund geänderter Erfassungsmethoden vollständiger erfasst. Sie wird für 2004 um fast 50%, das gesamte BIP um etwa 17% höher ausgewiesen als bisher. Die Zuwachsrate des realen BIP erhöhte sich um durchschnittlich 0,5%-Punkte im Zeitraum 1993 bis 2004 (NBS 2006).

⁵ Rodrik (2006) argumentiert, die in der Vergangenheit betriebene Industriepolitik habe bewirkt, dass der Technologiegehalt der chinesischen Ausfuhren im Vergleich zum Entwicklungsstand außergewöhnlich hoch ist. Die Schere zwischen beiden schließe sich aber, so dass es China immer schwerer fallen dürfte, ein exportgetriebenes Wachstum zu realisieren.

Wir erwarten einen etwas abgeschwächten Zuwachs des realen BIP von 9% in diesem und 8,5% im kommenden Jahr (Tabelle 5). Zwar wird eine neue moderate Teuerung prognostiziert, jedoch gibt es durchaus Risiken für die Preisniveaustabilität, da es der Geldpolitik schwer fällt, den beträchtlichen Zustrom an Devisen zu sterilisieren (OECD 2005: 188).

In *Südostasien* war die Expansion 2005 in vielen Ländern stärker als zu Jahresbeginn prognostiziert – trotz der hohen Rohölpreise und der Belastungen durch die Tsunami-Katastrophe und die Vogelgrippe⁶. In Singapur wuchs das BIP im Jahresverlauf verstärkt. Dies ist aufgrund seiner Rolle als Handels-Drehscheibe für den gesamten Wirtschaftsraum ein guter Hinweis auf eine allgemein anziehende Produktion. Treibende Kraft ist offenbar, neben den zunehmenden Importen Chinas, der weltweite Aufschwung in der Elektronikindustrie. Deutlich abgeschwächt hat sich jedoch das Wachstum in Thailand, wo der Tourismus wegen des Tsunami einbrach, und in Taiwan, das erheblich von Öleinfuhren abhängig ist.

Expansion
in Südostasien
war 2005
stärker als
erwartet

Für 2006 erwarten wir für die Region eine ähnliche Wachstumsrate des BIP (4,7%) wie im vergangenen Jahr. Positiv dürfte wirken, dass aller Voraussicht nach die Lieferungen nach China verstärkt wachsen und sich der Tourismussektor wieder erholt. Andererseits ist die Geldpolitik mit Blick auf steigende Inflationsgefahren etwas restriktiver geworden. Sie dürfte die Expansion 2007 dämpfen. Wir erwarten eine Zuwachsrate des BIP von 4,4%, die etwa dem trendmäßigen Wachstum entspricht.

In *Lateinamerika* war die Expansion 2005 verhaltener als vor Jahresfrist prognostiziert, obwohl der Kontinent von den hohen Rohstoffpreisen profitierte. Besonders deutlich war die Verlangsamung in Brasilien. Die Aufwertung des Real und steigende Zinsen bremsten offenbar die Produktion. Die nach wie vor hohen Zuwächse in Argentinien sind unserer Einschätzung nach immer noch ein Reflex des Einbruchs von 2002. Sie gehen inzwischen aber wieder mit hohen Inflationsraten einher, was Verbote einer Abschwächung sein dürfte. Insgesamt dürfte die Wirtschaft in der Region im Prognosezeitraum mit Raten von gut 3% wachsen.

In *Russland* stieg das BIP 2005 mit 6,4% schwächer als in den Jahren zuvor, und dies, obwohl höhere Preise für Öl und andere Rohstoffe die Exporterlöse kräftig wachsen ließen und sich der Überschuss in der Leistungsbilanz auf 12,7% des BIP erhöhte. Da jedoch der Rubel trotz sterilisierender Maßnahmen der Zentralbank weiter aufwertete und zudem die Inflation relativ hoch

⁶ Einen Überblick über mögliche wirtschaftliche Konsequenzen der Vogelgrippe für die asiatischen Länder und Verweise auf verschiedene Berechnungen findet sich in UN (2006: 113).

blieb, geriet die Industrieproduktion außerhalb des Rohstoffsektors unter Druck. Jedenfalls gingen die russischen Exporte zurück, und der Wettbewerb durch verbilligte Importe nahm zu. Die Einfuhren insgesamt stiegen real um 23%. Dies könnten Anzeichen der *dutch disease* sein⁷.

Zuwächse
in Russland
werden
voraussichtlich
geringer

Auch im Prognosezeitraum dürfte der Produktionsanstieg außerhalb des Rohstoffsektors durch eine reale Aufwertung des Rubel gedämpft werden. Im Rohstoffbereich kann die Produktion offenbar nur wenig gesteigert werden. Bereits 2005 war die Erdölförderung ungeachtet der weltweit hohen Nachfrage nach 9% in 2004 nur um 2,5% ausgeweitet worden. Möglicherweise macht sich – wie von einigen Experten vorausgesehen – bei manchen Feldern bereits Erschöpfung bemerkbar

(Götz 2005). Wachsen wird voraussichtlich der Dienstleistungssektor, zumal die Regierung plant, einen Teil der Gewinne aus dem Ölgeschäft für soziale Zwecke auszugeben und die Löhne im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Dies könnte die Inflation anheizen. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Expansion weiter auf 5,8% in diesem und 5,4% im kommenden Jahr abschwächen.

2.4 Konjunkturbelebung im Euro-Raum setzt sich fort

Die Konjunktur im Euro-Raum hat sich im vergangenen Jahr spürbar erholt. Im zweiten Halbjahr dürfte der Zuwachs des BIP sogar über dem Potenzialwachstum gelegen haben, das die OECD (2005: 183) auf 1,9% schätzt. Die Investitionstätigkeit erhöhte sich bei besserer Kapazitätsauslastung und weiter rückläufigen Langfristzinsen äußerst kräftig. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen legten zu. Zugleich stiegen die Ausfuhren so stark wie seit Ende 2000 nicht mehr. Obwohl auch die Importe aufgrund der mittlerweile stärkeren Inlandsnachfrage deutlich anzogen, trug die Außenwirtschaft wesentlich zum Wachstum bei. Dies lag wohl zum einen an der Abwertung des Euro, zum anderen profitierte gerade der Euro-Raum von der kräftig steigenden Nachfrage der ölexportierenden Länder, deren Importe in den beiden vergangenen Jahren um 25% gestiegen sind. Zuletzt stieg auch der private Konsum wieder etwas stärker, der zu Jahresbeginn kaum ausgeweitet worden war.

Kapazitätsaus-
lastung im
Euro-Raum
gestiegen

Die EZB hat ihre abwartende Haltung aufgegeben und seit Dezember den Hauptrefinanzierungssatz in zwei Schritten um 50 Basispunkte auf 2,5% er-

⁷ Von einer *dutch disease* spricht man, wenn in einem Land, dessen Export von Rohstoffen dominiert ist, höhere Rohstoffpreise zu Leistungsbilanzüberschüssen und einer Aufwertung der Währung führen und dies das Wachstum des Nicht-Rohstoffsektor behindert. Zur Diskussion darüber im Zusammenhang mit Russland vgl. World Bank (2005) sowie Westin (2005).

Tabelle 6

Eckwerte der Konjunktur im Euro-Raum					
2003 bis 2007; real; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
	2003	2004	2005	2006 ^P	2007 ^P
Privater Verbrauch	1,1	1,5	1,2	1,7	1,6
Öffentlicher Verbrauch	1,7	1,1	1,3	1,9	2,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	1,8	2,3	2,5	2,7
Inlandsnachfrage	1,4	1,8	1,6	1,9	1,8
Export	1,3	5,9	4,3	6,3	5,0
Import	3,0	6,2	5,0	6,3	5,4
Bruttoinlandsprodukt	0,7	1,8	1,4	2,0	1,7

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat. – ^PEigene Prognose.

höht. Sie betonte zunächst, dass dies nicht zwingend der Auftakt einer Reihe von Zinserhöhungen ist. Jedoch hat die Wahrscheinlichkeit weiterer Zinsschritte in jüngster Zeit zugenommen. Zwar ist die Inflationsrate von 2,6% im September 2005 auf 2,3% im Februar zurückgegangen. Wegen der erneut gestiegenen Rohölpreise sowie der Anhebung administrierter Preise und indirekter Steuern dürfte die Teuerung aber vorerst nicht unter die von der EZB angestrebte Obergrenze von 2,0% sinken. Hinzu kommt, dass sich im Zuge des erwarteten Konjunkturaufschwungs die Überwälzungsspielräume erhöhen dürften. Dadurch droht der Druck auf die Preise zuzunehmen, zumal das Geldmengenwachstum weiterhin über dem Referenzwert der EZB liegt. Zudem deutet die deutliche Ausweitung der Kreditvergabe auf zunehmende in-

**Inflations-
erwartungen
bleiben
voraussichtlich
niedrig**

flationäre Risiken hin. Die Inflationserwartungen sind allerdings – gemessen an der Zinsdifferenz zwischen indexierten und nicht-indexierten Anleihen – nach wie vor niedrig, und die Lohnsteigerungen waren bisher moderat. Insgesamt ist zu erwarten, dass die EZB die Zinsen in größeren Abständen bis Ende 2007 auf etwa 3,5% anheben wird. Dann wäre die Geldpolitik in etwa neutral ausgerichtet.

Die Finanzpolitik war 2005 im Euro-Raum gemessen am konjunkturbereinigten Budgetdefizit, das unverändert bei etwa 2,5% des BIP liegt, neutral ausgerichtet. Auch in nomineller Betrachtung änderte dieser sich nur wenig. Allerdings verstießen vier Länder (Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal) erneut gegen den Vertrag von Maastricht, und Frankreich erreichte die 3%-Grenze wohl nur knapp. In diesem Jahr wird sich die Haushaltslage konjunkturbedingt etwas verbessern. Kräftige Einschnitte bei den Staatsausgaben sehen die Stabilitätspakte auch der Defizitsünder nicht vor. Die EU-Kommission akzeptierte das angestrebte Tempo beim Abbau der Fehlbeträge, so dass ein Unterschreiten der Defizitgrenze erst 2007 wahrscheinlich ist. Dann

dürfte die Finanzpolitik etwas restriktiver ausgerichtet sein als 2006, insbesondere weil in Deutschland Steuern erhöht werden sollen.

Nachdem sich das BIP-Wachstum im vierten Quartal mit einer annualisierten Rate von 1,2% verlangsamt hatte, deuten die vorliegenden Indikatoren darauf hin, dass die Wirtschaft schwungvoll in das neue Jahr gestartet ist. So liegt der von der EU-Kommission erhobene Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung⁸ inzwischen über seinem langfristigen Durchschnitt. Da die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen versprechen, günstig zu bleiben, und auch die Wirtschaftspolitik 2006 nicht dämpfend wirken dürfte, deutet vieles darauf hin, dass die Expansion vorerst nicht an Tempo verlieren wird.

Wichtige Triebkraft der Konjunktur bleiben unserer Einschätzung nach die Exporte, die von der bisherigen Abwertung des Euro vorerst noch profitieren dürften (Tabelle 6)⁹. Dies dürfte weiterhin die Investitionstätigkeit der Unternehmen anregen, zumal verglichen mit früheren Aufschwungphasen noch immer ein Nachholbedarf zu bestehen scheint. Jedenfalls nahmen die Bruttoanlageinvestitionen in früheren Aufschwüngen im Durchschnitt dreimal so stark zu wie im laufenden¹⁰. Da mittlerweile erstmals seit langer Zeit die Wohnungsbauinvestitionen in Deutschland wieder ansteigen, zeichnet sich auch für die Bauproduktion im Euro-Raum eine kräftigere Zunahme ab. Dies lässt sich auch aus der Erhöhung des Vertrauensindikators der EU-Kommission für das Baugewerbe seit dem vergangenen Sommer ablesen.

Ein selbsttragender Aufschwung dürfte sich aus alledem nur entwickeln, wenn die außenwirtschaftlichen Impulse und die höhere Investitionstätigkeit stärker auf die Beschäftigung und damit den privaten Konsum überspringen als bisher. Die Verbraucherumfragen der EU-Kommission weisen bisher auf eine nur marginal verbesserte Stimmung hin, und der Ölpreisanstieg wird wohl weiterhin Kaufkraft entziehen. Andererseits gibt es Anzeichen einer Besserung am Arbeitsmarkt¹¹. Insgesamt erwarten wir, dass der private Konsum vorerst nur wenig zulegt, im Verlauf des Prognosezeitraums aber deutlicher, wenn sich die Beschäftigungssituation weiter verbessert.

⁸ Der „Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung“ setzt sich aus vier Indikatoren zusammen, die darauf abzielen, das Vertrauen in der Industrie (Gewichtung: 40%), der Verbraucher (20%), im Baugewerbe (20%) und im Einzelhandel (20%) zu messen.

⁹ Berechnungen für den Zeitraum 1993 bis 2005 ergaben, dass der reale effektive Wechselkurs Granger-kausal zu den realen Exporten ist und einen Vorlauf von 1 bis 3 Quartalen aufweist.

¹⁰ EC (2005): 7. Der Vergleich bezieht sich auf die Phase bis zum zweiten Quartal 2005.

¹¹ Allerdings dürfte der in der Statistik ausgewiesene Anstieg der Beschäftigung durch Arbeitsmarktreformen und Änderungen in der statistischen Erfassung überzeichnet sein. Einen Überblick über die in den einzelnen Ländern des Euro-Raums in Kraft getretenen Regelungen gibt EZB (2006: 50–51).

2007 wieder
schwächere
Expansion
im Euro-Raum zu
erwarten

Insgesamt erwarten wir, dass das BIP im Euro-Raum 2006 um 2,0% zunimmt. Im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs mit 1,7% etwas geringer ausfallen, insbesondere weil sich die Expansion in Deutschland infolge der Mehrwertsteuererhöhung abschwächen dürfte. Die Arbeitslosenquote wird in diesem Jahr voraussichtlich auf 8,2% sinken, zum Ende des Prognosezeitraums erwarten wir 8,0%.

2.5 Konjunktur in Großbritannien zieht leicht an

In Großbritannien hat sich die Konjunktur im vergangenen Jahr spürbar abgekühlt. Im Jahresdurchschnitt stieg das reale BIP nur um 1,8%. Dies ist die niedrigste Rate seit 1992. Insbesondere der private Konsum war ausgesprochen schwach. Höhere Zinsen und ein langsamerer Anstieg der Immobilienpreise hatten zur Folge, dass weniger Kredite aufgenommen wurden, was sich in einem Anstieg der Sparquote um gut 1%-Punkt auf 5,5% (drittes Quartal 2005) niederschlägt. Entgegen allen Prognosen nahmen auch die Investitionen und die Exporte nur wenig zu. Letzteres ist wohl darauf zurückzuführen, dass der Marktanteil britischer Exporteure auf den besonders expansiven Märkten in Asien und auch bei Investitionsgütern gering ist.

Bei schwacher Binnennachfrage ist die Inflation bis Januar 2006 wieder knapp unter den Zielwert der *Bank of England* (2,0%) gesunken. Bereits Mitte 2005 war die *repo rate* um 25 Basispunkte gesenkt worden. Ob dem weitere Zinssenkungen folgen werden, ist schwer zu prognostizieren: Einerseits geht vom Arbeitsmarkt derzeit kein Inflationsdruck aus. Die Arbeitslosigkeit ist zuletzt leicht gestiegen, und die Effektivlöhne in der Privatwirtschaft nehmen im langjährigen Vergleich nur unterdurchschnittlich zu¹². Andererseits gibt es Anzeichen einer neuerlichen Hausse am Immobilienmarkt; der *Halifax*-Hauspreisindex lag im Januar um 5,1% über dem Vorjahreswert. Zudem besteht Unsicherheit darüber, wie stark sich der Ölpreisanstieg bereits in den Preisen auf nachgelagerten Stufen niedergeschlagen hat (Bank of England 2005a: 37). In unserer Prognose gehen wir von unveränderten Notenbankzinsen aus.

Die Lage der öffentlichen Finanzen hat sich angesichts der schwächeren Binnennachfrage und den daraus resultierenden Einnahmehausfällen nicht verbessert; das Budgetdefizit erreichte 3,1% in Relation zum BIP. Dadurch ist es unwahrscheinlich geworden, dass die *golden rule* eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts eingehalten werden kann, und dies selbst dann, wenn die Ausgabenziele unterschritten werden. Der Handlungsdruck

¹² Die *Bank of England* (2005a: 26) vermutet, dass dazu auch die Öffnung des Arbeitsmarkts für die neuen EU-Länder im Mai 2004 beigetragen hat.

für die Politik ist allerdings gering. Zum einen wird die Regel sehr flexibel ausgelegt¹³. Zum anderen dürfte das von der Europäischen Kommission eingeleitete Defizitverfahren wenig bewirken, da Großbritannien nicht der Währungsunion angehört. Deshalb muss es lediglich „bemüht sein, übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden“ (EC 2006). Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass das konjunkturbereinigte Defizit künftig sogar noch leicht steigt.

**Hohe Gewinne
lassen Investitionen
in Großbritannien
voraussichtlich
steigen**

Im Prognosezeitraum dürfte das BIP wieder kräftiger zunehmen. Zwar zeigen Umfragen, dass das Verbrauchervertrauen immer noch verhältnismäßig schwach ist. Doch dürften die realen verfügbaren Einkommen durch die voraussichtlich niedrigere Inflation etwas stärker steigen als zuletzt und der neuerliche Anstieg der Immobilienpreise stimulierend wirken. Die Investitionen dürften wegen historisch niedriger Langfristzinsen und der guten Gewinnsituation der Unternehmen stärker zulegen. Allerdings schreibt nach einer Feststellung der *Bank of England* (2005b: 15) immer noch ein beträchtlicher Teil der Unternehmen Verluste, so dass die Zunahme verhalten sein dürfte. Der Zinsvorteil gegenüber dem Euro-Raum wird unter den hier getroffenen Annahmen etwas schrumpfen, was eine leichte Abwertung des Pfundes bewirken könnte. Damit ist auch ein kräftigeres Exportwachstum zu erwarten. Insgesamt dürfte das BIP in diesem Jahr um 2,1% steigen, 2007 um 2,4%.

2.6 Expansion in den neuen EU-Ländern bleibt kräftig

In den neuen EU-Ländern stieg das BIP 2005 um 4,2% nach 4,9% im Vorjahr. Seit der kurzfristigen Schwächephase in der zweiten Hälfte von 2004 wächst die Wirtschaft kontinuierlich (Schaubild 5). Geprägt wurde dieser Verlauf von Polen, dessen BIP zeitweise nur wenig wuchs, wohl vor allem, weil hohe Realzinsen und die Aufwertung des Zloty die Expansion dämpften. Unverändert sehr hohe Zuwächse erreichten mit 8% die Baltischen Staaten.

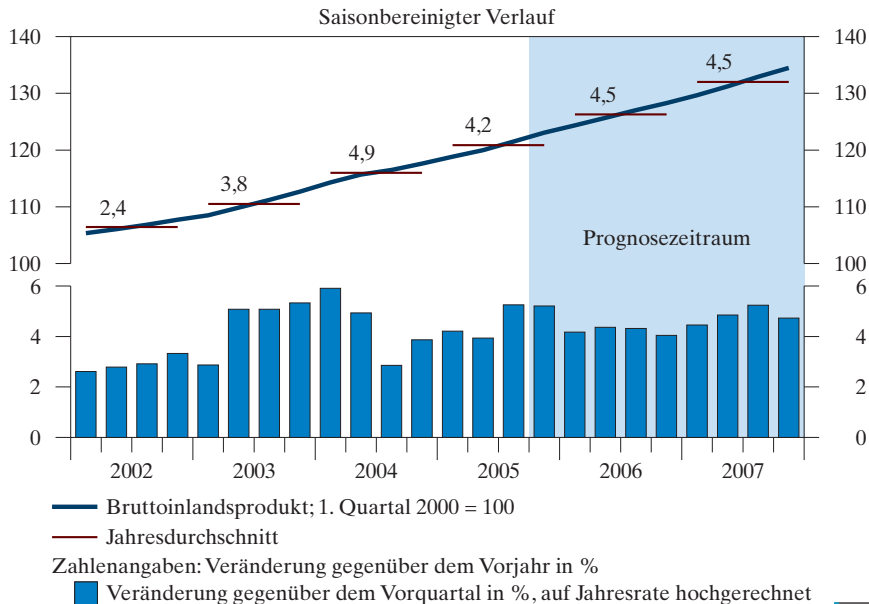
Wesentlichen Anteil am BIP-Wachstum hatte ein verbesserter Außenbeitrag. Zwar stiegen die Exporte i.A. langsamer – lediglich die Baltischen Staaten bildeten eine Ausnahme –, jedoch ließ die Expansion der Importe noch stärker nach, besonders in Tschechien, der Slowakei und Polen. Maßgeblich hierfür waren wohl geringere Zuwächse bei der Binnennachfrage. Insbesondere die Investitionen nahmen schwächer zu, am stärksten noch mit 10% in der Slowakei. In Slowenien hingegen gingen sie sogar leicht zurück. Im Vorjahr hatten die Zuwächse noch zwischen 25% (Litauen) und 5,2% (Estland) gelegen. Bei

¹³ Das Finanzministerium hat im *Pre-Budget Report* 2006 zum wiederholten Male angekündigt, den laufenden Zyklus neu zu datieren. Angesichts des schwachen Wachstums im Jahr 2005 laufe er nun bis 2008/2009.

Schaubild 5

Bruttoinlandsprodukt in den neuen EU-Ländern

2002 bis 2007; real



Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat.



der Abschwächung mag eine Rolle gespielt haben, dass einige Länder wie Polen nicht in der Lage waren, den vorgeschriebenen Eigenbeitrag zu leisten und deshalb in geringerem Maße Mittel aus den EU-Fonds erhielten.

Der private Konsum hat im Verlauf des Jahres an Stärke gewonnen. Dazu hat offenbar wesentlich beigetragen, dass die Realeinkommen wegen der abflauenden Inflation und der sich bessernden Lage auf dem Arbeitsmarkt stiegen. Die lange Phase eines soliden Wachstums wirkt sich allem Anschein nach positiv auf die Beschäftigung aus. Sie nimmt mittlerweile in allen Ländern zu. Spiegelbildlich sinken die Arbeitslosenquoten, die jedoch immer noch hoch sind, insbesondere in Polen und der Slowakei.

Die Geldpolitik ist inzwischen weniger restriktiv ausgerichtet. Die Inflationsraten gingen nach dem Anstieg 2004 trotz der steigenden Energiepreise i.A. deutlich zurück. Dies erlaubte den Notenbanken Polens und Ungarns, die Zinsen deutlich zu senken; dabei gingen auch die Realzinsen zurück. In Tschechien und der Slowakei stiegen sie zwar leicht; sie sind gleichwohl im Vergleich zu den anderen EU-Ländern immer noch niedrig. Die Ausrichtung der Finanzpolitik wird sich im Prognosezeitraum unserer Einschätzung nach per

Tabelle 7

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit
in den neuen EU-Ländern¹**

2005 bis 2007

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ²		
	2005 ^s	2006 ^P	2007 ^P	2005 ^s	2006 ^P	2007 ^P	2005 ^s	2006 ^P	2007 ^P
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
Polen	3,2	4,0	4,2	2,2	2,5	2,5	18,0	17,5	17,0
Tschechien	5,0	4,5	4,5	1,9	2,6	2,5	8,0	7,5	7,2
Ungarn	4,0	4,0	4,0	3,8	2,0	2,7	7,2	7,0	6,8
Slowakei	5,6	5,8	6,0	2,7	3,0	3,0	16,5	15,5	15,0
Slowenien	4,0	4,0	4,0	2,6	2,5	2,3	6,0	5,6	5,5
Estland	8,4	8,0	7,0	4,0	3,8	3,0	7,5	6,5	6,0
Lettland	8,5	9,0	7,5	7,0	6,5	5,0	9,5	9,2	9,0
Litauen	7,0	6,5	6,0	2,5	2,8	3,0	9,0	8,5	7,7
Insgesamt ³	4,2	4,5	4,5	2,6	2,6	2,6	13,8	13,3	12,9

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und der OECD. – ¹Zypern und Malta wegen des geringen Gewichts nicht erfasst. – ²Standardisiert. – ³Summe der aufgeführten Länder; BIP und Verbraucherpreise gewichtet mit dem BIP von 2003 in Dollar, Arbeitslosenquote mit der Zahl der Erwerbspersonen. – ^PEigene Prognose. – ^sZum Teil eigene Schätzungen.

saldo wenig ändern. In den großen Ländern könnte sie sogar etwas expansiver wirken. Dadurch verletzen diese Staaten erneut das Defizitkriterium des Maastrichter Vertrages, so dass ein Beitritt zur Währungsunion in weitere Ferne rückt.

Bei diesen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen dürfte die Expansion insgesamt kräftig bleiben. Wir erwarten, dass die Binnennachfrage die Konjunktur weiterhin stützt, und zwar sowohl der private Konsum als auch die Investitionen. Mit steigender Nachfrage im Euro-Raum dürften zwar die Exporte anziehen, allerdings ist auch mit einer stärkeren Zunahme der Importe zu rechnen. Wir prognostizieren für die neuen EU-Länder insgesamt eine Zunahme des BIP um 4,5% in diesem und im kommenden Jahr (Tabelle 7). Die Arbeitslosigkeit dürfte dabei weiter abgebaut werden, wenn auch nur langsam. Die Verbraucherpreise werden voraussichtlich in ähnlichem Maße steigen wie 2005¹⁴.

**Expansion
in den neuen
EU-Ländern
voraussichtlich
zunehmend vom
Konsum getragen**

¹⁴ In Ungarn ist für 2006 mit einer deutlich niedrigeren Inflation zu rechnen, weil die Mehrwertsteuer gesenkt wurde.

Literatur

- AIECE (ed.) (2005), *World Commodity Prices 2005 to mid-2007*. Report prepared to the AIECE Autumn Meeting in Brussels. Helsinki.
- Bank of England (ed.) (2005a), *Inflation Report*. November 2005. London.
- Bank of England (ed.) (2005b), *Financial Stability Review*. December 2005. London.
- Bank of Japan (ed.) (2003), The output gap and the potential growth rate: issues and applications as an indicator for price change. *Bank of Japan Quarterly Bulletin* 2003 (May).
- Bernanke, B.S. and F. S. Mishkin (1997), Inflation targeting: A new framework for monetary policy? *Journal of Economic Perspectives* 11: 97–116.
- CBO – Congressional Budget Office (ed.) (2006), *The Budget and Economic Outlook: Fiscal Years 2007 to 2016*. Washington, DC.
- Consensus Economics (ed.) (2006), *Consensus Forecast*, February 13, 2006. London.
- EC – European Commission (ed.) (2005), Consumption, Investment, and Saving in the EU: An assessment. European Commission Occasional Paper 20. Brüssel.
- EC – European Commission (ed.) (2006), Commission recommends correction of UK budget deficit. Press release, 11.1.2006. Internet: <http://europa.eu.int>, Download vom 1.3.2006.
- EZB – Europäische Zentralbank (Hrsg.) (2006), Ursachen des Ölpreisanstiegs. *Monatsberichte* 2006 (Jan.): 14–16.
- Götz, R. (2005), Prognosen für die Ölförderung in Russland. Diskussionspapier Forschungsgruppe Russland/GUS 2005/09. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Harvey, C.R. (1991), Interest rate based forecasts of German economic growth. *Weltwirtschaftliches Archiv* 127: 701–718.
- IEA – International Energy Agency (ed.) (2006), *Oil Market Report*. January 2006. Paris.
- NBS – National Bureau of Statistics of China (ed.) (2006), *Announcement on Revised Results about Historical Data of China's Gross Domestic Product*. Internet: www.stats.gov.cn/english/newsandcomingevents/t20060110_402300302.htm, Download vom 30.1.2006
- OECD (ed.) (2005), *Economic Outlook* 78. Paris.
- Rodrik, D. (2006), What's so Special about China's Exports? NBER Working Paper 11947. Cambridge, MA.
- Stock, J.H. and M.W. Watson (2003), Forecasting output and inflation: the role of asset prices. *Journal of Economic Literature* 41: 788–829.
- UN – United Nations (ed.) (2006), *World Economic Situation and Prospects 2006*. New York.
- Westin, P. (2005), Dutch Disease: Diagnosing Russia. *Bofit Russia Review* 2005 (8–9): 4. Internet: www.bofi.fi/bofit/eng/4rucec/ypdf/re2005.pdf, Download vom 10.2.2006.
- World Bank (ed.) (2005), *Russian Economic Report*. November 2005. Internet: http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/RER11_eng.pdf. Download vom 10.2.2006.

**Roland Döhrn, György Barabas, Heinz Gebhardt, Antoine-Richard Milton,
Günter Schäfer, Torsten Schmidt, Hans-Karl Starke und Ullrich Taureg**

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung kräftigt sich¹

Kurzfassung

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland setzte sich im Verlauf des Jahres 2005 fort. Er wird nicht mehr allein von der Außenwirtschaft getragen, sondern zunehmend auch von den Investitionen. Die Bauinvestitionen haben zuletzt erstmals seit 1999 zugelegt. Rückläufig blieb allerdings der private Konsum. Bei der Beschäftigung sind Besse- rungstendenzen erkennbar, so dass die Chancen nicht schlecht stehen, dass die verfü- g- baren Einkommen künftig etwas stärker zunehmen.

Die Bundesregierung verzichtet 2006 auf eine forcierte Konsolidierung und verab- schiedete Maßnahmen, mit denen sie die Wachstumsdynamik verstärken will. Für das kommende Jahr ist eine Anhebung der Mehrwert- und der Versicherungsteuer um 3%-Punkte geplant, womit der Konsolidierungskurs verschärft würde. Zugleich sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte sinken.

Unter diesen Voraussetzungen prognostizieren wir ein Wachstum des BIP von 1,8% in diesem, aber nur von 1,3% im kommenden Jahr (Tabelle 1). Die Zunahme läge jeweils über dem Trendwachstum, das wir auf gut 1% schätzen. Wesentliche Impulse erhält die Expansion voraussichtlich weiter vom Export. Einen gleich hohen Wachstumsbeitrag dürften die Investitionen liefern. Eine Belebung der privaten Konsumausgaben halten wir für wenig wahrscheinlich. 2006 dürfte er etwas höher ausfallen, weil Käufe wegen der bevorstehenden Steuererhöhung vorgezogen werden. Für 2007 prognostizieren wir einen neuerlichen Rückgang, da weitere Steuervergünstigungen abgebaut werden sollen und die Inflation wegen der Mehrwertsteuererhöhung voraussichtlich ansteigt. Wir erwarten dann eine Teuerungsrate von 2,3% nach 1,7% in diesem Jahr.

Bei der Zahl der Erwerbstätigen prognostizieren wir für 2006 eine Zunahme um 160 000, für 2007 um 140 000. Der Stellenaufbau dürfte vor allem bei sozialversiche- rungspflichtigen Tätigkeiten stattfinden, während wir bei Mini- und Ein-Euro-Jobs

¹ Abgeschlossen am 2. März 2006. Wir danken Michael Fertig, Rainer Kambeck, Wim Kösters, Torge Middendorf, Heinz Josef Münch, Christoph M. Schmidt und Joachim Schmidt für kritische Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Berichts sowie Tobias Arns, Anette Hermanowski, Frank Jacob, Waltraud Lutze, Lionita Krepstakies, Renate Rác, Gisela Schubert und Werner Wichmann für die technische Unterstützung der Arbeiten.

Tabelle 1

Eckwerte der Prognose für 2006 und 2007			
2005 bis 2007			
	2005	2006 ^P	2007 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	0,9	1,8	1,3
Erwerbstätige ² , in 1 000	38 779	38 940	39 080
Arbeitslose ³ , in 1 000	4 861	4 590	4 530
Arbeitslosenquote ⁴ , in %	11,2	10,6	10,4
Verbraucherpreise, Veränderung in %	2,0	1,7	2,3
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	-0,9	-0,6	-0,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Mrd. €	-74,5	-65,0	-46,0
in % des BIP	-3,3	-2,8	-2,0
Leistungsbilanzsaldo ⁷ , in Mrd. €	90,4	105,0	110,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit; Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr. – ¹In Preisen des Vorjahres. – ²Im Inland. – ³Nationale Abgrenzung. – ⁴Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. – ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ⁷In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^PEigene Prognose.

keine nennenswerten Zuwächse erwarten. Die Arbeitslosenquote dürfte auf 10,6% 2006 bzw. 10,4% 2007 sinken.

Der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte wird sich im Prognosezeitraum spürbar vermindern. Aufgrund der besseren Konjunktur halten wir es für möglich, dass er die Defizitgrenze des Vertrags von Maastricht bereits in diesem Jahr leicht unterschreitet. Im kommenden Jahr dürfte die Defizitquote wegen der Steuererhöhungen deutlich, auf 2,0%, sinken.

Die Finanzpolitik hat für 2007 einen verschärften Konsolidierungskurs angekündigt. Nach unserer Einschätzung geht sie dabei aber einen falschen Weg. Eine Konsolidierung hätte vor allem auf der Ausgabenseite ansetzen müssen, die Regierung erhöht stattdessen die Steuern. Angesichts der erwarteten deutlichen Konjunkturbelebung hätte sie in diesem Jahr bei der Konsolidierung mutiger voranschreiten sollen. Die Steuererhöhung im kommenden Jahr sollte sie überdenken, zumindest aber auf ein Maß beschränken, bei dem die Abgabenbelastung insgesamt nicht steigt.

1. Überblick

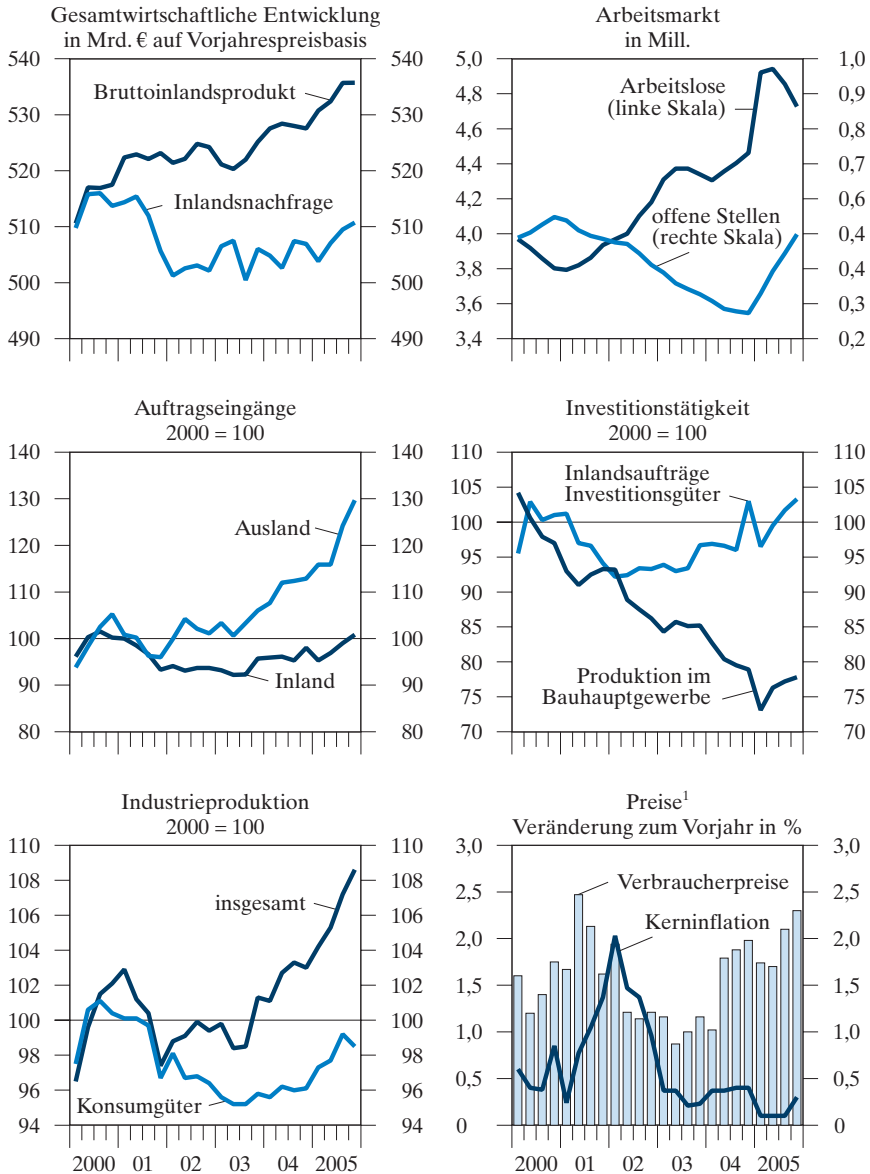
1.1 Gute Konjunktur, noch bessere Stimmung

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland setzte sich im Verlauf des Jahres 2005 fort. Erfreulich ist, dass er nun nicht mehr allein von der Außenwirtschaft getragen wird, sondern auch von den Investitionen. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen steigen seit fast zwei Jahren. In der zweiten Hälfte von 2005 haben aber auch die Bauinvestitionen erstmals seit 1999 wieder spürbar zugelegt. Rückläufig blieb der private Konsum, der offenbar insbesondere durch höhere Energiepreise gedämpft wurde. Es gibt Hoffnungszeichen, dass

Schaubild 1

Indikatoren zur Konjunktur

2000 bis 2005; saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Nicht saisonbereinigt.

Kasten 1

Prognose 2005 im Rückblick

Vor einem Jahr hatte das RWI Essen für 2005 eine Zunahme des realen BIP um 1,0% prognostiziert. Damit hat es das nach aktuellem Rechenstand realisierte Ergebnis nur um 0,1%-Punkte verfehlt, was im langfristigen Vergleich außerordentlich wenig ist. Anders als im Vorjahr – als der Prognosefehler ebenfalls recht gering war – wurden diesmal auch die meisten Verwendungsaggregate des BIP relativ gut getroffen (Tabelle).

Zwar wurde auch für 2005 der Zuwachs bei allen inländischen Komponenten des BIP zu optimistisch eingeschätzt, allerdings sind die Prognosefehler im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt gering. Dies gilt insbesondere für die sehr volatilen Ausrüstungsinvestitionen. Der Außenbeitrag wurde erneut unterschätzt, jedoch wurden sowohl die Ein- als auch die Ausfuhren recht gut getroffen. Berechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell lassen den Schluss zu, dass etwa die Hälfte des Fehlers beim Export darauf zurückzuführen ist, dass der Euro im Verlauf von 2005, anders als von uns angenommen, gegenüber dem Dollar abwertete. Die Zunahme der Einfuhren wurde hingegen fast genau vorhergesagt.

Prognose vom Februar 2005 und Realisation

in % bzw. %-Punkten

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Abweichung der Prognose vom Ist	MAE ² 1991 bis 2005
	Prognose	Ist ¹		
Konsumausgaben	0,4	0,0	0,4	–
Private Haushalte	0,5	0,0	0,5	0,9
Staat	–0,1	0,1	0,2	0,7
Anlageinvestitionen	1,7	–0,2	1,9	2,8
Ausrüstungen	4,3	4,0	0,3	4,3
Bauten	–0,6	–3,4	2,8	2,8
Vorratsveränderung ³	0,2	0,3	–0,1	0,5 ^a
Außenbeitrag ³	0,2	0,6	–0,4	0,7 ^a
Exporte	5,4	6,3	–0,9	3,3
Importe	5,6	5,3	0,3	3,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,9	0,1	0,7

Eigene Berechnungen. – ¹Angaben des Statistischen Bundesamtes vom 22. Februar 2006. –

²MAE: Mittlerer absoluter Prognosefehler der Veränderungsrate bzw. Wachstumsbeiträge. –

³Wachstumsbeitrag in %-Punkten. – ^a1996 bis 2005.

auch die Beschäftigung dabei ist, sich zu bessern. Vorläufigen Angaben zufolge nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit August 2005 wieder leicht zu. Damit stehen die Chancen nicht schlecht, dass auch die verfügbaren Einkommen bald wieder stärker steigen.

Mehr noch als die Lage hat sich die Stimmung aufgehellt. Der ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe erreichte im Februar 2006 den besten Wert seit 15 Jahren, wobei nun nicht nur die Erwartungen, sondern auch die Lage gut eingeschätzt werden. Ähnliches gilt für den *Purchasing Managers Index*, der insbesondere für den Dienstleistungssektor den besten Wert seit 2000 aufwies. Selbst die Konsumentenstimmung (*Consumer Sentiment Index* der EU) verbesserte sich, auch wenn die skeptischen Einschätzungen noch überwiegen.

Inwieweit die günstigen Stimmungsindikatoren auf einen kräftigeren Aufschwung hinweisen, ist jedoch unsicher. Erfahrungsgemäß sind die Prognoseeigenschaften dieser Indikatoren nicht allzu gut (Dreger, Schumacher 2005). In einem engeren Zusammenhang standen sie allerdings in der Vergangenheit mit der Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Diese blieb auch im vierten Quartal 2005, als das reale BIP saisonbereinigt stagnierte, aufwärts gerichtet. Da die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland in der Tendenz weiter steigen, deutet vieles darauf hin, dass die Schwäche im Schlussquartal vorübergehend war und ein guter Start ins neue Jahr gelingen sollte².

Gedämpft wurde die Expansion im abgelaufenen Jahr insbesondere durch die Verteuerung von Energie und Rohstoffen, die wohl maßgeblich für das schwache vierte Quartal 2005 verantwortlich war. Sie ließ die Inflationsrate von 1,6% im Januar auf 2,5% im September steigen. Seitdem hat sich der Preisauftrieb wieder auf zuletzt 2,1% etwas beruhigt. Die Inflationsrate lag über dem Anstieg der verfügbaren Einkommen, so dass die Realeinkommen sanken.

Schwäche im
Schlussquartal
wohl nur
vorübergehend

1.2 Aufschwung in diesem, gebremste Expansion im kommenden Jahr

Unsere Prognose basiert auf folgenden Annahmen:

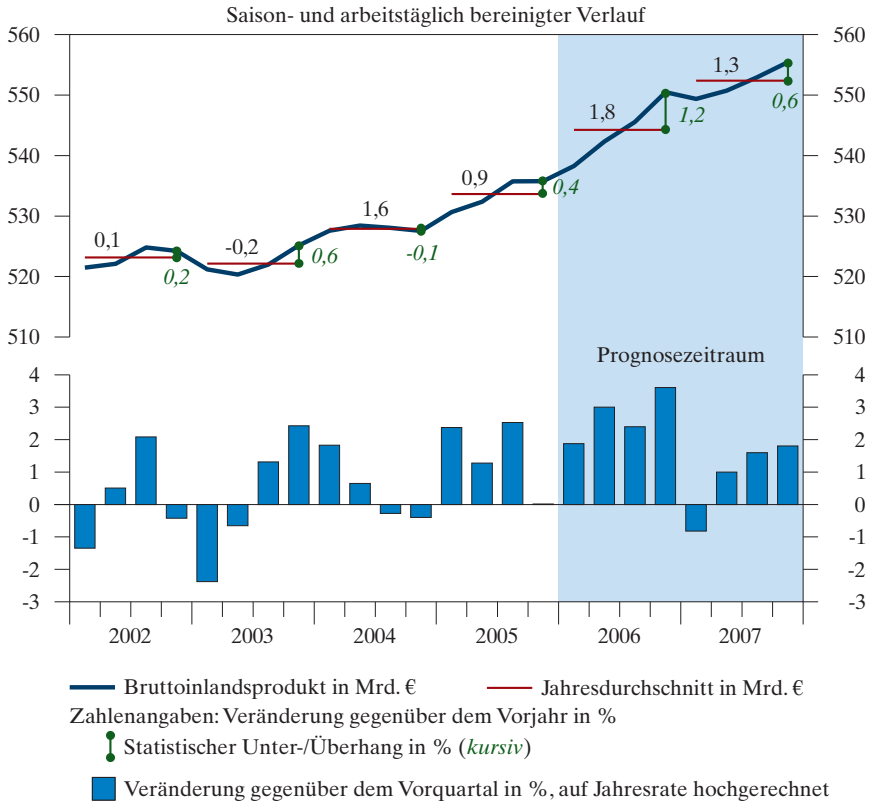
- Der Preis für Rohöl bleibt über den gesamten Prognosezeitraum auf dem gegenwärtigen Niveau von 60 \$/b.
- Die internationale Konjunktur verliert nur wenig an Fahrt. Der Welthandel mit Waren wird in diesem Jahr um 7,5% ausgeweitet, im kommenden um 7%.
- Der Wechselkurs des Dollar gegenüber dem Euro liegt unverändert bei etwa 1,20 \$/€.
- Die EZB wird ihre Leitzinsen im Prognosezeitraum in mehreren kleinen Schritten bis auf 3,5% heraufsetzen.
- Die Tariflöhne steigen in diesem Jahr um 1,1%, im kommenden um 1,3%.

² Die Quartalsraten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden zum Teil beträchtlich revidiert. Bei unserer Prognose vom September 2005 beispielsweise gingen wir – in saison- und arbeitstäglicher Betrachtung – nach den damals zur Verfügung stehenden Daten von einer Stagnation im zweiten Quartal 2005 aus. Nach den aktuellsten Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die Quartalsrate dagegen 0,3%. Auch hatten wir damals die unstete Entwicklung des deutschen BIP ohne klare Tendenz angesprochen. Nach der jüngsten Revision stellen sich die Zuwachsraten in den ersten drei Quartalen 2005 mit 0,6%, 0,3% und erneut 0,6% im Vergleich mit den Jahren zuvor recht gleichmäßig dar. Unsere Einschätzung (Döhrn et al. 2005: 27, Fußnote 2), dass die im September vorliegenden Daten den Zuwachs im ersten Quartal 2005 zu hoch und im zweiten zu gering auswiesen, hat sich damit als zutreffend herausgestellt.

Schaubild 2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2002 bis 2007; real



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.



Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen unterscheiden sich für dieses und das kommende Jahr deutlich. Die Bundesregierung verzichtet 2006 auf eine stärkere Konsolidierung und verabschiedete stattdessen Maßnahmen, „die bereits kurzfristig Impulse für eine verstärkte Wachstumsdynamik geben“ (BMWi 2006: 19). Da gleichzeitig weitere Steuervergünstigungen abgebaut und Transfers reduziert werden, dürfte das konjunkturbereinigte Defizit per saldo in Relation zum BIP um 0,3%-Punkte zurückgeführt werden. Belastet werden insbesondere die privaten Haushalte (schätzungsweise 10 Mrd. €), während Unternehmen leicht entlastet werden dürften.

Für das kommende Jahr plant die Bundesregierung einen schärferen Konsolidierungskurs. Sie hat u.a. angekündigt, den Regelsatz der Mehrwert- und die

Versicherungsteuer um 3%-Punkte anzuheben, allerdings auch den Beitragsatz zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte zu senken. Zusammen mit dem Abbau weiterer Steuervergünstigungen und Einsparungen in der Verwaltung dürfte dies das konjunkturbereinigte Defizit um 0,8%-Punkte des BIP mindern, wobei wiederum insbesondere die privaten Haushalte belastet werden. Eine Abschätzung der makroökonomischen Auswirkungen der Finanzpolitik enthält Kasten 4.

Unter diesen Voraussetzungen prognostizieren wir eine Zunahme des BIP um 1,8% in diesem Jahr, aber nur um 1,3% im kommenden (Tabelle 3). 2006 läge der Zuwachs über dem Durchschnitt der Jahre seit der Wiedervereinigung und dem trendmäßigen Wachstum, das nach unserer Einschätzung knapp über 1% beträgt (Döhrn et al. 2004a: 107), so dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung steigt. 2007 käme die restriktivere Wirtschaftspolitik zum Tragen, die Expansion läge aber noch leicht über dem Trendwachstum.

**Expansion
voraussichtlich
zunehmend von
den Investitionen
getragen**

Getragen wird die Expansion voraussichtlich weiterhin wesentlich vom Export. Die gleiche Bedeutung dürften allerdings die Investitionen erlangen, weil die Kapazitätsauslastung steigt, die Gewinnsituation und die Finanzierungsbedingungen günstig sind und die Abschreibungsbedingungen verbessert wurden (Tabelle 4).

Eine Belebung der privaten Konsumausgaben halten wir für wenig wahrscheinlich. Zwar dürften sie 2006 wieder wachsen, jedoch vorwiegend aufgrund von Sonderfaktoren, insbesondere dem Vorziehen von Käufen in Reaktion auf die für 2007 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer. Für 2007 prognostizieren wir einen neuerlichen Rückgang, da dann die vorgezogenen Käufe fehlen, Steuervergünstigungen weiter abgebaut werden und die Inflation wegen der Mehrwertsteuererhöhung voraussichtlich ansteigt. Wir erwarten eine Teuerungsrate von 2,3% nach 1,7% in diesem Jahr.

Stützend auf die Einkommen dürfte allerdings die Beschäftigung wirken. Für 2006 erwarten wir bei weiterhin maßvollen Lohnabschlüssen eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen (im Inland) um 160 000, für 2007 um 140 000. Dabei dürften die niedrigeren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung positiv auf die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen wirken. Der Stellenaufbau dürfte vor allem bei sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten stattfinden. Bei Mini- und Ein-Euro-Jobs ist keine nennenswerte Zunahme mehr zu erwarten.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich im laufenden Jahr voraussichtlich bessern. Die Defizitquote dürfte auf 2,8% sinken. Damit würde Deutschland das Defizitkriterium des Maastrichter Vertrags erstmals seit 2002 erfül-

Tabelle 2

Auswirkungen veränderter Prognoseannahmen auf ausgewählte Aggregate								
2006:1 bis 2007:4; Abweichung von der Basislösung in %-Punkten								
	Welthandel		Dollarkurs		Rohölpreis			
	Zunahme um 2,5 %-Punkte niedriger je Quartal 2006		Dauerhafte Anhebung um 0,1 \$/€		dauerhafte Anhebung um 10 \$/b			
					ohne		mit	
					Rückkopplung über Welthandel			
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Entstehung								
Erwerbstätige	-0,2	-0,3				-0,2		-0,2
BIP real	-0,6	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	-0,2	-0,2	-0,3
Verwendung, real								
Private Konsumausgaben	-0,1	-0,4	0,2	0,5	-0,2	-0,4	-0,2	-0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-1,0	-0,8	-0,1	-0,3	-0,1	-0,6	-0,3	-0,9
Exporte	-2,3		-0,8	-1,7		0,1	-0,7	0,1
Importe	-2,2	-0,6	-0,5	-1,2	-0,1	-0,4	-0,7	-0,6
Preise								
Private Konsumausgaben			-0,3	-0,6	0,2	0,3	0,2	0,3
Verteilung								
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	-0,5		-0,1		-0,2	-0,1	-0,3
Unternehmens-/Vermögenseinkommen	-1,7	0,2	1,5	-1,2	-2,1		-2,6	0,1
Volkseinkommen	-0,7	-0,3	0,5	-0,5	-0,7	-0,1	-0,9	-0,2
Staat								
Finanzierungssaldo, in Mrd. €	-1,8	-6,8	-0,6	-0,1	0,3	-2,6		-4,1

Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell, Stützbereich 1995:3 bis 2005:2.

len. Im kommenden Jahr wird sie vor allem aufgrund höherer Steuern auf wahrscheinlich 2,0% weiter sinken.

1.3 Risiken

Die wesentlichen Risiken dieser Prognose liegen, wie bei unserer vorhergehenden, im weltwirtschaftlichen Umfeld. Sie wurden im Auslandsteil des Berichts bereits thematisiert. Wie stark ein höherer Ölpreis, eine Aufwertung des Euro oder eine allgemein schwächere Expansion des Welthandels die deutsche Wirtschaft belasten würden, lässt sich mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells abschätzen (Tabelle 2). Ein um 2,5%-Punkte geringeres Wachstum des Welthandels würde das BIP – über zwei Jahre kumuliert – um 0,8% drücken. Ein um 0,10 \$ höherer Kurs des Euro hätte ein um 0,3% geringeres BIP zur Folge und ein um 10 \$/b höherer Rohölpreis ein um 0,5% geringeres BIP (ausführlicher dazu Döhrn et al. 2004b: 32–34).

Zu einem schwächeren Wachstum der Weltwirtschaft könnte es beispielsweise kommen, wenn – was allerdings wohl nicht allzu wahrscheinlich ist (CBO 2005: 5–6) – die Vogelgrippe auf den Menschen übergreift und sich zu einer Pandemie entwickelt. Quantitative Aussagen über die wirtschaftlichen Effekte hängen aber letztlich von den Annahmen über die Zahl der infizierten Personen und der Todesfälle ab. Man kann sich dem Problem nur über Szenarien

annähern, wie z.B. McKibbin/Sidorenko (2006), ohne freilich deren Wahrscheinlichkeit beziffern zu können.

Die direkten Wirkungen auf die Konjunktur in Deutschland dürften – sofern eine Katastrophe ausbleibt – gering sein. Greift die Vogelgrippe auf Nutztierbestände über, so wären nicht einmal 5% der landwirtschaftlichen Wertschöpfung (Anteil der Produktion von Geflügelfleisch und Eiern am Produktionswert der Landwirtschaft) bzw. weniger als 0,05% des BIP betroffen. Käme es allerdings zu einer Grippeepidemie unter Menschen, wären Produktionsausfälle aufgrund eines hohen Krankenstandes wahrscheinlich. Diese dürften jedoch in den Folgemonaten zum Teil wieder aufgeholt werden. Den Ausfällen stünden erhöhte Aufwendungen zur Abwendung der Bedrohung gegenüber, die für sich genommen das BIP sogar steigern.

**Grippe-Pandemie
könnte Expansion
dämpfen**

Bedeutsamer wären die internationalen Rückwirkungen. In dem „milden“ Szenario von McKibbin/Sidorenko (2006) kommt es zu einer Verlangsamung des Wachstums der Weltwirtschaft um 0,8%-Punkte. Dies wäre eine Größenordnung, bei der auch der deutsche Export spürbar in Mitleidenschaft gezogen würde.

Die eigentlichen Belastungen durch eine Pandemie lägen freilich wohl nicht im wirtschaftlichen Bereich. Sie beständen vielmehr im Verlust von Menschenleben und an Lebensqualität aufgrund der Angst vor Ansteckung und entsprechend verändertem Verhalten.

2. Nachfragekomponenten

2.1. Exporte wachsen weiterhin kräftig

Die Konjunktur in Deutschland erhielt auch 2005 wesentliche Impulse aus dem Ausland. Die Ausfuhren wuchsen preisbereinigt um 6,3%, wobei sich die Zunahme verstärkte. Sie wurden einerseits von der weiterhin lebhaften Weltkonjunktur, andererseits einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit begünstigt, da der Euro seit Jahresbeginn tendenziell gegenüber dem Dollar abwertete und der Preis- und Kostenanstieg hierzulande geringer war als in anderen Ländern. Zudem wurde die Expansion weltweit wesentlich von den Investitionen getragen, was dem Exportsortiment Deutschlands entgegen kommt.

**Ausfuhren
wuchsen im
Jahresverlauf 2005
verstärkt**

Für 2006 stehen die Zeichen nicht schlecht, dass die gute Exportkonjunktur anhält. Der Welthandel wächst nach unserer Einschätzung weiterhin spürbar, und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen dürfte sich

Kasten 2

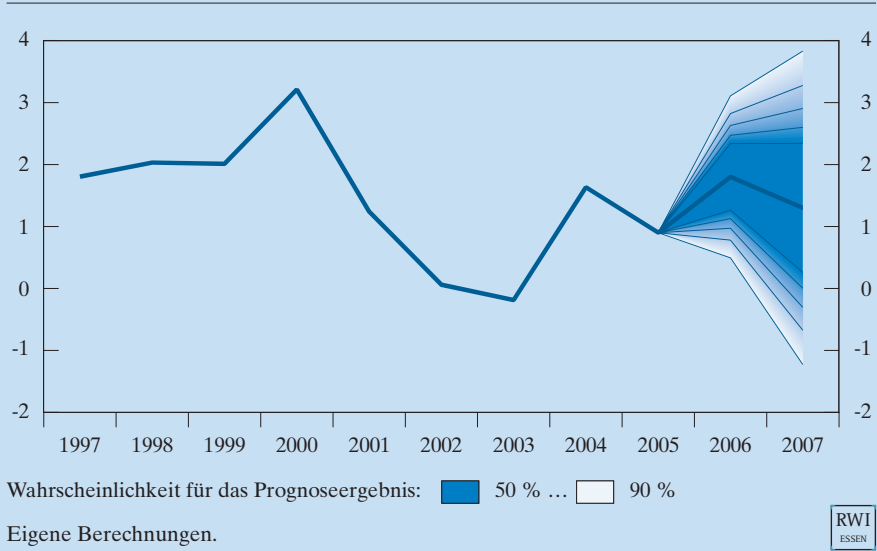
Zur Unsicherheit der vorliegenden Prognose

Im Konjunkturbericht 2005 hat das RWI Essen erstmals die Unsicherheit seiner laufenden Prognose quantifiziert (Döhrn et al. 2005: 38–39). Dazu wurde ein Prognoseintervall bestimmt, das aus den Fehlern der Vergangenheit abgeleitet wurde. Es zeigte sich, dass die Fehlerstreuung mit dem Prognosehorizont variiert. Die angegebenen Intervalle fußen auf der Annahme einer unverzerrten Prognose und einer symmetrischen Verteilung des Prognosefehlers.

Für 2006 beträgt der Prognosehorizont 11 Monate. Gemäß den sich für diesen Zeitraum ergebenden Intervallen kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die Wirtschaft in diesem Jahr spürbar wächst. Das 50%-Intervall umfasst BIP-Raten zwischen 1,3% und 2,3%, das 80%-Intervall deckt immerhin noch den Bereich zwischen 0,8% und 2,8% ab. Ist die Prognose unverzerrt und folgen die Fehler der gleichen Verteilung wie in der Vergangenheit, erhöht sich das BIP mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 90% 2006 rascher als 2005. Für 2007 (Prognosehorizont 23 Monate) sind die Tendenzaussagen mit erheblich größerer Unsicherheit behaftet. Das 50%-Intervall umfasst ein Wirtschaftswachstum zwischen 0,3 und 2,3%. Ein Rückgang des BIP lässt sich unter den genannten Vorbehalten gegenwärtig mit einer Wahrscheinlichkeit von 80% ausschließen.

Prognoseintervall der BIP-Prognose

2006 und 2007; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



bei nur moderat steigenden Lohnstückkosten verbessern. Hinzu kommt, dass die Dienstleistungsausfuhren durch die Fußball-Weltmeisterschaft einen gewissen Schub erhalten dürften³. Insgesamt erwarten wir eine Zunahme der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen um 8,5%. Im kommenden Jahr dürfte sie bei einer etwas ruhigeren Weltkonjunktur mit 7,2% geringer ausfallen.

³ Es wird geschätzt, dass ausländische Besucher der WM 0,5 bis 1 Mrd. € in Deutschland konsumieren (GfW 2004; Postbank 2005). Dies sind 0,4 bis 0,8% der deutschen Dienstleistungsexporte.

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland							
2005 bis 2007; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
	2005	2006 ^P	2007 ^P	2006 ^P		2007 ^P	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung¹							
Inlandsnachfrage	0,3	1,0	0,8	1,2	0,8	0,7	0,8
Konsumausgaben	0,0	0,4	0,0	0,2	0,7	-0,1	0,1
Private Haushalte ²	0,0	0,4	-0,3	0,0	0,7	-0,5	0,0
Staat	0,1	0,6	0,9	0,5	0,7	1,2	0,7
Anlageinvestitionen	-0,2	3,5	3,4	3,7	3,4	3,5	3,3
Ausrüstungen	4,0	6,0	5,8	5,5	6,4	6,0	5,6
Bauten	-3,4	1,3	1,1	2,6	0,1	1,1	1,0
Sonstige	1,8	5,1	5,4	0,6	9,4	6,0	4,8
Vorratsveränderung ³	0,3	0,0	0,0	-	-	-	-
Außenbeitrag ³	0,6	0,9	0,6	-	-	-	-
Exporte	6,3	8,5	7,2	9,8	7,2	7,6	6,9
Importe	5,3	7,3	6,7	9,7	5,1	6,4	7,0
Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,8	1,3	1,7	1,9	1,6	1,1
Preise							
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,7	1,6	0,7	0,8	1,5	1,7
Konsumausgaben ²	1,3	1,4	2,2	1,7	1,2	2,2	2,2
Einfuhr	2,2	1,2	0,1	2,2	0,4	0,1	0,1
Einkommensverteilung							
Arbeitnehmerentgelt	-0,5	0,9	0,7	0,6	1,2	0,6	0,8
Gewinne ⁴	6,0	7,2	4,9	6,7	7,6	6,0	3,8
Volkseinkommen	1,5	3,0	2,1	2,7	3,3	2,5	1,8
Abgaben ⁵ ./ Subventionen	2,8	2,3	11,7	2,5	2,0	11,2	12,2
Nettonationaleinkommen	1,7	2,9	3,3	2,7	3,1	3,6	3,0
Abschreibungen	0,4	0,6	1,0	0,4	0,8	0,8	1,2
Bruttonationaleinkommen	1,5	2,6	3,0	2,3	2,8	3,2	2,8
Entstehung							
Erwerbstätige	-0,2	0,4	0,4	0,1	0,7	0,6	0,1
Arbeitszeit	0,3	0,1	-0,4	-0,3	0,5	-0,2	-0,6
Arbeitstage	-0,7	-0,7	-0,3	0,0	-1,3	-0,4	-0,1
Arbeitsvolumen	-0,6	-0,2	-0,3	-0,2	-0,1	0,1	-0,7
Produktivität	1,5	2,0	1,6	1,9	2,1	1,5	1,8
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,9	1,8	1,3	1,7	1,9	1,6	1,1
nachrichtlich:							
Erwerbslose ⁶ , in 1 000	3 893	3 570	3 470	3 865	3 275	3 685	3 255
Erwerbslosenquote, in %	9,1	8,4	8,2	9,1	7,7	8,7	7,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real in Preisen des Vorjahres. – ²Private Haushalte einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Wachstumsbeitrag in %-Punkten. – ⁴Unternehmens- und Vermögenseinkommen. – ⁵Produktions- und Importabgaben. – ⁶In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO). – ^PEigene Prognose.

Die Einfuhren wuchsen im abgelaufenen Jahr real schwächer (5,3%) als die Ausfuhren, jedoch verstärkte sich die Expansion im Jahresverlauf mit anziehender Binnennachfrage insbesondere nach Investitionsgütern ebenfalls. Bei diesen beträgt die Importquote immerhin gut 30%. Für das laufende Jahr erwarten wir, dass aufgrund der stärker werdenden Binnennachfrage die Import-

te rascher (7,7%) ausgeweitet werden als bisher, während sich 2007 der Anstieg wieder verlangsamt (7,0%).

Die Einfuhren haben sich 2005 wegen der Entwicklung an den Rohstoffmärkten deutlich verteuert, im Jahresdurchschnitt um 2,4% (Waren), im Dezember sogar um etwa 7%. Die Durchschnittswerte der Ausfuhr stiegen hingegen lediglich um 0,7%. Die *terms of trade* haben sich somit um 1,4% verschlechtert. Dies dürfte im Prognosezeitraum anhalten, wenn auch schwächer werden, sofern – wie von uns unterstellt – die Rohstoffpreise nicht weiter steigen.

Insgesamt erwarten wir, dass die Außenwirtschaft in geringerem Maße zum BIP-Wachstum beiträgt als bisher; ihr Wachstumsbeitrag geht auf 0,9% in diesem und 0,6% im kommenden Jahr zurück (Tabelle 4).

2.2 Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen festigt sich

Die Ausrüstungsinvestitionen haben 2005 weiter an Schwung gewonnen (4,0%). Mit der steigenden Auslandsnachfrage verbesserten sich die Absatzperspektiven, hinzu kamen günstige Finanzierungsbedingungen. Zunächst war die Nachfrage nach Fahrzeugen lebhaft, im Verlauf des Jahres wurden mehr Maschinen und Geräte angeschafft, auf die rund drei Viertel der Ausrüstungsinvestitionen entfallen. Dies weist darauf hin, dass mehr und mehr Unternehmen an Kapazitätsgrenzen stoßen.

Im Prognosezeitraum bleiben die Absatzerwartungen voraussichtlich günstig. Die Gewinnsituation wird sich wohl weiter verbessern, auch dank kaum steigender Lohnstückkosten. Zudem dürften sich die Zinsen nur wenig erhöhen. Stimulierend wirkt aller Wahrscheinlichkeit nach, dass, befristet auf zwei Jahre, die Sätze bei der degressiven Abschreibung von beweglichen Anlagegütern von 20% auf 30% erhöht wurden. Außerdem bleibt die Investitionszulage in den neuen Bundesländern erhalten. Da die Finanzierungsbedingungen gegenwärtig ohnehin günstig sind, rechnen wir für dieses Jahr jedoch vorwiegend mit Mitnahmeeffekten. Für 2007 sind größere Anstoßwirkungen wahrscheinlich, da bereits für 2008 die Rücknahme der Maßnahme angekündigt ist.

Bessere
Abschreibungs-
möglichkeiten
dürften
Ausrüstungen
anregen

Insgesamt erwarten wir für 2006 eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 6,0%, im kommenden Jahr um 5,8%. Die Investitionen in sonstige Anlagen werden sich voraussichtlich um 5,1% bzw. 5,4% erhöhen.

2.3 Rückgang der Bauinvestitionen scheint gestoppt

Bei den Bauinvestitionen war zwar im Jahresdurchschnitt von 2005 nochmals ein Rückgang zu verzeichnen, im Jahresverlauf stabilisierten sie sich aber.

Tabelle 4

Beitrag der Verwendungsaggregate¹ zum Wachstum des BIP							
2001 bis 2007; in %-Punkten							
	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ^P	2007 ^P
Inlandsnachfrage	-0,5	-1,9	0,6	0,6	0,3	1,0	0,7
Konsumausgaben	1,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,3	0,0
Private Haushalte	1,1	-0,3	0,1	0,3	0,0	0,2	-0,1
Staat	0,1	0,3	0,0	-0,3	0,0	0,1	0,2
Anlageinvestitionen	-0,8	-1,2	-0,1	0,0	0,0	0,7	0,6
Ausrüstungen	-0,3	-0,6	0,0	0,2	0,3	0,5	0,5
Bauten	-0,5	-0,6	-0,2	-0,2	-0,3	0,1	0,1
Sonstige	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,9	-0,6	0,6	0,6	0,3	0,0	0,0
Außenbeitrag	1,7	1,9	-0,8	1,1	0,6	0,9	0,6
Exporte	2,2	1,5	0,9	3,5	2,5	3,6	3,3
Importe	0,4	-0,4	1,7	2,4	1,9	2,7	2,7
BIP ²	1,2	0,1	-0,2	1,6	0,9	1,8	1,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Berechnet aus verketteten Volumenangaben in Preisen des Vorjahres (2000 = 100). – ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – ^PEigene Prognose.

Eine verbesserte Auftragslage und ein bemerkenswerter Anstieg der Baugenehmigungen sprechen dafür, dass im Prognosezeitraum erstmals seit 1999 wieder eine Zunahme zu verzeichnen sein wird.

Die *Wohnungsbauinvestitionen* wurden in der zweiten Hälfte 2005 spürbar ausgeweitet. Dies dürfte sich fortsetzen, wenn auch zunächst vorwiegend aufgrund von Sonderfaktoren: Bei Eigenheimen wurden offenbar, wie die steigenden Genehmigungszahlen andeuten, zur Sicherung der Eigenheimzulage Bauvorhaben vorgezogen. Manche private Bauherren dürften zudem bestrebt sein, Projekte noch 2006 abzuschließen, um von der noch geringeren Mehrwertsteuer und den sehr niedrigen Hypothekenzinsen zu profitieren. Vermehrt dürften bei anhaltend hohen Energiepreisen Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten durchgeführt werden, zumal Maßnahmen zur CO₂-Minderung nun gefördert werden. Keine großen Wirkungen erwarten wir von der erweiterten Absatzbarkeit handwerklicher Bauleistungen. Im Mietwohnungsbau wirkt die Abschaffung der degressiven Abschreibung für Mietwohngebäude in beiden Jahren dämpfend. Alles in allem werden die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr voraussichtlich um 0,9% und 2007 um 0,5% zunehmen.

**Wohnungsbau
voraussichtlich
stärker durch
Modernisierung
geprägt**

Die Investitionen im *Wirtschaftsbau* sind 2005 zwar ein weiteres Mal deutlich gesunken (-1,9%). Zuletzt war allerdings auch hier eine Belebung erkennbar, die im Prognosezeitraum anhalten dürfte. Der Hochbau, auf den rund zwei

Drittel des gewerblichen Baus entfallen, profitiert von den steigenden Ausrustungsinvestitionen, wengleich dieser Zusammenhang im Laufe der letzten Jahre schwächer geworden ist. Da die Mieten für Gewerbeimmobilien nicht mehr sinken, könnte auch hier eine Wende eintreten. Günstig stellt sich die Situation im Tiefbau dar, da gewerbliche Anbieter im Energie-, Entsorgungs- und Verkehrsbereich die Infrastruktur ausbauen. Wir rechnen mit einer Zunahme der Investitionen im Wirtschaftsbau um 1,8% in diesem und 1,5% im kommenden Jahr.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* sind im vergangenen Jahr aufgrund der angespannten Haushaltslage nochmals zurückgegangen (-7,2%). Für den Prognosezeitraum zeichnet sich eine Zunahme ab, da sich die Finanzlage bei den Kommunen bessert. Hinzu kommt, dass der Bund in diesem und im kommenden Jahr jeweils 1 Mrd. € zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur investieren will. Außerdem haben auch die Kommunen Zugang zum CO₂-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes. Wir erwarten, dass die öffentlichen Bauinvestitionen um 1,6% bzw. 2,6% zunehmen.

Für die Bauinvestitionen insgesamt prognostizieren wir damit nach dem Rückgang im Jahr 2005 um 3,4% einen Anstieg um 1,3% bzw. 1,1%.

2.4 Starker Einfluss der Finanzpolitik auf den privaten Konsum

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnierten 2005, im Jahresverlauf gingen sie sogar zurück und lagen im vierten Quartal 2005 um 0,9% unter denen des Vorjahres. Es gibt wenig Hoffnung, dass diese nun vierjährige Schwächephase im Prognosezeitraum überwunden wird. Die Einkommen der Arbeitnehmer dürften bei geringen Tariflohnsteigerungen und einer wohl nochmals negativen Lohndrift kaum zunehmen. Die Zahl der abhängig Beschäftigten dürfte sich zudem nur wenig erhöhen. Positiv wirkt sich allerdings aus, dass mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erwartet werden, deren Einkommen im Allgemeinen höher sind als die der Inhaber von bei Mini- und Ein-Euro-Jobs. Bei der Bruttolohn- und -gehaltsumme ist insgesamt mit einem Zuwachs um 1% in diesem und um 1 bis 1,5% im kommenden Jahr zu rechnen. Netto dürfte der Anstieg wegen der Progression des Steuertarifs und des Abbaus von Steuervergünstigungen in diesem Jahr noch geringer ausfallen (0,9%). 2007 nehmen die Nettoeinkommen stärker zu, falls der Beitragssatz zur Sozialversicherung wie angekündigt um 1,6%-Punkte gesenkt wird⁴.

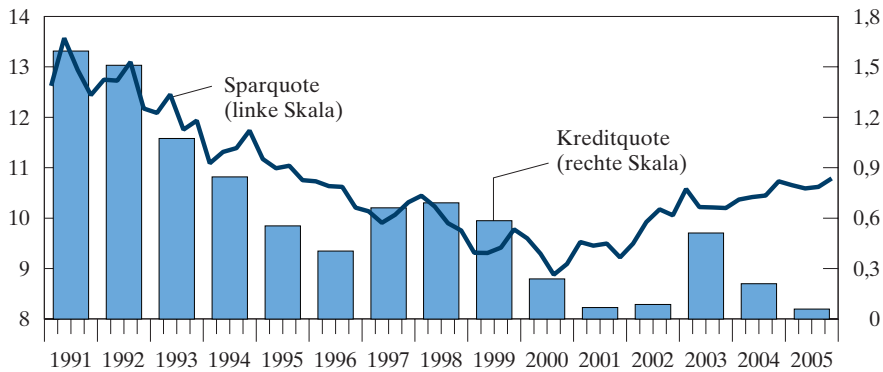
Deutlich geringer fallen voraussichtlich die Zuwächse bei den Transfereinkommen aus, da die Renten zur Jahresmitte 2006 und aller Wahrscheinlichkeit nach auch 2007 nicht steigen werden. Bei Leistungen an Hartz IV-Empfänger stehen zudem Kürzungen an. Höhere Transfers sind durch das neu eingeführ-

⁴ Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte und Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung um 0,4%-Punkte.

Schaubild 3

Spar- und Kreditquote¹ der privaten Haushalte

1991 bis 2005



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank. – ¹Sparen bzw. Veränderung der ausstehenden Kredite an wirtschaftlich unselbständige Privatpersonen (ohne Kredite für den Wohnungsbau) in % der verfügbaren Einkommen (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).



te Elterngeld zu erwarten. Insgesamt rechnen wir mit einem Zuwachs um rund 0,5% in beiden Jahren.

Bei den Entnahmen rechnen wir für 2006 und 2007 mit einem Anstieg um etwa 4%. Dabei expandieren die Vermögenseinkommen wegen der niedrigen Zinsen nur wenig, die Gewinne hingegen kräftig. Aus alledem ergibt sich für das verfügbare Einkommen ein erwarteter Zuwachs um 1,5% (2006) bzw. 2,25% (2007). Da der Preisanstieg ähnlich hoch sein dürfte, werden die Realeinkommen wohl mehr oder weniger stagnieren.

Ob die Konsumausgaben steigen, hängt unter diesen Vorzeichen von der Sparquote ab. Diese erhöhte sich seit 2000 um knapp 2%-Punkte auf zuletzt 10,8%, zum Teil wohl als Folge der unsicheren Einkommens- und Beschäftigungsaussichten. Sie ließ offenbar insbesondere die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte spürbar sinken, was spiegelbildlich die Sparquote erhöhte (Schaubild 3). Als weiteren Grund macht die Deutsche Bundesbank (2005: 24–26) die größere Spreizung der Einkommen aus, da Haushalte mit höherem Einkommen auch eine höhere Sparquote aufweisen. Andererseits dürfte die Renten-Diskussion und die staatliche Förderung der sog. Riester-Rente den Anreiz zum Sparen erhöht haben⁵. Da für den Prognosezeitraum wenig Aus-

⁵ Um in den Genuss der vollen Förderung zu kommen, müssen 3% des Nettoeinkommens gespart werden. Unterstellt man ein Nettoeinkommen von 20 000 €, bedeutet dies bei derzeit 4,7 Mill. Verträgen (BMAS 2005), dass 2,8 Mrd. € im Jahr in Verträge zur Riester-Rente eingezahlt werden. Wenn nicht gleichzeitig andere Sparformen reduziert wurden, würde dies allein schon 0,2%-Punkte des Anstiegs der Sparquote in den letzten Jahren erklären.

sicht auf höhere Einkommenszuwächse oder bessere Beschäftigungschancen besteht und das Vorsorgesparen gerade angesichts der Nullrunden bei der gesetzlichen Rente noch attraktiver werden dürfte, halten wir einen Rückgang der Sparquote für wenig wahrscheinlich. Insofern dürfte der private Konsum in der Grundtendenz erneut stagnieren.

**Wenig Hoffnung
auf Ende der
Konsumschwäche**

Überlagert wird dies 2006 aber vermutlich dadurch, dass die Haushalte Käufe langlebiger Gebrauchsgüter wegen der Mehrwertsteuererhöhung vorziehen. Wir schätzen diesen Effekt auf 2 Mrd. € (vgl. Kasten 3), was zur Folge hat, dass die privaten Konsumausgaben 2006 leicht steigen (0,4%) und 2007 etwas zurückgehen (-0,3%).

Kasten 3

Führt die Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten?

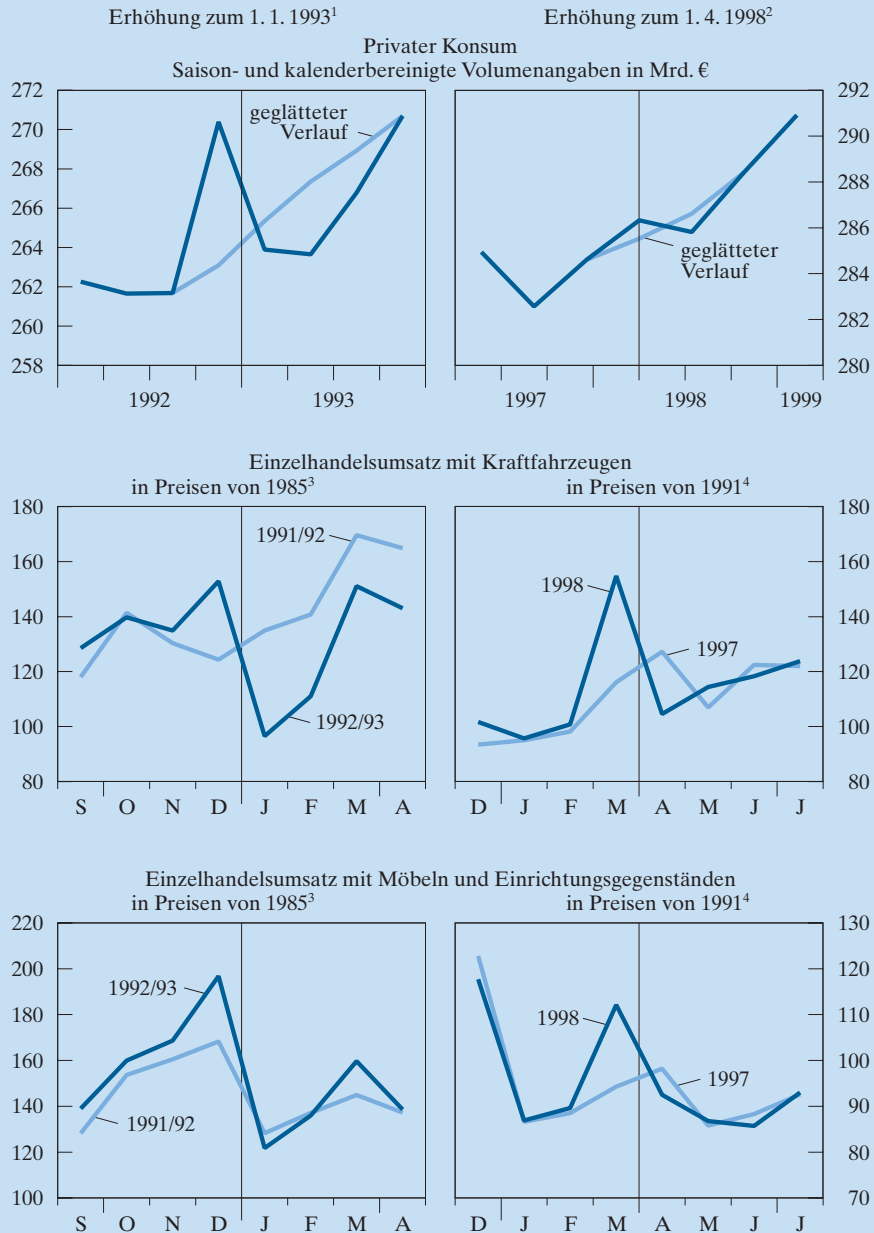
Der Regelsatz der Mehrwertsteuer soll zum 1. Januar 2007 um 3%-Punkte auf 19% angehoben werden. Eine derart deutliche Erhöhung dürfte die Wirtschaftssubjekte zu Ausweichreaktionen verleiten. Insbesondere ist zu vermuten, dass die privaten Haushalte geplante Käufe vorziehen, um von den noch niedrigeren Steuern zu profitieren. Da dies die Konsumausgaben 2006 stimulieren, 2007 aber dämpfen dürfte, ist für unsere Prognose wichtig, wie hoch solche Vorzieheffekte anzusetzen sind.

Aufschluss darüber können frühere Erhöhungen geben. Seit der Einführung 1968 wurde der Regelsatz der Mehrwertsteuer mehrmals angehoben, zuletzt zum 1.1.1993 und zum 1.4.1998 um jeweils 1%-Punkt – also deutlich weniger als für 2007 geplant. Einen ersten Anhaltspunkt für die Bedeutung von Verlagerungen kann der saison- und arbeitstägliche Verlauf der privaten Konsumausgaben geben. Er weist im jeweils letzten Quartal vor der Anhebung eine Spitze auf, die 1992 ausgeprägter war als 1998. Im jeweils folgenden Quartal – 1993 sogar in drei Quartalen – waren die Konsumausgaben entsprechend niedriger. Aus diesen Verläufen kann man einen Vorzieheffekt von etwa 7 Mrd. € (1992/93) bzw. 1 Mrd. € (1998) ableiten.

Um diese große Spannweite einzuengen, werden die Ausgaben für Güter betrachtet, bei denen Vorzieheffekte besonders plausibel erscheinen: der Kauf von Kraftfahrzeugen und von Möbeln. In den betreffenden Einzelhandelssparten lagen die Umsätze im Monat vor der Steuererhöhung im Schnitt rund 20% über dem entsprechenden Vorjahresmonat. In den benachbarten Monaten bewegten sie sich in etwa auf Vorjahresniveau, wenn nicht darunter. Im Jahr 2004 gaben deutsche Konsumenten rund 100 Mrd. € für die Anschaffung von Möbeln und Kraftfahrzeugen aus. Würden 2006 ebenfalls 20% eines Monatsumsatzes zeitlich vorgezogen, so ergäbe sich ein Vorzieheffekt von etwa 1,5 Mrd. €.

Diesmal dürfte aber einerseits der Anreiz, Käufe vorzuziehen, erheblich größer sein, da die Steuer stärker angehoben wird. Andererseits setzen die Einkommen einem Vorziehen von Käufen Grenzen. In der Vergangenheit sank vor den Mehrwertsteuererhöhungen die Sparquote nicht. Dies müsste jedoch der Fall sein, wenn es sich bei den vorgezogenen Käufen um zusätzliche Ausgaben handelt. In Abwägung dieser Argumente haben wir in unserer Prognose einen Vorzieheffekt von 2 Mrd. € unterstellt, um den sich die privaten Konsumausgaben im vierten Quartal 2005 erhöhen und um den sie sich in den Folgequartalen vermindern werden.

Vorzieheffekte früherer Mehrwertsteuererhöhungen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Von 14 auf 15% (allgemeiner Satz). – ²Von 15 auf 16% (allgemeiner Satz). – ³Westdeutschland; 1986 = 100. – ⁴1995 = 100

3. Produktion und Arbeitsmarkt

3.1 Zunahme der Produktion schwächt sich 2007 ab

Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion verstärkte sich 2005. Im Schlussquartal lag das (saison- und arbeitstäglich bereinigte) BIP um 1,6% über dem im vierten Quartal des Vorjahres; 2004 hatte die entsprechende Rate nur 0,5% betragen. Besonders kräftig (+ 3,3%) wuchs die Industrieproduktion aufgrund der lebhaften Auslandsnachfrage. Schwach blieben hingegen die Binnenkräfte, insbesondere die Bauproduktion und der Einzelhandel.

Allerdings mehrten sich die Anzeichen, dass die Konjunktur inzwischen auf soliderem Fundament steht. Die Auftragsbestände haben sich in nahezu allen Branchen erhöht, selbst wenn der Bestelleingang im Dezember teilweise rückläufig war. In der jüngsten Befragung des DIHK (2006: 23–34) äußerten mehr Unternehmen als zuletzt, dass sie verstärkt investieren und Neueinstellungen vornehmen möchten. Für 2006 erwarten wir daher eine Stärkung der Binnenkräfte, auch wenn die Produktion in den verbrauchsnahen Bereichen vorerst noch schwach bleiben dürfte. Gewisse Impulse werden von der Fußballweltmeisterschaft und vorgezogenen Käufen wegen der angekündigten Mehrwertsteuererhöhung erwartet. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP um 1,8% (arbeitstäglich bereinigt: 2,0%) zunehmen. Im Jahresverlauf verstärkt sich die Expansion. Im vierten Quartal dürfte das BIP um gut 2,5% über dem entsprechenden Vorjahreswert liegen.

Im kommenden Jahr wird die Industrieproduktion, da Auslandsnachfrage und Investitionen die bestimmenden Kräfte der Konjunktur bleiben, voraussichtlich erneut kräftig zulegen. In den Konsumgütersektoren hingegen dürften sich die dämpfenden Wirkungen der Finanzpolitik bemerkbar machen. Insbesondere im Einzelhandel und bei den verbrauchsnahen Dienstleistungen erwarten wir einen erneuten Rückgang der Wertschöpfung. Im Baugewerbe sind die Bedingungen für einen weiteren Anstieg der Produktion günstig. Insgesamt erwarten wir eine Zunahme des BIP um 1,3% (arbeitstäglich bereinigt: 1,5%).

3.2 Leichte Belebung am Arbeitsmarkt

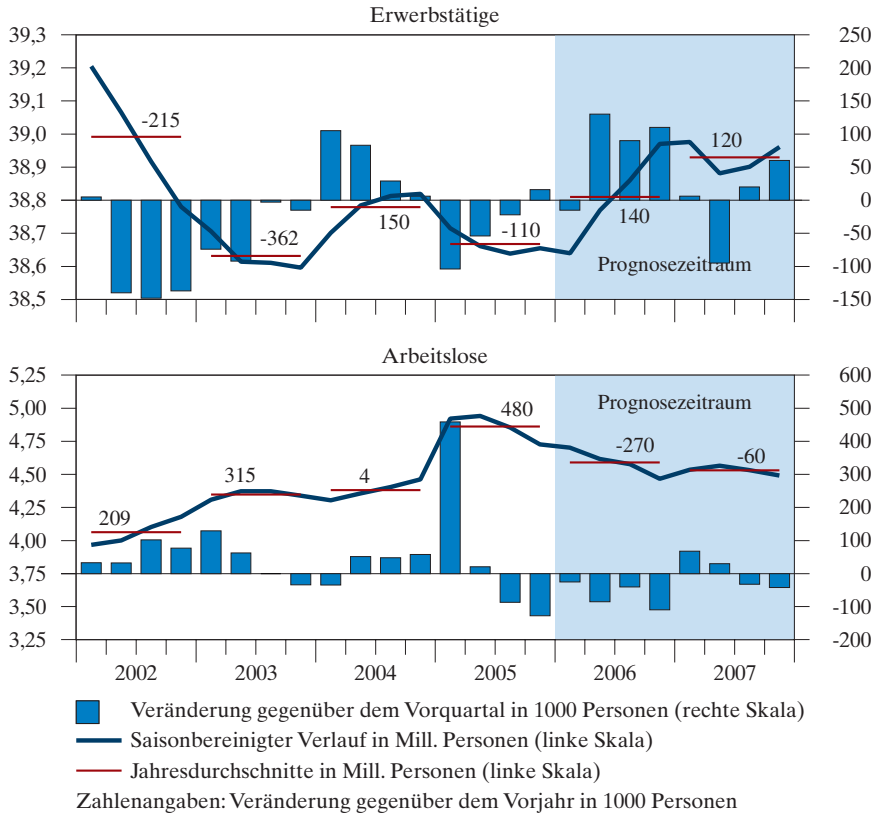
Für den Arbeitsmarkt ergibt sich seit der Jahresmitte 2005 ein etwas günstigeres Bild. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg nach vorläufigen Daten seit August wieder deutlich, vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen und im Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In der Industrie und im Baugewerbe wurde der zuvor kräftige Rückgang spürbar gebremst.

In den Erwerbstätigenzahlen kam diese Besserung noch nicht zum Ausdruck. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer nahm in der Tendenz vielmehr bis Ende

Schaubild 4

Erwerbstätige und Arbeitslose

2002 bis 2007; saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.



2005 ab, im Jahresdurchschnitt um 110 000. Vor allem Minijobs und Ich-AGs verloren an Zuspruch. Besonders deutlich sank die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Zum Teil mag dies eine Normalisierung nach dem überaus kräftigen Anstieg 2004 darstellen. Möglicherweise werden auch deshalb weniger Minijobs nachgefragt, weil sich das Angebot an besser bezahlten Arbeitsplätzen erhöht. Schließlich könnten manche Empfänger von ALG II ihre Minijobs aufgeben haben, da Ein-Euro-Jobs ihnen bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten bieten. Daten dazu liegen aber noch nicht vor.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt wieder zu

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz							
2001 bis 2007; Jahresdurchschnitte in 1000 Personen							
	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ^P	2007 ^P
Erwerbspersonenpotenzial	44 590	44 660	44 770	44 950	45 025	45 020	45 050
Erwerbstätige Inländer ¹	39 208	38 990	38 632	38 780	38 668	38 830	38 960
Selbständige ¹	3 984	4 002	4 070	4 218	4 355	4 440	4 520
Ich-AGs	x	x	36	153	240	230	237
Arbeitnehmer ¹	35 224	34 988	34 562	34 562	34 313	34 390	34 440
darunter:							
Kurzarbeiter	123	207	196	151	126	85	100
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 112	4 148	4 322	4 742	4 721	4 570	4 550
AB-Maßnahmen	167	134	96	86	47	30	20
Strukturanpassungsmaßnahmen	77	60	56	32	11	0	0
Personal-Service-Agenturen	x	x	9	29	17	5	0
„Ein-Euro-Jobs“	x	x	x	12	220	350	370
Stille Reserve	1 529	1 609	1 761	1 789	1 496	1 600	1 560
darunter:							
Weiterbildung	352	340	260	184	112	105	110
Deutschlehrgänge	25	25	23	18	5	0	x
Rehabilitationsmaßnahmen ²	42	38	46	43	35	35	30
Trainingsmaßnahmen ³	x	x	x	95	70	85	85
Leistungsempfänger nach § 428 SGB III ⁴	225	292	371	395	235	250	180
Registrierte Arbeitslose (nationale Abgrenzung)	3 853	4 061	4 377	4 381	4 861	4 590	4 530
darunter:							
Langzeitarbeitslose	1 354	1 369	1 521	1 681	1 807	1 700	1 750
Teilzeitarbeitsuchende	352	371	394	390	500	508	500
Jugendliche unter 25 Jahren	444	497	516	504	610	560	540
Ausländer	465	505	548	550	670	650	650
55 Jahre und älter	714	604	532	483	570	590	660
Erwerbslose (Abgrenzung der ILO ^{4,5})	2 900	3 229	3 703	3 931	3 893	3 570	3 470
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ⁶	8,9	9,4	10,2	10,2	11,2	10,6	10,4
Erwerbslosenquote ⁶	6,9	7,6	8,7	9,2	9,1	8,4	8,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. – ¹Berechnet aus Quartalsdaten. – ²Nur berufsfördernde Maßnahmen zur Wiedereingliederung. – ³Trainings- und Wiedereingliederungsmaßnahmen; vor 2004 waren sie in den Arbeitslosenzahlen enthalten. – ⁴58-jährige und ältere Personen, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen müssen (frühere 58-er-Regelung). – ⁵International Labour Organization. – ⁶Bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. – ^PEigene Prognose; Angaben gerundet.

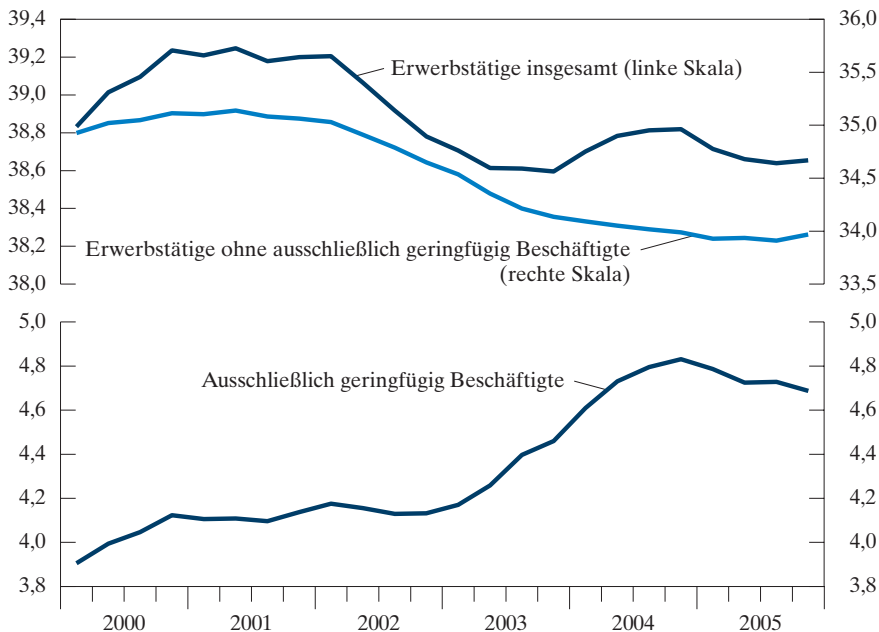
Die Zahl der Arbeitslosen nahm saisonbereinigt seit dem Frühjahr 2005 ab, zunächst vor allem aufgrund der forcierten Bereitstellung von Ein-Euro-Jobs. Bereinigt um diesen Effekt geht die Zahl der Arbeitslosen erst seit dem Spätsommer verstärkt zurück. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Januar 2006 ist wohl zum Teil darauf zurückzuführen, dass auffällig viele ältere Arbeitnehmer entlassen wurden. Ihnen sollte anscheinend der Bezug von Arbeitslosengeld nach der alten Regelung ermöglicht werden; am 1. Februar 2006 trat die Verkürzung der Bezugsdauer in Kraft.

Im Prognosezeitraum wird sich die Lage am Arbeitsmarkt voraussichtlich weiter bessern, zumal wir davon ausgehen, dass die Löhne erneut nur moderat

Schaubild 5

Erwerbstätige und ausschließlich geringfügig Beschäftigte

2000 bis 2005; in Mill.



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.



steigen und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 2007 gesenkt werden. In mehr und mehr Branchen dürfte es bei der erwarteten Produktionsausweitung zu Engpässen beim Personal kommen. Deshalb wird sich der Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten voraussichtlich verstärken. Die Lage bei den Minijobs ist schwierig einzuschätzen, da die Gründe der jüngsten Abnahme noch nicht klar sind. Wir unterstellen in unserer Prognose, dass der Rückgang allmählich ausläuft. Bei den Ein-Euro-Jobs, von denen es bereits mehr als 300 000 gibt, erwarten wir eine nur noch geringe Zunahme auf 370 000 zur Jahresmitte mit anschließender Stagnation, da vermehrt die Gefahr gesehen wird, dass sie reguläre Arbeitsplätze verdrängen.

Die Zahl der Ich-AGs ist leicht rückläufig, seit Gründer ein schlüssiges Unternehmenskonzept vorgelegen müssen. Zur Jahresmitte 2006 soll über die Zukunft dieses Förderinstrumentes entschieden werden. Es zeichnet sich ab, dass es mit dem Überbrückungsgeld zusammengelegt wird, das weitgehend positiv evaluiert wurde (Bundesregierung 2006: 187–200). Wir gehen davon aus, dass die Förderung einer Existenzgründung durch Arbeitslose nicht eingeschränkt wird. Für die Zahl der Selbständigen bedeutet dies eine weitere Zunahme.

Wir erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen (Inländer) 2006 um 140 000 zunimmt, im kommenden Jahr um 120 000. Einerseits macht die angekündigte Senkung der Sozialbeiträge Neueinstellungen attraktiver, andererseits wächst die Produktion voraussichtlich langsamer.

Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2006 um 270 000 und damit stärker zurückgehen, als die Erwerbstätigkeit steigt. Dies ergibt sich schon aus einem Unterhang von 165 000, der entstand, weil die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf von 2005 sehr kräftig fiel. Zudem macht sich die für 2006 unterstellte erneute Abnahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten zwar vollständig bei den Erwerbstätigen, aber nur zum Teil bei den registrierten Arbeitslosen bemerkbar, da viele der Betroffenen in die Stille Reserve zurückgehen dürften. 2007 dürfte die Zahl der Arbeitslosen um 60 000 sinken. Dabei spielt neben der schwächeren Konjunktur eine Rolle, dass die dem Vorruhestand ähnliche Regelung des § 423 SGB III nach der jetzigen Gesetzeslage ausläuft⁶.

4. Löhne und Preise

4.1 Geringe Lohnsteigerungen

Die Tarifverdienste stiegen 2005 im Durchschnitt um 0,9% – die niedrigste Rate seit Einführung der Statistik für Gesamtdeutschland 1995⁷. Die Laufzeit der Verträge betrug 25,7 Monate, so lange wie nie seit der Wiedervereinigung. Damit sind in zahlreichen Branchen die Steigerungen für 2006 und oft auch für 2007 bereits festgeschrieben. Der erste größere Abschluss für 2006 (Einzelhandel Berlins, Ostdeutschlands und Nordrhein-Westfalens) sieht für immerhin fast 800 000 Arbeitnehmer Steigerungen von nur 1,0% vor. Verhandelt wird derzeit in der Metall- und Elektroindustrie, dem mit 3,5 Mill. Arbeitnehmern größten Tarifbereich. Selbst wenn hier ein Abschluss über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wahrscheinlich ist, dürften die Tariflöhne (unter Anrechnung von „Nullmonaten“) 2006 nur um 1,1% und 2007 um 1,3% steigen.

**Laufzeit der
Tarifverträge
deutlich
verlängert**

Die Tarifrunde 2005 brachte Fortschritte bei der Flexibilisierung der Entlohnung und der Öffnung der Tarifverträge bei Gehalt und Arbeitszeit. So sehen die Abschlüsse in der Chemischen Industrie und im Einzelhandel vor, dass vereinbarte Einmalzahlungen bei ungünstiger Wirtschaftslage verringert, im

⁶ Dann dürften erwerbslose Personen über 58 Jahre, die nach der derzeitigen Regelung als dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehend angesehen werden, wieder als Arbeitslose registriert werden.

⁷ Nach Berechnungen des WSI (2006) betrug die im gleichen Jahr wirksame Anhebung der 2005 abgeschlossenen Verträge 1,7%, während der BDA (2006) einen Anstieg um 1,5% errechnet.

Einzelhandel bei guter Konjunktur aber auch erhöht werden können. In der Druckindustrie, wurden die Zuschläge für Überstunden und Samstagsarbeit gekürzt. Jedoch beklagt der Arbeitgeberverband, dass vereinbarte Regeln nicht oder nur unter Schwierigkeiten angewendet werden (BDA 2006: 41).

Die Flexibilisierungen und Öffnungsklauseln trugen neben der wachsenden Bedeutung von Ein-Euro-Jobs zu einer auch 2005 negativen Lohndrift bei⁸. Daran dürfte sich im Prognosezeitraum wenig ändern. Allerdings dürften die Abschläge von den Tariflohnsteigerungen mit der besseren Konjunktur insbesondere 2006 geringer werden. Die Effektivlöhne dürften damit um 0,7% in diesem und um 1,1% im kommenden Jahr ansteigen.

4.2 Preisanstieg durch Energieverteuerung und höhere Mehrwertsteuer geprägt

Die Inflation wird gegenwärtig wesentlich von den Energiepreisen bestimmt. Diese waren am Jahresbeginn 2006 um mehr als 15% höher als vor einem Jahr. Heizöl verteuerte sich um 32%, die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um 23% und Gas um 19%. Rund zwei Drittel des Verbraucherpreisanstiegs von 2,1% im Vorjahr lässt sich rein rechnerisch auf die Energieverteuerung zurückführen (Schaubild 6). Die konjunkturabhängigen Preise, die wir als Maß der Kerninflation ansehen, erhöhten sich nur um etwa 0,5%. Dies weist darauf hin, dass Produzenten und Händler angesichts der schwachen Konsumgüternachfrage ihre gestiegenen Energie- und Materialkosten nur in geringem Umfang überwälzen konnten. Dämpfend auf den Preisanstieg wirkten sinkende Preise importierter Fertigwaren und weiter rückläufige Lohnstückkosten.

In den nächsten Monaten wird die Teuerung kaum geringer werden, da der Rohölpreis hoch bleiben dürfte und die Gaspreise sowie die Heizkostenumlagen an die Mineralölpreise angepasst werden. Im weiteren Jahresverlauf wird die Inflation aber geringer, sofern die Energiepreise in der zweiten Jahreshälfte den Vorjahresstand nicht mehr überschreiten und die EZB einem Anstieg der Inflationsrisiken entgegentritt. Am Jahresende dürfte die Teuerung nur noch knapp 1,5% betragen. Möglicherweise ziehen dann die Preise für langlebige Gebrauchsgüter im Vorgriff auf die Mehrwertsteuererhöhung bereits etwas an.

Zu Jahresbeginn 2007 dürfte die Inflationsrate empor-schnellen. Die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16 auf 19% trifft etwa die Hälfte der von den Haushalten getätigten

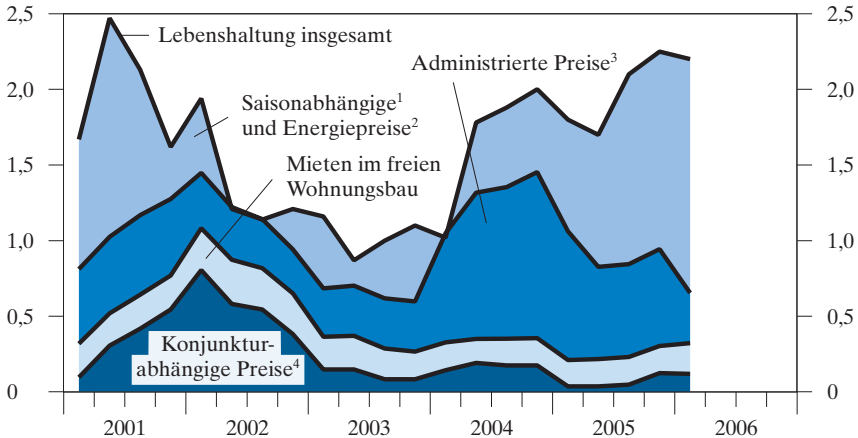
Höhere
Mehrwertsteuer
dürfte Inflation
2007 um 1%-Punkt
steigern

⁸ Nach einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes (2006) stiegen die Verdienste je Arbeitnehmer 2005 einschließlich Ein-Euro-Jobs um 0,4%, ohne diese jedoch um 0,8%. Die Differenz zum Tariflohnanstieg von 1,3%, die ein Maß für die Lohndrift ist, lässt sich fast zur Hälfte durch die Einführung der Ein-Euro-Jobs erklären.

Schaubild 6

Beitrag der Preiskomponenten zur Teuerung der Lebenshaltung

2001 bis 2006; in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Preise für Nahrungsmittel, Getränke (ohne Spirituosen) und für Blumen. – ²Preise für Haushaltenergie und Kraftstoffe. – ³Mieten im sozialen Wohnungsbau, Medikamente, Dienstleistungen der Ärzte und Krankenhäuser, Tarife für öffentliche Verkehrsleistungen (außer Bahn- und Flugreisen), Brief- und Paketbeförderung der Post, Pkw-Gebühren, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Preise für Theater, Bäder, Volkshochschulen, Kindergärten und sonstige kommunale Gebühren, Preise für Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung an freiwillige Beitragszahler sowie Preise für Tabakwaren und Spirituosen. – ⁴Preise für Bekleidung, Schuhe, Möbel, Haushaltsgeräte sowie andere Waren und Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Gruppierungen enthalten. – Zahlen für das erste Quartal 2006 zum Teil geschätzt.

Käufe⁹. Bei voller Überwälzung könnte die höhere Steuer die Inflationsrate um 1,35%-Punkte steigen lassen¹⁰. Dämpfend auf den Preisanstieg dürfte aber wirken, dass die Unternehmen zugleich bei den Sozialbeiträgen entlastet werden. Per saldo rechnen wir deshalb mit einer Steigerung um 1%-Punkt. Die Inflationsrate dürfte dann zeitweise über 2,5% liegen, sich aber wieder verringern. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, dass die Überwälzungsmöglichkeiten aufgrund der schwachen Konsumnachfrage wohl begrenzt sind. Für den Jahresdurchschnitt 2007 rechnen wir mit einer Teuerung um 2,3%, nach 1,7% 2006.

⁹ Der ermäßigte Satz soll unverändert bleiben. Wohnungsmieten und eine Reihe staatlicher Dienstleistungen sind nicht mehrwertsteuerpflichtig.

¹⁰ Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (2005) bewirkt eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 1%-Punkt bei voller Überwälzung einen Anstieg der Inflationsrate um 0,45%-Punkte.

5. Lage der öffentlichen Haushalte entspannt sich

Der Finanzpolitik ist es auch im vergangenen Jahr nicht gelungen, die Defizitquote unter die im Vertrag von Maastricht festgelegte 3%-Grenze zu senken. Zwar konnte der Anstieg der Staatsausgaben relativ eng begrenzt werden, weil Mehrausgaben für die Grundsicherung von Arbeitslosen in Höhe von 11 Mrd. € (SVR 2005; Zf. 336–345) Einsparungen bei Subventionen, Transfers und Entgelten im öffentlichen Dienst gegenüberstanden. Das schwache Wachstum belastete aber die öffentlichen Haushalte. Zudem wurde die Steuer- und Abgabenbelastung verringert. Das Defizit sank daher nur wenig von 81 auf 74,5 Mrd. € bzw. von 3,7 auf 3,3% in Relation zum BIP. Im Prognosezeitraum wird sich die Haushaltslage voraussichtlich entspannen. Dazu werden insbesondere im kommenden Jahr erhebliche Steuererhöhungen und der Abbau weiterer Steuervergünstigungen beitragen. Einsparungen auf der Ausgabe Seite werden jedoch weiterhin bescheiden bleiben.

Die Steuereinnahmen expandieren 2006 voraussichtlich um 1,7%. Das Umsatzsteuer- und das Lohnsteueraufkommen dürften konjunkturbedingt stärker zunehmen. Gerade das Lohnsteueraufkommen war zuletzt auch durch Steuerentlastungen gedrückt worden. Bei den ertragsabhängigen Steuern, die 2005 aufgrund von Nachzahlungen besonders kräftig flossen, ist hingegen nur eine geringe Steigerung zu erwarten. Zwar wurden – wie in der konjunkturpolitischen Chronik (www.rwi-essen.de/kchronik) dargelegt – Steuervergünstigungen im Umfang von 4 Mrd. € abgeschafft. Gleichzeitig wurden aber neue Steuererleichterungen (2,8 Mrd. €) eingeführt. U.a. wurden die Abschreibungsregelungen großzügiger ausgestaltet¹¹. Zudem dürfen künftig auch private Aufwendungen für die Erhaltung und Modernisierung von Wohnimmobilien sowie für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen steuermindernd geltend gemacht werden.

2007 wird das Steueraufkommen voraussichtlich um 7% zunehmen, vor allem weil der Regelsatz der Mehrwert- und die Versicherungsteuer um jeweils 3%-Punkte auf 19% erhöht werden (erwartete Mehreinnahmen: 24,5 Mrd. €). Zudem wird der Spitzensteuersatz für besonders hohe nichtgewerbliche Einkommen („Reichensteuer“) angehoben (1,2 Mrd. €). Die Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen führen – wenn man von möglichen Ausweichreaktionen absieht – zu Mehreinnahmen von knapp 8 Mrd. € (konjunkturpolitische Chronik).

Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung dürfte 2006 um 0,4% expandieren. Dazu trägt neben steigenden Löhnen und Gehältern bei, dass künftig

¹¹ Bei beweglichen Anlagegütern, die 2006 und 2007 angeschafft werden, wird der maximale Abschreibungssatz von 20 auf 30% angehoben. Auf diesem Weg sollen die Unternehmen entlastet werden, bis die für 2008 geplante Reform der Unternehmensbesteuerung in Kraft tritt.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 1991 bis 2007; in % des nominalen BIP								
	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	Zins- Steuer- Quote ²
	insge- samt	darunter:		insge- samt	darunter:			
		Steuern	Sozial- beiträge		Zins- ausgaben	Brutto- investitionen		
1991	43,4	22,0	16,8	46,3	2,7	2,6	-2,9	12,2
1992	44,8	22,4	17,2	47,2	3,1	2,8	-2,5	14,1
1993	45,2	22,4	17,7	48,2	3,2	2,7	-3,0	14,3
1994	45,6	22,3	18,2	47,9	3,2	2,5	-2,3	14,2
1995 ^a	44,9	21,9	18,3	48,1	3,5	2,2	-3,2	15,9
1996	46,0	22,4	19,0	49,3	3,5	2,1	-3,3	15,5
1997	45,7	22,2	19,2	48,4	3,4	1,8	-2,6	15,3
1998	45,9	22,7	18,9	48,0	3,4	1,8	-2,2	14,8
1999	46,6	23,8	18,7	48,1	3,1	1,9	-1,5	13,2
2000 ^b	46,4	24,2	18,3	47,6	3,2	1,8	-1,2	13,0
2001	44,7	22,6	18,2	47,6	3,1	1,7	-2,8	13,5
2002	44,3	22,3	18,1	48,1	2,9	1,7	-3,7	13,2
2003	44,4	22,3	18,2	48,4	3,0	1,5	-4,0	13,4
2004	43,2	21,7	17,8	46,9	2,8	1,4	-3,7	13,1
2005	43,4	21,9	17,7	46,7	2,8	1,3	-3,3	12,9
2006 ^P	42,8	21,7	17,3	45,6	2,8	1,3	-2,8	12,9
2007 ^P	42,7	22,8	16,3	44,7	2,8	1,3	-2,0	12,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In der Abgrenzung der VGR. – ²Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – ³Ohne Vermögens-transfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo –119,6 Mrd. €). – ^bOhne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. €). – ^PEigene Prognose.

bereits ab einem Stundenlohn von 25 € Abgaben auf Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit entrichtet werden müssen und die Pauschalabführung für geringfügig Beschäftigte von 25 auf 30% steigt. Die in der Gesetzlichen Rentenversicherung an sich erforderliche Anhebung des Beitragssatzes wurde dadurch vermieden, dass der Zahlungstermin für die Sozialbeiträge um einen halben Monat vorgezogen wurde.

Im kommenden Jahr dürfte das Beitragsaufkommen um 2,7% abnehmen, weil der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5% gesenkt werden wird. Der zur Rentenversicherung steigt von 19,5 auf 19,9%. Für die Gesetzliche Krankenversicherung unterstellen wir keine höheren Beiträge. Freilich setzt dies voraus, dass der verhängte Preisstopp bei Arzneimitteln in ausreichendem Maße zu Einsparungen führt. Da jedoch der Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen der Krankenversicherung 2007 von 4,2 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € verringert werden soll, ist fraglich, ob dies ausreicht.

Tabelle 6

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹
 Haushaltsent- (+) und -belastungen (-) in Mrd. € gegenüber 2005

	2006	2007
Abgabenänderungen		
Anhebung des Normalsatzes der Umsatzsteuer von 16 auf 19%	-	22,8 ^a
Erhöhung der Versicherungsteuer von 16 auf 19%	-	1,7
Anhebung des Einkommensteuerspitzenatzes für nichtgewerbliche Einkünfte von 42 auf 45%	-	1,2
Erbschaftsteuerbefreiung bei mindestens 10-jähriger Weiterführung des Unternehmens	-	-0,4
Bekämpfung von Steuerbetrug	0,3	0,6
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte	-	-15,0 ^a
Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,4%-Punkte	-	3,0 ^a
Begrenzung der Sozialbeitragsfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Erhöhung der Pauschalabgabe für geringfügig Beschäftigte im gewerblichen Bereich	0,3	0,5
Abbau von Steuervergünstigungen		
Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen	0,6	1,6
Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm ²	0,0	0,6
Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen ³	0,3	0,6
Abschaffung der Eigenheimzulage	0,2	1,5
Sonstiger Abbau von Steuervergünstigungen ⁴	2,9	7,5
Ausgabenänderungen		
Einsparungen durch Personalabbau und Kürzung von Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst	2,5	2,5
Einsparungen bei Hartz IV ⁵ und Effizienzgewinne bei der Bundesagentur für Arbeit	5,2	6,0
Aufstockung des Arbeitslosengelds II in Ostdeutschland auf Westniveau	-0,3	-0,3
Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung	1,0	1,3
Abbau von Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung und von Agrarsubventionen	0,3	1,0
Programm „Impuls für Wachstum, Beschäftigung und Familie“		
Befristete Anhebung der degressiven Abschreibung für bewegliche Anlagegüter	-1,1	-3,8
CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	-1,5	-1,5
Anhebung der Umsatzsteuergrenzen für die Umsatz-Ist-Besteuerung	-1,2	-0,3
Haushalt als Arbeitgeber ⁶	-0,5	-1,7
Aufstockung der Forschungsausgaben	-0,8	-1,3
Erhöhung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	-1,0	-1,0
Einführung eines einkommensabhängigen Elterngelds	-	-1,0
Insgesamt	7,2	26,4

¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – ²Abschaffung des Freibetrags für Abfindungen und Übergangsgelder, Wegfall des Freibetrags für Heirats- und Geburtsbeihilfen des Arbeitgebers, Abschaffung der degressiven Abschreibung für Mietgebäude (Neufälle), Wegfall des Sonderausgabenabzugs für private Steuerberatungskosten. – ³U.a. Anpassung der Gewinnermittlung bei Wertpapieren, Beschränkung der 1%-Regelung auf Fahrzeuge des notwendigen Betriebsvermögens. – ⁴Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 km, Reduzierung des Sparerfreibetrags, Abschaffung der Steuerfreiheit bei Bergmannsprämien, Wegfall der Steuerbefreiung für Biodiesel sowie sonstige Maßnahmen (Haushaltsbegleitgesetz 2004, Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zum Vermittlungsverfahren zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Steuervergünstigungsabbaugesetz 2003). – ⁵Verringerung der Schonvermögen bei ALG II-Bezug, Kürzung der Leistungen an unter 25-jährige ALG II-Bezieher, Missbrauchbekämpfung beim Bezug von ALG II. – ⁶Erweiterte steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen, erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten sowie erwerbsbedingten Pflege- und Betreuungskosten. – ^aVolle Jahreswirkung.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden im laufenden Jahr aller Voraussicht nach vorübergehend sinken¹². Sie waren im Vorjahr überhöht, weil einige Bundesländer von ihren Landesbanken rückwirkend Zinsen auf das ihnen übertragene Vermögen erhielten. Insgesamt dürften die Staatseinnahmen in diesem Jahr um 1%, und im kommenden um 2,9% zulegen.

Die Staatsausgaben werden 2006 voraussichtlich stagnieren und 2007 um 1,0% expandieren, real also sinken. Aufgrund der zurückhaltenden Ausgabenpolitik wird sich die Staatsquote auf knapp 45% verringern – ein zuletzt vor der Wiedervereinigung erreichtes Niveau. Dazu tragen mehrere Faktoren bei: Im öffentlichen Dienst gehen der Personalabbau und die Verringerung von Sonderzahlungen weiter. Die Vermögenstransfers sinken aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage und der verringerten Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung und die Agrarsubventionen werden gekürzt. Für Steinkohle werden aufgrund der höheren Weltmarktpreise geringere Beihilfen fällig. Schließlich dürfte ein Preismoratorium für Arzneimittel und ein Zwangsrabatt von 10% für Generika, beides auf 2 Jahre befristet, die Sachausgaben dämpfen.

Staatsausgaben
dürften real
zurückgehen

Die monetären Sozialleistungen werden in diesem Jahr voraussichtlich leicht sinken (–0,3%). Die Rentenzahlungen nehmen nur durch eine größere Zahl von Beziehern zu, die Rentenanpassung zur Jahresmitte fällt aus. Die Arbeitsmarktausgaben dürften abnehmen, zum Teil weil sich die Arbeitsmarktlage aufhellt, vor allem aber, weil die Bezugsdauer von ALG I gekürzt, die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik weiter reduziert und die Kriterien für den Bezug von ALG II verschärft wurden. Zudem dürften eine wirkungsvollere Bekämpfung des Missbrauchs und verbesserte Verwaltungsabläufe zu Einsparungen führen. Geringe Mehrausgaben fallen an, weil der Regelsatz von ALG II in den neuen Bundesländern auf das Westniveau angehoben wird. Im Jahr 2007 dürften die monetären Sozialleistungen wieder leicht steigen, vor allem weil ein einkommensabhängiges Elterngeld gezahlt wird.

Höhere Ausgaben sind im Forschungs- und Entwicklungsbereich vorgesehen. Der Bund plant, die Mittel zur Förderung besonders zukunftsträchtiger Bereiche in diesem Jahr um 0,8 Mrd. € und im kommenden um 1,3 Mrd. € aufzustocken. Die öffentlichen Investitionen dürften im laufenden Jahr erstmals seit 2001 wieder steigen, nachdem sie von 2003 bis 2005 sogar geringer waren als die Abschreibungen. Zum einen erhöht der Bund seine Investitionsausga-

¹² Hierzu trägt bei, dass zur Erleichterung des Betriebsübergangs die Erbschaftsteuer, die in der VGR den Vermögensübertragungen zugeordnet ist, bei Personenunternehmen für zehn Jahre gestundet und für jedes Jahr, in dem der Betrieb fortgeführt wird, um 10% gekürzt wird.

**Öffentliche
Investitionen
dürften erstmals
seit 2001 steigen**

ben: Die Netto-Einnahmen aus der Lkw-Maut stehen dem Verkehrsetat zur Verfügung, und zur Stärkung des Wachstums wurde in den Koalitionsverhandlungen eine weitere Aufstockung um 1 Mrd. € vereinbart. Zum anderen verbessert sich wegen hoher Gewerbesteuererinnahmen die Haushaltslage der Gemeinden, und die Änderungen bei Hartz IV dürften 2006 für erneut höhere Einnahmen sorgen. Diese werden aufgrund des engen

Haushaltsrechts für die Kommunen wahrscheinlich erst allmählich zu vermehrten Investitionen führen.

Die Zinsausgaben des Staates dürften bei wachsendem Schuldenstand überproportional steigen. Aus der Refinanzierung sind kaum noch Einsparungen von Schuldtiteln möglich, da die Kapitalmarktzinsen voraussichtlich leicht anziehen.

Das staatliche Budgetdefizit dürfte 2006 auf 65 Mrd. € (2,8% des BIP) sinken. Die Defizitgrenze des Vertrags von Maastricht würde damit erstmals seit 2002 unterschritten. Im kommenden Jahr wird sich das Defizit voraussichtlich auf reichlich 46 Mrd. € (2,0%) verringern. Dabei gehen wir davon aus, dass das konjunkturberreinigte Defizit um 7 Mrd. € (0,3% des BIP) und 2007 um weitere 19 Mrd. € (0,8%) abgebaut wird. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt geforderte Rückführung um mindestens 0,5% des BIP wird damit 2006 knapp verfehlt, obwohl die konjunkturelle Lage als günstig zu bezeichnen ist.

**Defizitgrenze
voraussichtlich
wieder
unterschritten**

6. Wirtschaftspolitik

Nach unserer Prognose wird das BIP in diesem Jahr stärker expandieren als im langfristigen Trend, den wir auf gut 1% schätzen. Im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs, auch weil die Finanzpolitik dämpft (Kasten 4), etwas geringer werden, aber immer noch über dem Trendwachstum liegen. Sind dies bereits Vorboten eines Endes der Wachstumsschwäche? Oder handelt es sich um eine rein konjunkturelle Belebung aufgrund günstiger internationaler Rahmenbedingungen?

**Es gab in
Deutschland
eine Reihe von
Strukturreformen ...**

Hinweise zur Beantwortung dieser Fragen kann eine Bestandsaufnahme dessen geben, was die Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren getan hat, um die Wachstumsbedingungen zu verbessern. Zweifelsohne gab es insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre eine Reihe von Reformen. Dies zeigen auch die von der OECD berechneten „Strukturindikatoren“ (Tabelle 7). Allerdings

Tabelle 7

Indikatoren der Regulierung der Produkt- und Arbeitsmärkte in Deutschland und der OECD¹						
1990 bis 2003						
	1990		1998		2003	
	Deutschland	OECD	Deutschland	OECD	Deutschland	OECD
Produktmarkt	–	–	1,9	2,1	1,4	1,5
Markt für Unternehmensdienstleistungen ²	4,6	4,7	2,8	3,3	1,7	2,3
Arbeitsmarkt ³	3,2	2,4	2,5	2,0	2,2	2,0

Nach Angaben der OECD. – ¹OECD: Mittelwert der Länder. – ²Wertebereich zwischen 6 (hoch reguliert) und 0 (frei von Regulierungen); Sektoren Luftverkehr, Telekommunikation, Elektrizität, Gas, Post, Schienen- und Straßenverkehr. – ³Wertebereich 4 bis 0.

steht Deutschland mit den Verbesserungen nicht allein. Wie Tabelle 7 zeigt, wurden in allen OECD-Ländern Produkt- und Arbeitsmärkte in ähnlichem Maße oder stärker dereguliert. Aller Fortschritte zum Trotz sind in einer Reihe von Bereichen die Reglementierungen in Deutschland nach wie vor stärker als im Durchschnitt der OECD (OECD 2005). Auch identifizierte die Europäische Kommission in ihrer Stellungnahme zum deutschen Lissabon-Bericht nach wie vor Wettbewerbsdefizite bei Unternehmensdienstleistungen (Europäische Kommission 2006: TZ 25).

Ähnliches gilt bei den Steuern: Die Abgabenquote ist hierzulande seit Mitte der neunziger Jahre zwar deutlich gesunken, jedoch in vielen Ländern ebenfalls (Tabelle 8). Problematisch ist in Deutschland immer noch die Struktur der Besteuerung: Kapitalgesellschaften werden nach wie vor stärker belastet als in den anderen Industrieländern, während die Einkommensteuersätze im internationalen Vergleich recht niedrig sind (BMF 2006a: 33–44). Für 2008 ist aber eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung geplant. Bis dahin gelten günstigere Abschreibungsregeln.

... aber es besteht weiter Handlungsbedarf

Bei der Verwirklichung vieler der sog. Lissabon-Ziele sind die Fortschritte ebenfalls gering. Bei Forschung und Entwicklung (F&E) ist man dem Ziel eines Anteils der entsprechenden Ausgaben auf 3% am BIP nicht näher gekommen (RWI 2005). Die Bildungsausgaben wurden zwar gesteigert, liegen in Relation zum BIP aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt. Bei der Integration gering Qualifizierter in den Arbeitsmarkt sieht die EU-Kommission (2006: TZ.25) Defizite, ebenso beim Betreuungsangebot für Kinder.

Das Programm „Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Familienförderung“ (BMWi 2006: 22) zielt vor diesem Hintergrund in die richtige Richtung,

Tabelle 8

Abgabenquoten in ausgewählten Ländern				
1990-2004, % in Relation zum BIP				
	1990	1995	2000	2004 ^a
Deutschland	35,7	37,2	37,2	34,6
USA	27,3	27,9	29,9	25,4
Japan	29,1	26,7	26,5	25,3 ^b
Frankreich	42,2	42,9	44,4	43,7
Italien	38,9	41,2	43,2	42,2
Niederlande	42,9	41,2	39,2	39,3
Schweden	53,2	48,5	53,9	50,7
Spanien	32,1	31,8	34,8	35,1
Vereinigtes Königreich	36,5	35,1	37,5	36,1
OECD Europa ¹	37,3	38,3	39,7	38,9
EU-15 ¹	39,3	41,1	41,7	40,9

Nach Angaben der OECD. – ¹Arithmetisches Mittel der Länder. – ^aTeilweise geschätzt. – ^b2003.

indem es Schwerpunkte bei langfristig das Wachstum fördernden Maßnahmen setzt und nicht – wie noch in der Koalitionsvereinbarung angekündigt – die Konjunktur kurzfristig anschiebt. Die Ausgaben für F&E sowie für Investitionen in die Infrastruktur sollen gesteigert werden. Günstigere Abschreibungsregeln fördern die Sachkapitalbildung. Das Elterngeld und die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten haben das Ziel, die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderwunsch bei jungen Familien zu verbessern. Positiv ist auch zu werten, dass die Bundesregierung den Abbau weiterer Steuervergünstigungen, Subventionen und Finanzhilfen beschlossen hat, wenn sie dabei auch weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt.

Wenig Zielstrebigkeit lassen die Koalitionsvereinbarungen bei der weiteren Reform des Arbeitsmarkts erkennen. Beim Kündigungsschutz wurden Änderungen vorerst ausgeschlossen. Daneben gibt es Initiativen, die – sofern sie umgesetzt würden – die Flexibilität am Arbeitsmarkt sogar verringern könnten. So wird insbesondere von Teilen der Gewerkschaften und der SPD die Einführung von Mindestlöhnen gefordert. Zudem sieht die sich momentan im europäischen Gesetzgebungsprozess befindende Dienstleistungsrichtlinie die Möglichkeit vor, den Geltungsbereich des Entsendegesetzes zu erweitern und die geplante Liberalisierung einzuschränken.

Wenig
Zielstrebigkeit bei
Reform des
Arbeitsmarktes

Günstig auf die Beschäftigung dürfte sich auswirken, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 2007 um 2%-Punkte sinken sollen. Die davon zu erwartenden positiven Wirkungen werden aber durch die Anhebung der Mehrwertsteuer konterkariert. Der Beitrag zur Rentenversicherung steigt hingegen leicht, und seine Stabilität ist auf längere Sicht nicht gesichert, obwohl u.a.

geplant ist, das Eintrittsalter in die Altersrente ab 2012 auf 67 Jahre anzuheben. Vor allem bei der Reform des Gesundheitswesens liegen die Vorstellungen der Koalitionsparteien so weit auseinander, dass sich keine Lösung abzeichnet.

Die bisherigen Reformen könnten sich leicht positiv auf das Wachstum auswirken. Jedoch werden diese Effekte selbst im Erfolgsfall erst nach und nach sichtbar, und es sind weitere Schritte erforderlich. Dazu gehört auch eine Finanzpolitik, die sich einem ausgeglichenen Haushalt rascher nähert, als von der Regierung geplant. Wir prognostizieren zwar eine deutlich sinkende Defizitquote, wozu die bessere Konjunktur, vor allem aber die Steuererhöhungen im kommenden Jahr beitragen. Damit signalisiert die Finanzpolitik allerdings, dass sie zu einer umfassenden Aufgaben- und Ausgabenkritik, die zu stärkeren Einsparungen führt, offensichtlich nicht in der Lage oder willens ist. Das Vertrauen der Unternehmen und Verbraucher kann sie so auf Dauer nicht gewinnen. Daran ändert auch die derzeit gute Stimmung in der Wirtschaft nichts.

6.1 Finanzpolitik im Spannungsfeld von Konsolidierungserfordernissen und abgabepolitischen Handlungsbedarf

Die Finanzpolitik steht seit einiger Zeit vor drei großen Herausforderungen: Sie muss (1) den Haushalt über eine Rückführung der Ausgaben konsolidieren, (2) wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen für Unternehmen herstellen und (3) die Belastung der Arbeitnehmerentgelte mit Sozialabgaben und damit die Lohnnebenkosten verringern. So kann sie die finanzpolitischen Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen. Die neue Bundesregierung hat – wie dargestellt – einige Maßnahmen beschlossen, die Fortschritte bei diesen Zielen erwarten lassen. Allerdings geht sie dabei nicht allzu konsequent vor. Sie wählt zum Teil die falschen Instrumente, zum Teil werden drängende Probleme überhaupt nicht angegangen. Diese Aspekte werden im Folgenden detailliert diskutiert.

Die Pläne der Bundesregierung zur *Haushaltkonsolidierung* könnten ehrgeiziger sein. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm sieht lediglich eine Rückführung der Defizitquote auf immer noch 1½% 2009 vor (BMF 2006b). Das Ziel eines annähernd ausgeglichenen Haushalts ist damit in weite Ferne gerückt.

Ein ausgeglichener
Haushalt ist in
weite Ferne gerückt

Die Haushaltplanungen für dieses Jahr verstoßen sowohl gegen die nationalen als auch die europäischen Defizitregeln. Erstens übersteigt die geplante Nettokreditaufnahme des Bundes 2006 mit 38,3 Mrd. € die Investitionsausgaben (23,2 Mrd. €) bei weitem, so dass Artikel 115 GG erneut verletzt wird. Auf eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts kann sie sich dabei

nicht berufen, denn das Wachstum liegt voraussichtlich deutlich über dem Trend. Zweitens bleiben die Planungen hinter den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurück, weil die Regierung keine Rückführung des konjunkturbereinigten Defizits vorsieht. Der im vergangenen Jahr neu gefasste Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht vor, dass Länder mit übermäßigem Defizit den Fehlbetrag (konjunkturbereinigt) um mindestens 0,5%-Punkte pro Jahr reduzieren sollten, in konjunkturell guten Jahren sogar mehr (Council of the European Union 2005).

Unsere Prognose für den Haushaltsfehlbetrag ist etwas günstiger als die der Regierung. Er dürfte bereits in diesem Jahr unter die 3%-Marke sinken. Zum einen erwarten wir – anders als die Bundesregierung – im laufenden Jahr einen Rückgang des konjunkturbereinigten Defizits um 0,3%-Punkte. Zum anderen flossen die Steuereinnahmen in den vergangenen Monaten kräftiger als bisher angenommen. Der Konsolidierungsbedarf wird dadurch aber nicht geringer. Positiv werten wir, dass die Bundesregierung bei ihren Planungen Vorsicht walten lässt. Sie legt ein BIP-Wachstum von 1,4% zugrunde. Dieser Wert liegt im unteren Bereich des Spektrums der zuletzt veröffentlichten Prognosen. Sie vermeidet so den Fehler ihrer Vorgänger, deren Haushalte oft „auf Kante genäht“ waren, weshalb stets Nachtragshaushalte erforderlich wurden.

**Defizit könnte
geringer ausfallen
als von Regierung
prognostiziert**

Bei der qualitativen Konsolidierung, d.h. der Rückführung konsumtiver und der Stärkung investiver Ausgaben, zeigen sich immer noch keine Fortschritte. Zwar werden mit dem „Wachstumsprogramm“ die investiven Ausgaben gesteigert; jedoch erfolgt der Defizitabbau nur zum geringen Teil auf der Ausgabenseite. Das Einsparpotenzial bei Subventionen und Finanzhilfen wird nicht ausgeschöpft, und der Abbau konsumtiver Staatsausgaben ist nicht sehr ehrgeizig. Vermindert werden die Fehlbeträge vor allem durch Einnahmensteigerungen. Die Anhebung der Mehrwert- und der Versicherungssteuer um jeweils 3%-Punkte und die Einführung der „Reichensteuer“ führen sogar zur umfangreichsten Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik. Damit unternimmt die Politik das Gegenteil dessen, was ihr in der Vergangenheit – nicht nur von uns – empfohlen wurde: Aus wachstumspolitischer Sicht sollte die Konsolidierung an der Ausgabenseite, insbesondere bei Transfers und Subventionen ansetzen, da so Allokationsverzerrungen beseitigt und Handlungsspielräume für einen Abbau der Haushaltsfehlbeträge und der Abgabenbelastung gewonnen würden.

**Konsolidierungs-
strategie setzt
vor allem auf
Steuererhöhungen**

Ein vollständiger Abbau des konjunkturbereinigten Defizits in der laufenden Legislaturperiode würde (eventuelle Steuerentlastungen im Rahmen der Unternehmen-

Kasten 4

Zu den makroökonomischen Wirkungen der Finanzpolitik 2006 und 2007

Die Finanzpolitik bleibt 2006 auf einem moderaten Konsolidierungskurs, indem sie Steuervergünstigungen und staatliche Leistungen kürzt. 2007 wird die Konsolidierung durch Steuererhöhungen forciert. Gleichzeitig hat die Regierung das Programm „Impuls für Wachstum, Beschäftigung und Familie“ aufgelegt, das voraussichtlich zu Mehraufwendungen und Mindereinnahmen von 6 Mrd. € in diesem und 10 Mrd. € im kommenden Jahr führen wird. Ab 2007 werden zudem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt (Tabelle 6).

Um die Wirkungen dieses Maßnahmenpakets abzuschätzen, bieten sich Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell an. Der Mehrwertsteuersatz und der Beitragsatz zur Sozialversicherung gehen unmittelbar in das Modell ein und können in den Simulationen direkt verändert werden. Die meisten der anstehenden Änderungen erfordern jedoch Eingriffe in die Modellgleichungen, ein sog. *add-factoring*. Dazu wird – vereinfacht ausgedrückt – der primäre Impuls jeder einzelnen Maßnahme berechnet und das Ergebnis der betreffenden Gleichung im Modell entsprechend verändert. Die Sekundär- (Multiplikator-)wirkungen der Maßnahmen werden anschließend konsistent im Modellzusammenhang ermittelt.

Während solche Modelleingriffe z.B. bei staatlichen Transfers relativ einfach möglich sind, gestaltet sich die Umsetzung bei vielen anderen Maßnahmen aufwändiger. So müssen Einsparungen des Staates in eine Lohn- und eine Beschäftigungskomponente aufgespalten werden. Wird eine Veränderung der Beschäftigung angenommen, muss eine Anpassung des realen Staatsverbrauchs vorgenommen werden. Sinkende Lohnzahlungen (z.B. Kürzung des Weihnachtsgelds) vermindern nach den Konventionen der VGR den Preisindex des Staatsverbrauchs einerseits, die Lohnsumme der privaten Haushalte andererseits. Problematisch ist erfahrungsgemäß die Umsetzung verbesserter Abschreibungsbedingungen und staatlicher Investitionszuschüsse in den Modellkontext (Deutsche Bundesbank 2000: 38). Hier werden sie in eine Zinsverbilligung umgerechnet, die die Investitionen anregt.¹

Die Wirkungen der Maßnahmen werden quantifiziert, indem eine Simulation des RWI-Konjunkturmodells, in der diese Änderungen berücksichtigt sind, mit einer anderen verglichen werden, die diese nicht enthält (Basislösung). Die Tabelle enthält vier Simulationen. Die erste berücksichtigt alle in Tabelle 6 aufgeführten Maßnahmen; die zweite nur die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung und der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung; die dritte die Wirkungen des Programms „Impuls für Beschäftigung, Wachstum und Familie“. Die vierte berücksichtigt das gesamte Paket einschließlich der vermuteten Vorzieheffekte beim privaten Konsum (Kasten 3).

Das Gesamtpaket verringert das BIP-Wachstum 2006 um 0,1%-Punkte, 2007 um 0,3%-Punkte. Dabei werden die Konsumausgaben spürbar gedämpft, die Investitionstätigkeit tendenziell gefördert. Dies resultiert in erster Linie aus der Mehrwertsteuererhöhung, die trotz der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung die Expansion 2007 um 0,2 %-Punkte drückt. Das „Wachstumsprogramm“ hingegen wirkt für sich genommen expansiv: die BIP-Rate steigt um 0,2 bzw. 0,1%-Punkte. Die Konsequenzen des Gesamtpakets für die Beschäftigung halten sich aufgrund des Maßnahmen-Mix in Grenzen. Die Inflationsrate steigt durch die Mehrwertsteuererhöhung 2007 um 1,0%-Punkt. Berücksichtigt man den Vorzieheffekt, sind die Wirkungen auf das BIP in diesem Jahr vernachlässigbar, im kommenden wird die Expansion jedoch um 0,4%-Punkte gedämpft. Führt man die Rechnungen bis 2008 fort, so ergibt sich ein BIP, das auch dann noch unter der Basislösung liegt.

Diese Modellrechnungen bestärken uns in der Auffassung, dass die deutsche Wirtschaft 2007 langsamer wächst als 2006. Zu beachten sind allerdings die Grenzen der Aussagefähigkeit: Eventuelle Folgen der Maßnahmen für das Produktionspotenzial und die teilweise intendierten Effizienzgewinne können in einem kurzfristig und an in der Vergangenheit beobachteten Zusammenhängen orientierten Modell wie dem RWI-Konjunkturmodell nur unzureichend erfasst werden.

¹Interessenten steht eine Zusammenstellung aller Modelleingriffe und eine ausführliche Dokumentation der Modellergebnisse auf Anfrage zur Verfügung.

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen finanzpolitischer Maßnahmen

2006 bis 2008; Abweichung von der Basislösung in %-Punkten

	Gesamtpaket ¹		davon: Mehrwertsteuer, Sozialbeiträge ²		davon: „Wachstum, Beschäftigung und Familie“		Gesamtpaket mit Vorzieheffekt ³	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
<i>Primärimpulse⁴, in Mrd. €</i>								
Änderung des staatlichen Finanzierungssaldos	6,8	27,5		12,7	-5,7	-10,0	6,8	27,5
Induzierte private Ausgaben	3,9	4,0			3,9	4,0	5,9	2,0
<i>Ergebnisse</i>								
Arbeitsmarkt								
Erwerbstätige, in 1 000	-6	-61		-22	22	66	-2	-60
Verwendung, real								
Private Konsumausgaben	-0,4	-0,9		-0,5	0,1	0,2	-0,2	-1,2
Konsumausgaben des Staates	-0,3	0,1			0,2	0,1	-0,3	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	-0,4		-0,1	1,3	0,3	1,1	-0,5
Ausrüstungen	1,5	-0,8		-0,2	1,9	0,5	1,6	-0,9
Bauten	0,9	-0,1			1,0		0,9	-0,2
Sonstige Anlagen		-0,5		-0,3	0,3	0,3	0,1	-0,6
Vorratsveränderung, in Mrd. €	-0,3	-2,5		-1,3	1,2	1,7	-0,2	-2,8
Außenbeitrag, in Mrd. €	0,5	8,2		4,4	-3,7	-6,5	-0,5	9,2
Exporte		0,2		0,2	-0,1	-0,1		0,2
Importe		-0,7		-0,3	0,4	0,2	0,1	-0,9
BIP	-0,1	-0,3		-0,2	0,2	0,1		-0,4
Preise								
Private Konsumausgaben		1,1		1,0				1,1
BIP	-0,1	0,9		0,8			-0,1	0,9
Verteilung								
Arbeitnehmerentgelt		-0,7		-0,7	0,1	0,2		-0,8
Unternehmens-/Vermögenseinkommen	-0,4	-1,5		-0,7	0,6	-0,2	-0,2	-1,9
Volkseinkommen	-0,1	-1,0		-0,7	0,2	0,1	-0,1	-1,1
Tariflohnniveau						0,1		
Bruttolöhne und -gehälter	-0,1	-0,2		-0,1	0,1	0,2	-0,1	-0,2
Nettolöhne und -gehälter	-0,4			0,9	0,1	0,3	-0,4	
Verfügbares Einkommen	-0,4			0,4	0,1	0,2	-0,4	
Staat								
Defizitquote, in % des BIP	-0,3	-0,9		-0,4	0,2	0,3	-0,3	-0,9
Finanzierungssaldo, in Mrd. €	6,0	20,6		7,9	-4,4	-6,9	6,4	20,4

Eigene Berechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell, Stützbereich 1995-3 bis 2005-2. – ¹Veränderung der Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben gemäß Tabelle 6. – ²Veränderung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um 3 %-Punkte sowie des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,4 %-Punkte und zur Arbeitslosenversicherung um -2,0 %-Punkte; angenommene Überwälzung der Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbraucher um 80%. – ³Vorgezogener privater Verbrauch wegen Mehrwertsteuererhöhung. – ⁴Veränderung gegenüber 2005 in Mrd. €, ohne makroökonomische Rückwirkungen.

Die hier errechneten Wirkungen der Finanzpolitik sind geringer als die von Heilemann et al. (2006: 32). Sie ermittelten ebenfalls mit dem RWI-Konjunkturmodell dämpfende Effekte auf das BIP von 0,5 %- bzw. 0,4 %-Punkten. Zum Teil resultieren die Unterschiede aus der jeweiligen Umsetzung der Maßnahmen in das Modell. Im Wesentlichen sind sie aber Folge der abweichenden Einschätzung des im Koalitionsvertrag geforderten Effizienzgewinns bei der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von 9 Mrd. €. Heilemann et al. (2006) sehen ihn offenbar vollständig als Kürzung des Staatskonsums an. Nach unserer Auffassung verbergen sich dahinter vielfältige Maßnahmen, die nur zum Teil nachfragewirksam werden². Wir schätzen die dämpfenden Wirkungen auf die Einkommen auf lediglich 2,5 Mrd. €. Ferner geht das Wachstumsprogramm in die Rechnungen von Heilemann et al. (2006) nur mit den den Bundeshaushalt betreffenden Mehrausgaben- und Mindereinnahmen ein; Folgekosten und -leistungen bei den Haushalten der Länder und Kommunen sind dort – im Gegensatz zu hier – nicht berücksichtigt.

²Dazu zählen u.a. Mehreinnahmen der BA aufgrund des Vorziehens des Zahlungstermins für die Beiträge durch die Unternehmen, wodurch die BA 2006 einmalig 13 Monatszahlungen erhält, sowie konjunkturbedingt höhere Beitragseinnahmen.

steuerreform nicht mitgerechnet) Konsolidierungsmaßnahmen von insgesamt 47 Mrd. € erfordern, über die nächsten drei Jahre also durchschnittlich knapp 16 Mrd. € bzw. 0,7% in Relation zum BIP. Dies sollte durch geringere Subventionen und Transfers und ohne derart kräftige Steuererhöhungen erreichbar sein. Wir raten der Bundesregierung deshalb, die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu überdenken, da sie den Zwang zur Ausgabenkürzung mindert und mittelfristig die Wachstumskräfte schwächen und die Budgetprobleme verschärfen könnte. Wenn, dann sollte sie die Steuern zumindest nur so weit erhöhen, wie sie die Sozialbeiträge senkt, damit die Abgabenbelastung insgesamt nicht steigt.

Die Bundesregierung hat für 2008 eine Reform der *Unternehmensbesteuerung* angekündigt. Deutschland ist in steuerlicher Hinsicht nach wie vor kein attraktiver Standort. Die tariflichen und die effektiven Steuerbelastungen von Gewinnen sind nach wie vor hoch¹³. Dies steht nicht im Widerspruch zu der im Zuge der Unternehmensteuerreform 2001 rückläufigen Steuerquote, denn hierin zeigen sich auch Ausweichstrategien insbesondere multinationaler Konzerne, die Gewinne im niedriger besteuerten Ausland ausweisen und ausländische Verluste steuermindernd in Deutschland geltend machen. Darüber hinaus führt die Einkommens- und Gewinnbesteuerung zu Verzerrungen bei Investitions- und Finanzierungsentscheidungen und der Wahl der Rechtsform. Dies mindert die Effizienz des Kapitaleinsatzes. Zudem gilt das deutsche Steuersystem aufgrund seiner vielfältigen Ausnahmeregelungen als kompliziert und wenig transparent (SVR 2005: Zf. 391–369).

Reform der
Unternehmens-
besteuerung erst
für 2008 geplant

Derzeit liegen mehrere Vorschläge für eine Reform der Unternehmensbesteuerung vor. Die *Stiftung Marktwirtschaft* hat eine „Einheitliche Unternehmensteuer“ vorgeschlagen, der *Sachverständigenrat*¹⁴ die „Duale Einkommensteuer“. Der *Heidelberger Steuerkreis* hat in Zusammenarbeit mit dem *RWI Essen* die „Zinsbereinigte Gewinnsteuer“ (ZGS) empfohlen (Kasten 5).

Jeder der Vorschläge stellt eine deutliche Verbesserung des Status quo dar und stärkt die Stellung der in Deutschland investierenden Unternehmen im internationalen Wettbewerb in steuerlicher Hinsicht. Wir empfehlen die ZGS,

¹³ Die tarifliche Belastung einbehaltener Gewinne von Kapitalgesellschaften durch Körperschaft- und Gewerbesteuer sowie Solidaritätszuschlag liegt mit 38,7% über der in allen anderen EU-Ländern. Bei der effektiven Belastung fällt der Vergleich zwar weniger ungünstig aus, da Steuervergünstigungen und Verlustverrechnungsmöglichkeiten die Bemessungsgrundlage stärker schmälern als in anderen Ländern. Die Belastung dürfte mit 36% gleichwohl überdurchschnittlich hoch sein; SVR 2004: Tz. 759 ff.

¹⁴ Der SVR hat dieses Konzept in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) entwickelt.

Kasten 5

Konzepte zur Reform der Unternehmensbesteuerung

Die Bundesregierung will bis zum Herbst 2006 Eckpunkte einer umfassenden Reform der Unternehmensbesteuerung erarbeiten. Sie kann sich dabei an drei aktuellen Konzepten orientieren, der „Allgemeinen Unternehmensteuer“ (Stiftung Marktwirtschaft), der „Dualen Einkommensteuer“ (SVR/MPI/ZEW) und der „Zinsbereinigten Gewinnsteuer“ (ZGS; Heidelberger Steuerkreis/RWI Essen). Diese Vorschläge sollen hier kurz bewertet werden.

Die *Stiftung Marktwirtschaft* (2006) spricht sich dafür aus, Gewinne von Unternehmen unabhängig von der Rechtsform mit einer neu einzuführenden und die Körperschaftsteuer ersetzenden „Allgemeinen Unternehmensteuer“ von 22% zu besteuern. Zusammen mit einer neuen Kommunalsteuer, die zum Teil ebenfalls die Unternehmensgewinne besteuert, ergibt sich eine Belastung von 30%. Daneben wird das Einkommensteuerrecht neu gestaltet, wobei vier Einkommensarten definiert werden: Einkünfte aus selbständiger Arbeit, aus nicht-selbständiger Arbeit, aus Finanzkapital und aus Zukunftssicherung. Der Tarif der Einkommensteuer soll progressiv ausgestaltet sein.

Einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne sollen unterschiedlich hoch belastet werden. Ausschüttungen und Entnahmen werden nach einem modifizierten Halbeinkünfteverfahren zusätzlich zur Unternehmensteuer im Rahmen der persönlichen Einkommensteuer belastet. Insgesamt soll die Belastung der eines vergleichbaren Einkommens durch die Einkommensteuer entsprechen, Kapital- und Arbeitseinkommen also näherungsweise gleich behandelt werden. Für Personenunternehmen mit Einkommen von unter 120 000 € und für kleine Personengesellschaften besteht die Option, in der Einkommensteuer zu verbleiben und somit eine eventuell niedrigere Tarifbelastung zu wählen.

Die Gewerbesteuer schließlich soll durch eine „Vier-Säulen-Lösung“ ersetzt werden: Grundsteuer, Bürgersteuer und Kommunale Unternehmensteuer (jeweils mit Hebesatzrecht der Gemeinde) sowie Beteiligung der Kommunen am Lohnsteueraufkommen. Die Kommunen sollen darüber hinaus so an den Gemeinschaftssteuern partizipieren, dass ihr Steueraufkommen mindestens den bisherigen Einnahmen aus der Grundsteuer, dem Anteil an der Einkommensteuer und der zu ersetzenden Gewerbesteuer entspricht.

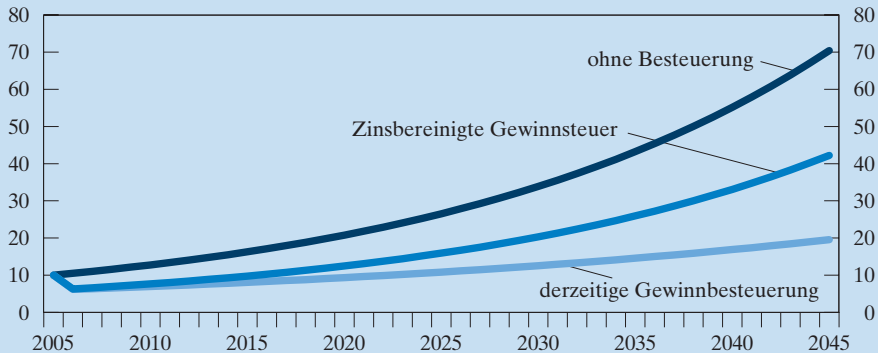
Der *Sachverständigenrat* (SVR et al. 2006) will mit der „Dualen Einkommensteuer“ an der getrennten Besteuerung von Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften festhalten. Kapital- und Arbeitseinkommen sollen aber unterschiedlich behandelt werden: Sämtliche Kapitaleinkommen, inklusive einer kalkulatorischen Verzinsung des Eigenkapitals in Höhe von 6%, sollen einheitlich mit 25% (einschließlich Solidaritätszuschlag und Belastung durch die Gewerbe- oder eine kommunale Unternehmensteuer) besteuert werden. Zu den Kapitaleinkommen zählen neben Zinsen Gewinnanteile aus gewerblicher und selbständiger Tätigkeit, Land- und Forstwirtschaft sowie Vermietung und Verpachtung, die jeweils einer kalkulatorischen Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals entsprechen. Die darüber hinaus gehenden Gewinnanteile unterliegen dem progressiven Einkommensteuertarif. Bei Personenunternehmen soll durch Ausgestaltung des Tarifverlaufs gesichert werden, dass sie durch die Reform steuerlich nicht schlechter gestellt werden als derzeit.

Die ZGS, das vom *RWI Essen* zusammen mit dem *Heidelberger Steuerkreis* (2006) vorgelegte Reformkonzept, zielt im Unterschied zu den beiden anderen darauf ab, Gewinne auf die „Lebensspanne“ eines Unternehmens bezogen nur einmal zu belasten und damit die derzeitige Mehrfachbelastung zu beseitigen (Schaubild). Dies wird erreicht, indem bei allen Unternehmensformen bei der Definition der steuerlichen Bemessungsgrundlage eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals als Betriebsausgabe abgezogen wird. Der Steuersatz sollte idealerweise so gewählt werden, dass die Belastung inklusive der kommunalen Steuern 25% nicht überschreitet. Zur Begrenzung der Mindereinnahmen wäre auch ein Einstieg mit einer Belastung von nicht mehr als 30% zu vertreten.

Ebenso wie die Duale Einkommensteuer lässt sich die ZGS ohne eine radikale Änderung des derzeitigen Steuersystems umsetzen. Dazu wäre im Rahmen der persönlichen Einkommensteuer für Gewinne aus Gewerbebetrieb, freiberuflicher Tätigkeit, Land- und Forstwirtschaft sowie

Eigenkapital bei unterschiedlichen Steuersystemen

2005 bis 2045; in 1000 €



Anfangsgewinn 10 000 €, danach 5%, Laufzeit 40 Jahre. ZGS: Steuersatz wie im geltenden Recht 40%, Schutzzins 5% (Heidelberger Steuerkreis und RWI Essen 2006: 9–10).



Vermietung und Verpachtung ebenso ein Tarifwahlrecht vorzusehen wie für Einzelunternehmer und für Gesellschafter von Personenunternehmen und persönlich geführten Kapitalgesellschaften. Die Steuerpflichtigen entscheiden, welchen Teil des Gewinns sie der ZGS und welchen der persönlichen, progressiven Einkommensteuer unterwerfen (Durchreichgesellschaft).

Ausgeschüttete Gewinne und private Ersparnisse können auf qualifizierten Bankkonten angelegt werden; marktübliche Zinsen bleiben hier steuerfrei. Bei Entnahme von diesen Konten und bei direkter Ausschüttung wird zusätzlich eine Ausschüttungsteuer (20%) erhoben. Die Ausschüttungsteuer sorgt für eine annähernd gleiche Belastung von zunächst einbehaltenen und später ausgeschütteten Gewinnen und denjenigen, die direkt ausgeschüttet werden und der persönlichen Einkommensteuer unterliegen. Die Unterscheidung von thesaurierten und nicht-thesaurierten Gewinnen wird schon heute in allen Unternehmen praktiziert.

Bei der Kommunalfinanzierung plädieren SVR und Heidelberger Steuerkreis/RWI Essen für die Abschaffung der Gewerbesteuer und unterstützen die von der der Stiftung Marktwirtschaft vorgestellte „Vier-Säulen-Lösung“.

Alle Konzepte stellen im Vergleich zum Status quo eine deutliche Verbesserung dar und stärken die steuerliche Position der in Deutschland investierenden Unternehmen. Die ZGS und die Duale Einkommensteuer setzen unmittelbar bei der Besteuerung von Kapitaleinkommen an, wo die Impulse auf Investitionen und Wachstum am größten sein dürften, und tragen so der gestiegenen Kapitalmobilität in besonderem Maße Rechnung. Sie sehen eine stärkere Entlastung des Produktionsfaktors Kapital vor als die Allgemeine Unternehmensteuer. Aber nur eine ZGS würde durch die steuerliche Abzugsfähigkeit marktüblicher Eigenkapitalzinsen gewährleisten, dass Unternehmensgewinne über die Zeit nur einmal belastet werden. Deutschland hätte aufgrund dieser Reform gemeinsam mit Belgien, das ab 2007 eine zinsbereinigte Körperschaftsteuer einführt, die niedrigste Steuerbelastung in Europa. Bei einem Vergleich der Dualen Einkommensteuer mit der Allgemeinen Unternehmensteuer sehen wir beim SVR-Konzept insofern deutliche Vorteile, weil die Duale Einkommensteuer zur ZGS weiterentwickelt werden könnte.

weil sie unmittelbar bei den Kapitaleinkommen ansetzt und der gestiegenen Kapitalmobilität und dem verschärften internationalen Steuerwettbewerb besonders Rechnung trägt. Insbesondere vermeidet sie im Gegensatz zu den konkurrierenden Konzepten Mehrfachbelastung von Unternehmensgewinnen im Zeitablauf – ein Kernproblem des deutschen Steuersystems.

Die – ohne Gegenfinanzierung durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage – erwarteten tariflichen und systembedingten Steuerausfälle werden auf 15,7 Mrd. € (Stiftung Marktwirtschaft) bzw. 22,1 Mrd. € (SVR) veranschlagt. Würde auch bei der Dualen Einkommensteuer ein Steuersatz von 30% zugrunde gelegt, könnte bei beiden Vorschlägen mit ähnlich hohen Aufkommensverlusten gerechnet werden. In dieser Größenordnung würden die Unternehmen auch bei Einführung der ZGS entlastet; auch hier lässt sich die Höhe der Steuerausfälle durch die Wahl einer höheren Steuersatzes oder eines niedrigeren Schutzzinseszinses begrenzen.

Zur Teilfinanzierung der Mindereinnahmen sollten Steuervergünstigungen abgebaut werden, etwa indem die noch nicht realisierten Vorschläge der „Koch-Steinbrück-Liste“ abgearbeitet werden. Alle Konzepte schlagen aber vor, den Steuerausfall – anders als von der Bundesregierung anvisiert – nicht vollständig durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage auszugleichen. Merkbliche Investitionsanreize wären nämlich nur zu erwarten, wenn die effektive Steuerbelastung der Unternehmen entsprechend gesenkt wird. Im Übrigen ist eine vollständige Gegenfinanzierung schon deshalb nicht erforderlich, da eine verbesserte steuerliche Wettbewerbsfähigkeit die Wachstumskräfte stärken dürfte und so zu staatlichen Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben führt. Zudem dürfte die Gewinnverlagerung ins Ausland zurückgehen und dadurch die steuerliche Bemessungsgrundlage vergrößert werden.

Unternehmens-
steuerreform sollte
mit Entlastung
verbunden werden

Das Ziel, die Belastung der versicherungspflichtigen Entgelte mit *Sozialabgaben* auf unter 40% zu reduzieren, wird trotz der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte im Prognosezeitraum nicht erreicht. Auch mittel- und langfristig ist die anvisierte Rückführung nicht gesichert, obwohl beschlossen wurde, nicht realisierte Rentenkürzungen nachzuholen und das Renteneintrittsalter anzuheben. Zugleich soll – ungeachtet anhaltend hoher versicherungsfremder Leistungen¹⁵ – der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung künftig begrenzt und der an die Gesetzliche Krankenversicherung wieder abgeschafft werden. Eine Reform des Gesundheitswesens, die erforderlich wäre, um die Beiträge auch hier nachhaltig zu begrenzen, muss erst noch erarbeitet werden.

6.2 Geldpolitik reagiert auf Inflationsrisiken

Die EZB hatte im Dezember ihren Leitzins zum ersten Mal seit 1½ Jahren erhöht und so eine Zinswende eingeleitet. Im März 2006 hat sie ihn ein weiteres

¹⁵ Diese beliefen sich 2005 auf über 130 Mrd. €; dem standen Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung in Höhe von reichlich 60 Mrd. € gegenüber; SVR 2005: Zf. 476–528.

**EZB hat
Zinswende
eingeleitet**

Mal um 0,25%-Punkte angehoben. Damit verstärkt sich die Erwartung, dass sie den expansiven Grad ihrer Politik allmählich verringern wird. Trotz der beiden Zinsschritte haben sich die monetären Rahmenbedingungen für die Konjunktur bislang kaum verschlechtert. Mit einem Realzins nahe Null ist die Geldpolitik nach wie vor als expansiv einzuschätzen. Zudem hat sich die Zinsdifferenz zu den USA ausgeweitet, so dass der Euro leicht abwertete. Auch sind die langfristigen Zinsen im Euro-Raum noch nicht deutlich gestiegen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein dürfte, dass die EZB bisher keine Inflationserwartungen hat aufkommen lassen.

Die EZB hat beide Zinsschritte sorgfältig vorbereitet, wie sich aus den Zinsfutures und den Zinsen für länger laufende Geldmarktpapiere ableiten lässt. Dennoch stellt sich die Frage, warum sie gerade im Dezember die Zinswende einleitete. Das Wachstum der Geldmenge M3 hatte sich bereits seit Mitte 2004 erhöht und schwächte sich zu diesem Zeitpunkt sogar leicht ab. Zudem gingen von der Ölverteuerung offenbar keine übermäßigen Inflationwirkungen aus. Die Kernrate war im Verlauf von 2005 sogar von 2,0% auf 1,5% gesunken. Die konjunkturelle Erholung schließlich stellt noch keine Gefahr für die Preisniveaustabilität dar, da die Kapazitätsauslastung im Euro-Raum immer noch niedrig ist und für das kommende Jahr allgemein bereits eine Abschwächung der Konjunktur erwartet wird.

Auf zunehmende Inflationsrisiken weist vor allem hin, dass das Geldmengenwachstum nach Untersuchungen der EZB (2005: 16) inzwischen nicht mehr auf Portfolioumschichtungen zurückzuführen ist. Mit diesen hatte die EZB bis 2004 die Beschleunigung stets relativiert und deshalb von geldpolitischen Aktionen abgesehen. Seit Mitte 2005 steigt die um Portfolioumschichtungen bereinigte Geldmenge im Gleichlauf mit M3. Zudem haben die Banken ihre Vergabe von Buchkrediten kontinuierlich ausgeweitet, im Januar 2006 um über 9%. Dies deutet darauf hin, dass die Liquidität zunehmend nachfragewirksam wurde.

Dass die EZB die Dezember-Sitzung wählte, um die Zinswende zu verkünden, hängt wohl damit zusammen, dass sie bei dieser Gelegenheit ihre gesamtwirtschaftliche Projektion veröffentlichte, in der sie ihre Inflationsprognose an hob. Darin deutet sich eine geänderte Kommunikationsstrategie der EZB an. Sie wird möglicherweise ihre Inflationsprojektionen künftig stärker nutzen, um die Gewichtung der beiden Säulen ihrer geldpolitischen Strategie zu verdeutlichen. Ähnliche Bestrebungen sind derzeit auch bei der amerikanischen Notenbank zu beobachten. Der neu ernannte Chairman des Federal Reserve Board *Bernanke* hatte sich schon vor längerer Zeit

**Inflationsprojek-
tionen gewinnen an
Bedeutung für die
Kommunikation der
Geldpolitik**

für ein *inflation targeting* der US-Geldpolitik ausgesprochen (Bernanke, Mishkin 1997). Dabei ging es ihm nicht darum, die als erfolgreich angesehene Geldpolitik der vergangenen Jahrzehnte zu ändern, sondern deren Grundzüge institutionell zu verankern. Er versteht Inflationssteuerung nicht als feste Regel, sondern als Analyserahmen bzw. als Element der Kommunikation. Wie bei allen geldpolitischen Strategien sollen alle zur Verfügung stehenden Informationen über die zukünftige Inflation genutzt werden.

Die konkrete Ausgestaltung der Strategie unterscheidet sich in den einzelnen Ländern, die Grundzüge sind aber die gleichen¹⁶: Im Zentrum steht die Bekanntgabe eines längerfristigen oder zeitlich befristeten Inflationsziels, das häufig als Bandbreite angegeben wird. Definiert werden kann die Inflationsrate anhand unterschiedlicher Verbraucherpreisindizes, oft wird eine Kernrate verwendet. Ein wichtiges Element des *inflation targeting* sind die Inflationsprognosen der Notenbank. Zum einen sind sie notwendig, da die Geldpolitik mit Verzögerung wirkt und deshalb die künftige Inflation im Auge haben muss. Zum anderen dienen sie dazu, die Bedeutung der unterschiedlichen Einflussfaktoren der Inflation näher zu erläutern. Eine Offenlegung der genauen Gewichtung dieser Faktoren unterbleibt allerdings, so dass Gestaltungsspielräume verbleiben. Dies verdeutlicht, dass sich geldpolitische Entscheidungen nicht automatisch aus einem *inflation targeting* ableiten lassen, sondern dass im Zentrum eine höhere Transparenz und Verlässlichkeit der Geldpolitik stehen soll.

Obwohl die EZB kein typisches *inflation targeting* betreibt, weist ihre Strategie doch deutliche Parallelen dazu auf. Sie veröffentlicht inzwischen vierteljährlich gesamtwirtschaftliche Projektionen und verwendet sie, um ihre Zinsentscheidungen zu begründen. Das Vorgehen scheint sich in den vergangenen Jahren bewährt zu haben. Jedenfalls hat die Diskussion um das Gewicht der beiden Säulen ihrer geldpolitischen Strategie seitdem deutlich nachgelassen. Da sich die Projektionen jedoch stärker auf die realwirtschaftlichen Faktoren der ersten Säule stützen, besteht die Gefahr, dass längerfristige Einflüsse, die in den monetären Indikatoren der zweiten Säule zum Ausdruck kommen, unterschätzt werden. Bei einem Projektionshorizont von zwei Jahren werden Effekte, die mit größerer Zeitverzögerung wirken, nicht voll erfasst.

Im Dezember sah die EZB anscheinend noch keine allzu starke Zunahme des Inflationsrisikos, da sie betonte, dass dem ersten Zinsschritt nicht automatisch weitere folgen würden. Nach ihren jüngsten Projektionen geht sie aber offenbar von einem gestiegenen Inflationsrisiko aus. Deshalb erfolgte im März ein

¹⁶ In der Praxis findet man sowohl breite (z.B. zwischen 0 bis 3%) als auch enge Bänder (2 bis 3%). Zur Berechnung der Kernrate werden aus dem Verbraucherpreisindex Lebensmittel und Energie sowie gelegentlich indirekte Steuern oder *terms of trade*-Effekte herausgerechnet; Bernanke, Mishkin 1997: 98ff.

zweiter Zinsschritt, dem weitere folgen dürften. In welchem Maße dies der Fall sein wird und welches Zinsniveau die EZB anstrebt, hängt von der Gewichtung der unterschiedlichen Inflationsindikatoren ihrer beiden Säulen ab. Allein mit Blick auf die Geldmenge wären mehrere Schritte wahrscheinlich, da die Liquiditätsausstattung im Euro-Raum nach wie vor reichlich ist. Be-

**EZB-Zinsen
dürften bis
Ende 2007
auf 3,5% steigen**

rücksichtigt man allerdings die angesprochenen Portfoliumschichtungen, verringert sich die Überschussliquidität deutlich. Eine eher kurzfristig ausgelegte konjunkturelle Analyse der Inflationseinflüsse schließlich weist auf keine deutlich erhöhten Inflationsrisiken hin¹⁷. Bei der hier unterstellten Konjunktur halten wir es für wahrscheinlich, dass die EZB den Leitzins im Prognosezeitraum auf 3,5% anhebt.

6.3 Bilanz der Arbeitsmarktpolitik ist durchwachsen

Angesichts der immer noch unbefriedigenden Lage auf dem Arbeitsmarkt hält die Diskussion über den Erfolg der Reformen der vergangenen Jahre an. Der jüngst vorgelegte Zwischenbericht zur Evaluierung der „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt I bis III“ (Hartz I bis III) erlaubt eine erste Beurteilung der neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Gemessen wird ihre Wirksamkeit daran, ob es gelingt, Arbeitslose wieder in das Erwerbsleben zu integrieren. In dieser Hinsicht ergaben sich recht unterschiedliche Bewertungen (Bundesregierung 2006):

- Die Vermittlungsgutscheine und die Beauftragung Dritter mit Vermittlung hatten nur geringe oder sogar negative Wirkungen. Arbeitslose aus Problemgruppen wurden vielfach in instabile Beschäftigungsverhältnisse vermittelt und bald erneut arbeitslos.
- Die Personalservice-Agenturen (PSA) waren wenig erfolgreich, vor allem weil Arbeitslose, nachdem sie von einer PSA übernommen worden waren, die eigenen Suchanstrengungen verminderten (*lock in*-Effekt) und deshalb später als andere Erwerbslose in ein Beschäftigungsverhältnis gelangten. Inzwischen sind die Arbeitsagenturen nicht mehr verpflichtet, PSA einzurichten.
- Minijobs erhielten, obwohl sie ein unbürokratisches und flexibles Beschäftigungsinstrument darstellen, kein uneingeschränktes Lob. Eine Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung konnte nicht ausgeschlossen werden. Auch erfüllten sie die ihnen zugedachte Brückenfunktion in reguläre Beschäftigung nicht (Fertig et al. 2005: 66, 91). Zudem werden Minijobs häufig von Personen aus der stillen Reserve (Hausfrauen,

¹⁷ Wie Stock/Watson (2003) zeigen, liefern Indikatoren wie die Produktionslücke in der kurzen Frist relativ verlässliche Informationen über die Inflation.

Studenten, Rentnern) oder von Erwerbstätigen als Nebentätigkeit ausgeübt. Hier stellt sich die Frage, ob diese Tätigkeiten staatlich gefördert werden sollten. Ob das Instrument einen dauerhaften Erfolg hat, ist derzeit noch unklar.

- Die Förderung der Selbständigkeit von Arbeitslosen insbesondere durch den Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) wurde positiv beurteilt. Zwar wurden Mitnahmeeffekte und Scheinselbständigkeiten festgestellt, immerhin existierten aber fast 80% der Ich-AGs 1½ Jahre nach ihrer Gründung noch. Selbständige, die aufgaben, wurden vielfach nicht arbeitslos, sondern fanden eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Allerdings hatte noch keine der evaluierten Ich-AGs die Höchstförderung von drei Jahren erreicht, wodurch der Erfolg überzeichnet sein könnte. Vorgeschlagen wird von den Evaluatoren, den Existenzgründungszuschuss und das Überbrückungsgeld zusammenzuführen und die Eignung potenzieller Existenzgründer besser zu überprüfen¹⁸.

Was die Neuorganisation der Arbeitsagenturen angeht, wurde festgestellt, dass sie in die richtige Richtung verläuft und die Effektivität der Agenturen bereits gesteigert werden konnte. Allerdings wurde die angestrebte Verbesserung der Relation von Arbeitslosen zu Vermittlern noch nicht erreicht. Auch wurde bemängelt, dass sich die Agenturen vielfach zu sehr an kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Kostenzielen orientierten. Dadurch würden bei schwer zu vermittelnden Arbeitslosen (sog. Betreuungskunden, die Leistungen nach SGB III beziehen) vielfach nicht die erforderlichen Schritte unternommen, um sie vor Langzeitarbeitslosigkeit zu bewahren. Eines der wichtigsten Ziele der Arbeitsmarktreform, eine bessere und intensivere Betreuung von Arbeitslosen, ist wohl bislang nicht erreicht worden.

**Intensivere
Betreuung von
Arbeitslosen durch
Hartz-Reform noch
nicht gewährleistet**

Ein endgültiges Urteil über die bisherigen Arbeitsmarktreformen steht freilich noch aus. Der Endbericht zu Hartz I bis Hartz III soll in der zweiten Hälfte von 2006 vorliegen; die Evaluation von Hartz IV hat gerade erst begonnen. Bis diese Evaluationen abgeschlossen sind, sollte auf Aktionismus verzichtet werden. Dennoch werden bereits neue Instrumente erwogen, die Einführung von Kombilöhnen und die Festlegung eines Mindestlohns.

Der Kombilohn ist eine Form der Lohnsubvention, die an am Markt erzielbare Verdienste gekoppelt ist. Die dabei gewährten staatlichen Zuschüsse sollen eine stärkere Lohnspreizung nach unten ermöglichen, ohne dass für die die

¹⁸ Von den übrigen Maßnahmen wurde die Beauftragung von externen Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen positiv beurteilt. Die Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer hatten dagegen wenig Erfolg. Dies lag zum Teil wohl daran, dass dieses Instrument vielfach nicht hinreichend bekannt ist. Von den traditionellen Instrumenten wurden die Weiterbildungs- und die Eingliederungszuschüsse weitgehend gut benotet, die ABM negativ.

Bezieher geringer Einkommen der Anreiz verloren geht, einer Beschäftigung nachzugehen. Man erhofft sich von Kombilöhnen eine Verringerung der Zahl der gering qualifizierten Arbeitslosen und Einsparungen im Transfersystem. Die Gegner befürchten, dass Kombilöhne das Lohnniveau drücken. Dadurch würden weitere Lohnsubventionen erforderlich; hinzu kämen Mitnahmeeffekte, was die Finanzierbarkeit von Kombilöhnen in Frage stelle. Ferner sei das Instrument mit Fehlanreizen verbunden, da es sich für manche Arbeitnehmer nicht lohne, sich zu qualifizieren, da sie auch ohne solche Anstrengungen ein ausreichendes Einkommen erzielen.

Befürworter des Kombilohns wie z.B. Sinn et al. (2006) halten ihn für finanzierbar, etwa indem arbeitsunwilligen Erwerbslosen das Arbeitslosengeld II gekürzt werde. Auch könne man bei dauerhaft und flächendeckend eingerichteten Kombilohnmodellen weitgehend auf differenzierte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verzichten und so Mittel einsparen. Allerdings wären gegen dauerhaft und flächendeckend gezahlte Lohnzuschüsse erhebliche nicht nur ordnungspolitische Bedenken anzumelden. Die Wirksamkeit des Instruments konnte bislang nur für sehr eng abgegrenzte Problemgruppen am Arbeitsmarkt bei enger zeitlicher Begrenzung der Bezugsdauer nachgewiesen werden. Um negative Anreizwirkungen weitgehend auszuschalten, sollte man Lohnsubventionen an gering Qualifizierte nur zeitlich begrenzt gewähren, wie dies das RWI Essen als „Erweiterte Minijobs für Arbeitslose“ vorgeschlagen hat (Fertig et al. 2006).

**Kombilöhne sollten
in jedem Fall zeitlich
begrenzt gewährt
werden**

Mindestlöhne werden derzeit häufig als Alternative oder Ergänzung zu Kombilöhnen vorgeschlagen. Sie werden insbesondere mit dem Argument gefordert, deutsche Arbeitnehmer vor „Dumping-Löhnen“ von Anbietern aus den neuen EU-Ländern schützen zu müssen. Inzwischen droht in Deutschland die Einführung von Mindestlöhnen „durch die Hintertür“. Nach erheblichen Widerständen wurde inzwischen die Dienstleistungsrichtlinie, in der zunächst das Herkunftslandprinzip verankert werden sollte, vom Europäischen Parlament in einer Fassung verabschiedet, die das Bestimmungslandprinzip fest schreibt. Danach müssen sich Dienstleistungsunternehmen, wenn sie sich im Ausland niederlassen, nach dem Sozial-, Arbeits- und Tarifrecht des jeweiligen Gastlandes richten. Bei vorübergehenden Arbeiten im EU-Ausland kommt generell die europäische Entsenderichtlinie zur Anwendung. Ihr derzeitiger Entwurf sieht u.a. vor, dass die Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten und Mindesturlaubszeiten des Gastlandes vereinbart werden. Dies schafft Anreize, auch in Deutschland Mindestlöhne festzulegen.

Grundsätzlich sind Mindestlöhne aber mit erheblichen Problemen verbunden (Bauer, Schmidt 2005): Werden sie zu hoch angesetzt, grenzen sie gerade gering Qualifizierte aus dem Arbeitsmarkt aus. Ob die Unternehmen Arbeit-

nehmer einstellen oder nicht, hängt letztlich davon ab, in welchem Verhältnis die Arbeitskosten zu den Leistungen stehen, die diese erbringen. Ein zu niedriger Mindestlohn wäre hingegen wirkungslos als Schutz vor Lohnkonkurrenz und brächte somit nur administrativen Aufwand. Noch schädlicher als ein allgemeiner wäre ein nach Branchen und eventuell sogar Regionen differenzierter Mindestlohn, da er zu erheblichen Allokationsverzerrungen führen würde. Wenn sich die Einführung eines Mindestlohns aus politischen Erwägungen überhaupt nicht vermeiden lässt, so wäre in jedem Fall darauf zu achten, dass er allgemein gilt und nicht zu hoch angesetzt ist. Insgesamt lehnen wir einen Mindestlohn jedoch ab, da wir durch seine Einführung Schaden für die deutschen Arbeitnehmer befürchten, die dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzt sind. Wie immer in der Wirtschaftspolitik gilt, dass man „gut gemeint“ nicht mit „gut gemacht“ verwechseln darf.

**Mindestlöhne
dürften mehr
schaden als
nutzen**

Literatur

- Bauer, T. und Ch. M. Schmidt (2005), Mindestlöhne und das Entsendegesetz. RWI: Positionen #2 vom 27. Mai 2005. RWI, Essen. Internet: www.rwi-essen.de/positionen.
- BDA – Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (Hrsg.) (2006), *Jahresbericht 2005*. Berlin.
- Bernanke, B.S. and F.S. Mishkin (1997), Inflation targeting: A new framework for monetary policy? *Journal of Economic Perspectives* 11: 97–116.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Bei der Riester-Rente kein Geld verschenken. Pressemitteilung vom 8.12.2005. Internet: www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/presse,did=99784,render=renderPrint.html. Download vom 17.2.2006.
- BMF – Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2006a), Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2005. *Monatsbericht* 2006 (Jan.): 33–44.
- BMF – Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2006b), *Deutsches Stabilitätsprogramm* – Aktualisierung Februar 2006. Berlin.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2006), *Reformieren, investieren, Zukunft gestalten* – Politik für mehr Arbeit in Deutschland. Jahreswirtschaftsbericht 2006. Berlin.
- Bundesregierung (2006), *Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt*. Bericht der Bundesregierung zur Wirkung der Umsetzung der Vorschläge der Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Umsetzung der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. November 2002. BT-Drucksache 15/98. Deutscher Bundestag, Berlin.
- CBO – Congressional Budget Office (ed.) (2005), *A Potential Influenza Pandemic – Possible Macroeconomic Effects and Policy Issues*. Washington, DC.

- Council of the European Union (2005), *Improving the implementation of the Stability and Growth Pact*. 21 March 2005. Brussels. Internet: <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st07/st07423.en05.pdf>, Download vom 28.2.2006.
- Deutsche Bundesbank (ed.) (2000), *Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD*. Internet: www.bundesbank.de/download/presse/publikationen/makro_mlm_200006_en.pdf, Download vom 22.11.2000.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2005), Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2004. *Monatsberichte* 57 (6): 15–36.
- DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.) (2006), *Wirtschaftslage und Erwartungen*. Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern. Februar 2006. Berlin.
- Döhrn, R. et al. (2003), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunkturelle Belegung. *RWI : Konjunkturberichte* 54 (2): 103–153.
- Döhrn, R. et al. (2004a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Mit mäßigem Tempo weiter aufwärts. *RWI : Konjunkturberichte* 55 (2): 97–147.
- Döhrn, R. et al. (2004b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung auf flachem Expansionspfad. *RWI : Konjunkturberichte* 55 (1): 25–73.
- Döhrn, R. et al. (2005), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Weiterhin kein kräftiger Aufschwung. *RWI : Konjunkturberichte* 56: 23–60.
- Dreger, C. and C. Schumacher (2005), Out-of-sample Performance of Leading Indicators for the German Business Cycle. Single vs. Combined Forecasts. *Journal of Business Cycle Measurement and Analysis* 2 (1): 71–87.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2006), Jetzt aufs Tempo drücken. Teil 2: Länderkapitel. Mitteilung der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. vom 25.1.2006. Abschnitt Deutschland. Internet: http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/2006_annual_report_germany_en.pdf, Download vom 23.2.2006.
- EZB (Hrsg.) (2005), Monetäre und finanzielle Entwicklung. *Monatsbericht* 2005 (12): 15–52.
- Fertig, M., J. Kluge und M. Scheuer (2005), Was hat die Reform der Minijobs bewirkt? Erfahrungen nach einem Jahr. *RWI : Schriften* 77. Berlin: Duncker&Humblot.
- Fertig, M., J. Kluge und Ch.M.Schmidt (2006), Der erweiterte Minijob für Arbeitslose, ein Reformvorschlag. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, erscheint demnächst. GfW – Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004), *Wirtschaftspotenzial der Fußball-WM 2006 für NRW*. Düsseldorf.
- Heidelberger Steuerkreis an der Alfred Weber-Gesellschaft und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2006), *Zinsbereinigte Gewinnsteuer – Ein Vorschlag zur Reform der Unternehmensbesteuerung in Deutschland*. Heidelberg und Essen. Internet: www.rwi-essen.de/forschung, Download vom 6.3.2006.
- Heilemann, U., G. Quass und J. Ulrich (2006), Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Haushaltspolitik des Koalitionsvertrages. *Wirtschaftsdienst* 86 (1): 27–36.
- McKibbin, W. and A. Sidorenko (2006), Global Macroeconomic Consequences of Pandemic Influenza. *Lowy Institute Analyses*. Sydney.
- OECD (ed.) (2005), *Going for Growth*. Paris.

- Postbank (Hrsg.) (2005), Sonderthema: Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Postbank Research Juli 2005. Bonn.
- RWI Essen – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2005), Zu wenig Forschung und Entwicklung? Ursachen und Implikationen der Forschungslücke der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Studie für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. RWI : Projektberichte. (Bearb.: B. Lageman et al.) Essen.
- Sinn, H.W. et al. (2006), Aktivierende Sozialhilfe 2006: Das Kombilohn-Modell des ifo Instituts. *ifo-Schnelldienst* 59 (2): 10–27.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005), Auswirkungen einer etwaigen Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbraucherpreise. Pressemitteilung vom 12.07.2005. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006), Verdienste 2005: +0,4 %. Ein-Euro-Jobs dämpfen Anstieg. Pressemitteilung vom 23.02.2006. Wiesbaden.
- Stiftung Marktwirtschaft – Kommission „Steuergesetzbuch“ (Hrsg.) (2006), *Einfacher, gerechter, sozialer: Eine umfassende Ertragsteuerreform für mehr Wachstum und Beschäftigung*. Steuerpolitisches Programm. Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de/module/Steuerpolitisches_Programm30.1.06.pdf, Download vom 6.3.2006.
- Stock, J. H. and M.W. Watson (2003), Forecasting output and inflation: the role of asset prices. *Journal of Economic Literature* 41: 788–829.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2004), *Erfolge im Ausland – Herausforderung im Inland*. Jahresgutachten 2004/05. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2005), *Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen*. Jahresgutachten 2005/06. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- SVR et al. – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2006), *Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung durch die Duale Einkommensteuer*. Internet: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/presse/erstes_kapitel.pdf, Download vom 6.3.2006.
- WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2006), Bilanz der Tarifrunde 2005: Realeinkommensverluste überwiegen. Pressemitteilung vom 2.2.2006. Berlin.

Roland Döhrn und Hans-Karl Starke

Die Lage auf dem Stahlmarkt: Weiterhin hohe Auslastung¹

1. Erwarteter Produktionsanstieg nach leichtem Rückgang

Die Stahlproduktion in Deutschland ist 2005 zurückgegangen. Es wurden 4% weniger Rohstahl und sogar 5,5% weniger Walzstahl erzeugt. Damit haben sich unsere Erwartungen von vor einem Jahr nicht erfüllt, als wir einen leichten Anstieg prognostiziert hatten (Döhrn, Starke 2004). Dennoch war 2005 kein schlechtes Jahr für die Stahlindustrie. Die Kapazitätsauslastung der Werke lag mit etwa 86% deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. Zudem verbesserten sich dank hoher Weltmarktpreise die Gewinne spürbar.

Der Rückgang der Produktion war ohnehin eher eine technische Reaktion auf den außerordentlich kräftigen Anstieg im Jahr 2004. Damals hatten die Exporte insbesondere dank der kräftigen Nachfrage im asiatischen Raum außerordentlich stark (um mehr als 20%) zugelegt. Zudem war es wegen steigender Preise zu Befürchtungen gekommen, es könnten Engpässe auftreten. Deshalb hatten der Stahlhandel und die -verwender hierzulande ihre Lager deutlich aufgestockt. Die Marktversorgung (Lieferungen der Stahlwerke zuzüglich Import abzüglich Export) expandierte 2004 jedenfalls um 8%, während wir den Verbrauchszuwachs auf lediglich 2% schätzen. Auch in den ersten Monaten von 2005 dürften die Lager noch gewachsen sein. Danach wirkte der Lagerzyklus in die entgegengesetzte Richtung, was einen guten Teil des Rückgangs der Marktversorgung 2005 erklärt.

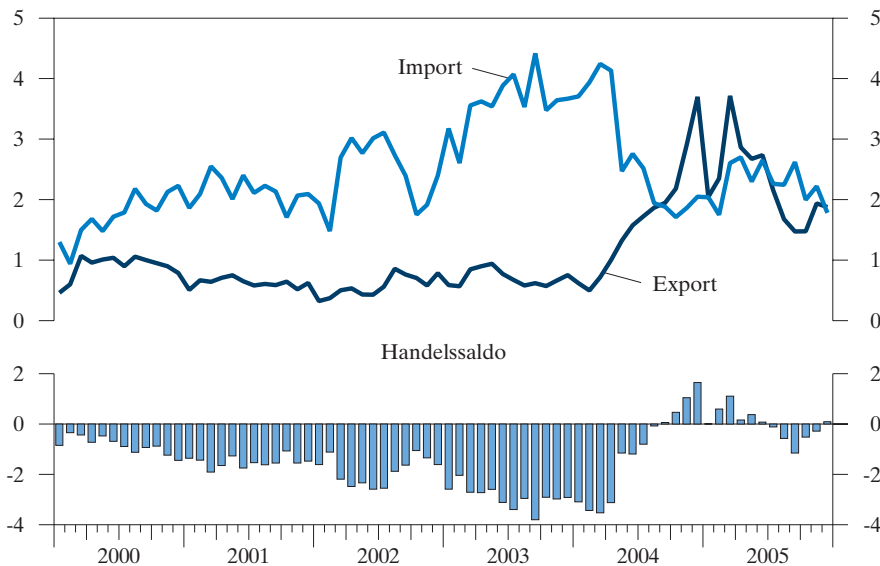
Die Produktion war aber wohl nur vorübergehend rückläufig. Gegen Jahresende 2005 zog sie bereits wieder an, und die Zeichen stehen nicht schlecht, dass sich dies 2006 fortsetzt. Für Deutschland erwarten wir insgesamt eine Konjunkturbelebung, die vorwiegend von den Exporten und den Investitionen getragen wird und damit nach aller Erfahrung recht „stahlintensiv“ ist.

¹ Abgeschlossen am 16. März 2006. Wir danken Wim Kösters, Christoph M. Schmidt und Joachim Schmidt für hilfreiche Kommentare zu früheren Fassungen dieses Beitrags.

Schaubild 1

Stahlaußenhandel in China

2000 bis 2005; in Mill. t



Eigene Berechnungen nach Angaben des IISI.



Auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben für die deutsche Stahlindustrie voraussichtlich günstig. Risiken ergeben sich aber daraus, dass insbesondere in China beträchtliche Kapazitäten zugebaut wurden und die Weltmarktpreise für Stahl, aber auch für die Einsatzstoffe volatil sind.

2. Weltweit zunehmender Stahlverbrauch, aber auch steigende Kapazitäten

Die Rohstahlerzeugung wuchs im abgelaufenen Jahr weltweit um 5,9%, das entspricht dem Durchschnittswert der Jahre 2000 bis 2005. Zuletzt waren derart hohe Steigerungen während der Boomphasen in den fünfziger und sechziger Jahren beobachtet worden.

Geprägt wird der Weltmarkt für Stahl nach wie vor von China. Dort wuchs die Nachfrage in den letzten Jahren derart stürmisch, dass das Land inzwischen ein Drittel der weltweiten Produktion verbraucht. Dabei kam es zeitweise zu einer großen Lücke zwischen Verwendung und Produktion. Am größten war sie 2003, als China etwa 43,2 Mill. t Stahl-Halbzeug und -Fertigerzeugnisse importieren musste, um seinen Bedarf zu decken. Allerdings wurden seitdem beträchtliche Kapazitäten aufgebaut, so dass China 2005 seine Rohstahlproduk-

tion um fast 25% steigern konnte. Für dieses Jahr wird mit einem weiteren Zuwachs bei den Kapazitäten um 10% gerechnet.

Die Versorgungslücke konnte so 2005 weitgehend geschlossen werden. China wandelte sich im Jahresverlauf vom Netto-Importeur zum -Exporteur (Schaubild 1). Dies gilt allerdings nicht für alle Marktsegmente: Bei Qualitätsprodukten wie Flach- und Edelstahl ist China nach wie vor auf Importe angewiesen, jedoch dürften diese bei auch in diesem Bereich wachsenden Kapazitäten geringer werden. Bei Profilerzeugnissen, Draht und Halbzeug, also einfacheren Qualitäten, exportiert China bereits deutlich mehr als es importiert, vor allem in den asiatischen Markt.

In diesem und im kommenden Jahr dürfte der Stahlverbrauch nach Schätzungen des *International Iron and Steel Institute* (IISI 2005) weltweit um 4 bis 5% zunehmen. Für China wird ein Zuwachs um jeweils 7 bis 10% erwartet, das ist nicht mehr so kräftig wie bisher. Für die Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas sowie die GUS-Staaten wird mit einer Steigerung um 5 bis 7% gerechnet. Für die europäischen Länder und Nordamerika werden mit 3 bis 4% etwas bescheidenere, aber im längerfristigen Vergleich doch beachtliche Zuwächse prognostiziert.

3. Nachfrage aus China hält Preise und Kosten hoch

Der Stahlhunger Chinas wirkte sich in zweierlei Hinsicht auf die Preise am Stahlmarkt aus. Einerseits verteuerten sich insbesondere gewalzte Stahlprodukte beträchtlich. Anfang 2005 wurden für Warmbreitband etwa 600 \$/t gezahlt, soviel wie nie zuvor (Schaubild 2). Seitdem ist der Preis zwar rückläufig, aber im längerfristigen Vergleich immer noch hoch. Andererseits trieb die weltweit steigende Stahlproduktion auch die Kosten in die Höhe. Eisenerz verteuerte sich 2005 je nach Sorte um 70 bis 90%, Koks Kohle sogar um 120%. Auch die Notierungen für Mangan, Chrom und Nickel zogen spürbar an. Der Preis für Schrott ist sehr volatil, aber immer noch deutlich höher als früher. Der Kokspreis ist mittlerweile wieder etwas gesunken, liegt aber ebenfalls auf einem sehr hohen Niveau. China ist der wichtigste Anbieter für Koks und hatte seine Exporte 2004 wegen des hohen Eigenbedarfs drastisch reduziert. Dadurch stieg der Preis zeitweise auf über 400 \$/t.² Zuletzt betrug er gut 120 \$/t, im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2002 hatte er bei etwa 75 \$/t gelegen.

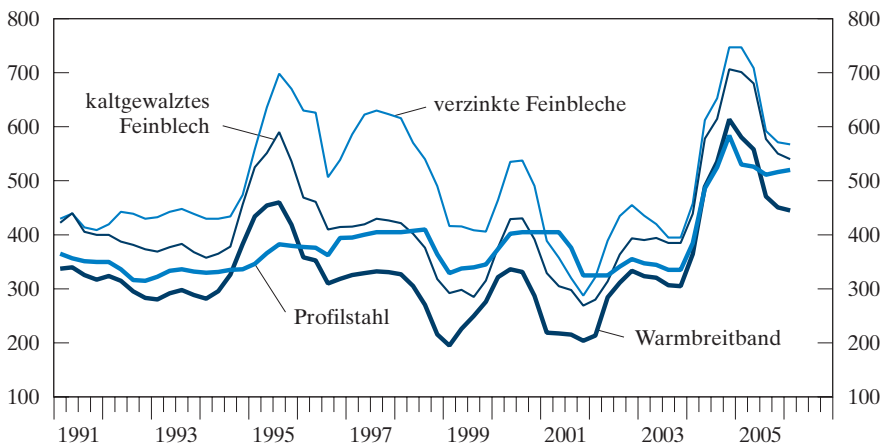
Es spricht einiges dafür, dass sich die Lage an den Rohstoffmärkten beruhigt. Bei den Kohleproduzenten wurden Kapazitätserweiterungen vorgenommen

² Aufgrund langfristiger Verträge sind die Preise dieser Rohstoffe für die Stahlerzeuger im Durchschnitt niedriger als die Spotpreise und im Zeitablauf weniger volatil. Jedoch sind auch die Vertragspreise in letzter Zeit spürbar gestiegen.

Schaubild 2

Preise ausgewählter Stahlprodukte

1991 bis 2006; in \$/t fob Antwerpen, Mittelwerte der Wochennotierungen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und von L'Echo de la Bourse.



und Produktionsanlagen modernisiert, so dass sich das Angebot erhöhen dürfte. Neueren Kontrakten asiatischer Abnehmer mit australischen Lieferanten liegt ein um etwa 8% niedrigerer Preis für Kokssteine zugrunde (Richmond et al. 2006: 116). Bei Eisenerzen wird hingegen für 2006 nochmals ein Preisanstieg um etwa 12% erwartet (Richmond et al. 2006: 115). Danach dürfte es zu einer Entspannung kommen, da die drei größten Produzenten, die 75% des Weltmarkts abdecken, planen, ihre Kapazitäten bis Ende 2007 um 20% zu erweitern. Insgesamt gesehen dürften die Kosten für die Einsatzstoffe in etwa auf dem zuletzt erreichten hohen Niveau bleiben.

4. Inländische Stahlnachfrage nimmt voraussichtlich spürbar zu

Die Stahlnachfrage im Inland blieb 2005 lebhaft. In den bedeutendsten Abnehmerbranchen der Stahlindustrie übertraf die Produktion das ohnehin bereits hohe Vorjahresniveau nochmals deutlich. Nachdem Stahl die verschiedenen Stufen der Weiterverarbeitung insbesondere in der Stahlverformung, den Ziehereien und den Kaltwalzwerken durchlaufen hat, fließt jeweils etwa ein Drittel des Absatzes im Inland letztlich in den Straßenfahrzeugbau, den Maschinen- und Anlagenbau sowie in die Bauwirtschaft. In den beiden erstgenannten Branchen stieg die Produktion 2005 um 4,9%, während sie im Bausektor um 5,3% schrumpfte. Die Röhrenwerke, die überwiegend für den Export fertigen, erhöhten ihren Ausstoß um 8,4%. Gewichtet mit dem Anteil am Stahlverbrauch stieg die Produktion der Stahlverwender 2005 um 1,6%.

Für 2006 prognostizieren wir eine Belebung der Konjunktur. Die Exporte dürften weiterhin kräftig wachsen, und bei den Ausrüstungsinvestitionen wird sogar eine verstärkte Zunahme erwartet. Die Bauinvestitionen dürften erstmals seit 1999 wieder zulegen. Daher halten wir es für wahrscheinlich, dass die Stahlverwender ihre Produktion um 3,8% ausweiten. Hierfür sprechen auch deren zuletzt kräftig zunehmende Auftragseingänge.

2007 dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Expansion in Deutschland zwar spürbar verlangsamen. Jedoch wird davon die Stahlindustrie wohl weniger stark betroffen sein als andere Branchen. Die Mehrwertsteuererhöhung dürfte insbesondere die Konsumnachfrage dämpfen. Dagegen wird die Investitionstätigkeit steuerlich gefördert, und die Auslandsnachfrage bleibt lebhaft. Da die Exporte und Investitionen somit weiterhin deutlich wachsen dürften, erwarten wir, dass die Stahlverarbeiter ihre Produktion um 3,1% steigern. Dementsprechend dürfte der Stahlverbrauch in diesem Jahr um 2,4% und im kommenden um 1,7% ausgeweitet werden.

Der Rückgang der Stahlausfuhren im vergangenen Jahr war offenbar Folge einer Normalisierung. In diesem Jahr werden sie voraussichtlich wieder wachsen, insbesondere weil sich die Konjunktur der EU, in die fast 70% der Lieferungen gehen, beleben dürfte. 2007 werden sie wahrscheinlich mit einer etwas geringeren Rate ausgeweitet, da die Weltwirtschaft dann wohl etwas schwächer expandiert. Wir erwarten einen Anstieg der Stahlausfuhren um 3,0% in diesem und um 2,3% im kommenden Jahr.

5. Stahlproduktion dürfte moderat aufwärts gerichtet bleiben

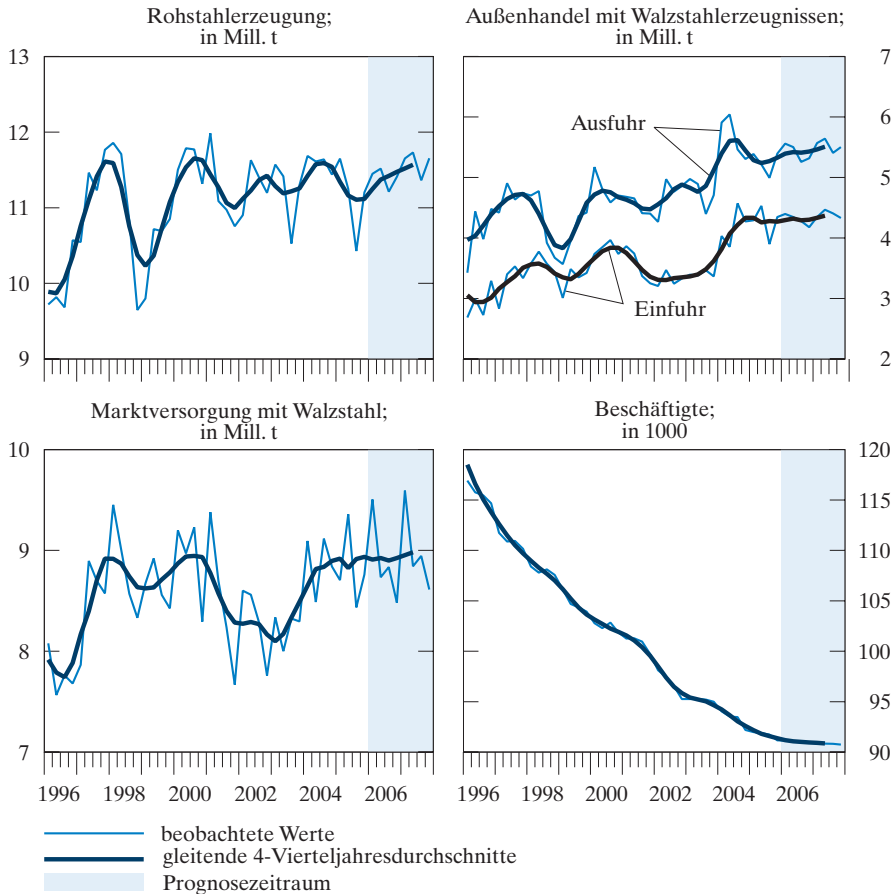
Ein großer Teil des heimischen Stahlbedarfs wird erfahrungsgemäß aus Einfuhren befriedigt. Sie dürften auch diesmal etwas stärker als die Stahlverwendung steigen, die Importquote sich also leicht erhöhen. Der höhere Stahlbedarf wird wohl auch deshalb nicht in vollem Umfang produktionswirksam, weil sich der Lagerabbau unserer Einschätzung nach vorerst fortsetzt. Für den weiteren Prognosezeitraum unterstellen wir aber keine wesentlichen Änderungen der Lagerbestände mehr, die dann das übliche Niveau erreicht haben dürften.

Aus alledem resultiert für 2006 eine erwartete Zunahme der Rohstahlproduktion in Deutschland von 2,4% und der Walzstahlerzeugung von 3,9%. Damit würde sich die Kapazitätsauslastung auf etwa 88% erhöhen. 2007 dürften die Kapazitäten nochmals besser ausgelastet sein, wenn die Produktion von Rohstahl um 1,8% und die von Walzstahl um 2,3% steigt (Schaubild 3 und Tabelle).

Der Abbau der Beschäftigung im Stahlsektor hat sich aufgrund der hohen Kapazitätsauslastung im vergangenen Jahr deutlich verlangsamt. Sowohl in der

Schaubild 3

Produktion, Außenhandel und Beschäftigung in der deutschen Stahlindustrie
1997 bis 2007



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.



engen Abgrenzung der Stahlindustrie als auch in der erweiterten Abgrenzung der Eisenschaffenden Industrie ist die Zahl der Beschäftigten weiter gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2005 betrug sie nach der engen Abgrenzung 71 600 (-1,8%), nach der weiten 91 100 (-1,2%). Trotz des prognostizierten Produktionszuwachses dürfte der Personalabbau aufgrund des Produktivitätsfortschritts anhalten, wenn auch in moderatem Tempo.

Stärkere Rationalisierungen wären zu erwarten, wenn sich die Gewinnsituation deutlich verschlechtern würde. Risiken in dieser Hinsicht gibt es durchaus. Zwischen 2006 und 2007 sollen in China, Indien und Brasilien weitere neun

Tabelle

Walzstahlbilanz für Deutschland									
2002 bis 2007									
	2002	2003	2004	2005 ^s	2006 ^p	2007 ^p	2005 ^s	2006 ^p	2007 ^p
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Produktion der Stahlverwender ¹ 2000=100	99,2	99,3	102,3	103,9	107,8	111,1	1,6	3,8	3,1
	in Mill. t								
Stahlverwendung	34,5	34,1	34,7	34,8	35,6	36,2	0,3	2,4	1,7
Lagerveränderung	-1,3	-1,1	0,9	0,5	0,0	-0,2			
Marktversorgung ²	33,2	33,0	35,5	35,3	35,6	36,0	-0,8	0,9	1,2
Einfuhr Walzstahlerzeugnisse ³	13,3	13,6	16,7	17,1	17,2	17,6	2,0	0,8	2,0
Ausfuhr Walzstahlerzeugnisse ³	18,9	19,0	22,7	21,0	21,6	22,1	-7,6	3,1	2,2
Gesamtlieferungen Stahlwerke	38,8	38,3	41,5	39,1	40,0	40,6	-5,8	2,2	1,5
Inlandslieferungen	24,4	23,1	25,4	23,7	24,2	24,8	-6,7	2,0	2,5
Auslandslieferungen	14,4	15,3	16,1	15,4	15,8	16,0	-4,4	2,6	1,4
EU-25	11,6	11,2	11,4	10,6	10,9	11,1	-7,2	2,6	1,8
Drittländer	2,8	4,0	4,7	4,8	4,9	4,9	2,3	2,6	0,3
Rohstahlerzeugung	45,1	44,8	46,4	44,5	45,6	46,4	-4,0	2,4	1,8
daraus erzeugte warmgewalzte Stahlerzeugnisse	37,8	37,2	40,0	37,8	39,3	40,2	-5,5	3,9	2,3
Einfuhrquote ⁴ , in %	39,9	41,3	47,1	48,4	48,4	48,8			
Ausfuhrquote ⁵ , in %	48,6	49,5	54,7	53,7	54,1	54,5			
Beschäftigte in 1 000 ⁶	97,9	95,0	92,2	91,1	90,6	90,2	-1,2	-0,6	-0,4
Produktivität, t je Beschäftigten	461	472	503	489	503	515	-2,9	3,0	2,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Mit den Anteilen am Stahlverbrauch gewichteter Produktionsindex der Stahlverwender. – ²Lieferungen der Stahlwerke zuzüglich Import abzüglich Export. – ³Ergebnisse des Spezialhandels von Rohblöcken bis sonstiges Blech ohne Erzeugnisse der Rohrwerke. – ⁴Bezogen auf die Marktversorgung. – ⁵Bezogen auf die Gesamtlieferungen. – ⁶Eisenschaffende Industrie: Eisen- und Stahlindustrie und örtlich verbundene Betriebe. – ^pEigene Prognose. – ^sTeilweise geschätzt.

Hochöfen in Produktion gehen, nach jeweils 14 in den beiden vergangenen Jahren. Hinzu kommen 2006 und 2007 16 Sauerstoffblasstahlkonverter (2005: 12) und 20 Elektrostahlöfen (13) (Datenbank *PLANT-FACTS*; Stahlinstitut VDEh und Wirtschaftsvereinigung Stahl 2006: 331ff.). Die zusätzlichen Kapazitäten könnten die Preise für Stahlprodukte, anders als hier unterstellt, nachgeben lassen, während die Materialkosten hoch bleiben. Dann gerieten die Margen unter Druck – mit entsprechenden Konsequenzen auch für die Beschäftigung.

Literatur

Döhrn, R. und H.K. Starke (2004), Die Lage auf dem Stahlmarkt: Stahlproduktion an der Kapazitätsgrenze. *RWI: Konjunkturberichte* 55 (2): 150–155.

IISI – International Iron and Steel Institute (ed.) (2005), IISI Short Range Outlook: Good Prospects for Steel. Media Release October 3, 2005. Internet: www.worldsteel.org/pictures/storyfiles/IISI%202006%20Short%20Range%20Outlook.pdf, Download vom 15.3.2006.

Richmond, S. W. Millsted and R. Wilson (2006). Steel and steel making materials. *Australian Commodities* 13 (1): 115–135. Internet: www.abareconomics.com, Download vom 16.3.2006.

Stahlinstitut VDEh und Wirtschaftsvereinigung Stahl (Hrsg.) (2006), *Jahrbuch Stahl 2006*. Band 1. Düsseldorf: Verlag Stahleisen.